

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

15/2005 · 11. April 2005



Deutschland und Israel

Rudolf Dreßler

Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson

Grisha Alroi-Arloser

Deutschland und Israel aus israelischer Sicht

Benjamin Neuberger

Emotionen, Realpolitik und Moral

Markus Weingardt

Etappen und Kontinuitäten

Yfaat Weiss

Rückerstattung und Heimkehr

Dan Bar-On

Erinnerung an den Holocaust

Editorial

Als die Bundesrepublik Deutschland und Israel am 12. Mai 1965 diplomatische Beziehungen vereinbarten, war der unmittelbare Anlass Ulbrichts pompöser Staatsbesuch in Ägypten im Februar. Das drohende Scheitern der Hallstein-Doktrin in der arabischen Welt führte zur Flucht nach vorn.

Israel befand sich vom Tag der Staatsgründung im Mai 1948 an im Konflikt gegen feindliche Nachbarn. Die inoffiziellen Kontakte zur Bundesrepublik waren weit vorangeschritten – ein hohes Gut, nur wenige Jahre nachdem alliierte Soldaten die Vernichtungslager der Nationalsozialisten befreit und den Völkermord an den Juden beendet hatten. Die DDR hat Israel niemals anerkannt. Erst die frei gewählte Volkskammer bekannte sich im April 1990 zur Verantwortung für die deutsche Geschichte.

In den vergangenen 40 Jahren gab es in den bilateralen Beziehungen Höhen und Tiefen, wesentlich bestimmt vom persönlichen Verhältnis der Regierenden zueinander. Doch zugleich ist ein tragfähiges, außerordentlich verzweigtes zivilgesellschaftliches Netzwerk gewachsen, zu dem auch die Bundeszentrale für politische Bildung weiter beitragen wird.

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Israelis ist gut und belastbar – vielleicht gerade weil die Vergangenheit stets präsent ist. Nicht aufgrund einer deutschen Kollektivschuld, sondern einer wohl verstandenen kollektiven Verantwortung, so Botschafter Rudolf Dreßler, ist die gesicherte Existenz des Staates Israel heute Teil der deutschen Staatsräson. Dazu bedarf es an erster Stelle der Beilegung des Dauerkonfliktes mit den arabischen Nachbarn und einer friedlichen Entwicklung im Nahen Osten.

Hans-Georg Golz

Rudolf Dreßler

Gesicherte Existenz Israels – Teil der deut- schen Staatsräson

Essay

Vier Jahre in Israel leben und arbeiten bedeutet, sich einem permanenten Zielkonflikt ausgesetzt zu sehen. Einerseits hat man das Empfinden, bereits seit 15 Jahren im Land zu sein. Andererseits frage ich mich: Wo sind diese vier Jahre geblieben?

Rudolf Dreßler

Seit 2000 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel. Deutsche Botschaft Tel Aviv, 3, Daniel Frisch, 64731 Tel Aviv/Israel.
ger_emb@netvision.net.il

Meinem ersten Arbeitstag am 1. September 2000 folgte vier Wochen später, am 28. September, der Beginn der so genannten zweiten Intifada. Der Ablauf schrecklicher Ereignisse mit traumatischen Folgen hat das Land in Atem gehalten.

Die israelische Presse veröffentlichte Ende September 2004 eine „Intifada-Bilanz“, die der Allgemeine Sicherheitsdienst (Shabak), nach deutschem Verständnis der Verfassungsschutz, „vier Jahre Terror ohne Pause“ nannte: 1 017 tote Israelis insgesamt, davon 703 Zivilisten und 314 Soldaten oder Polizisten; 5 598 Verletzte, davon 4 566 Zivilisten und 1 032 Soldaten oder Polizisten; 138 Selbstmordanschläge; 13 370 Schussanschläge; 460 Beschießungen durch Kassam-Raketen. In diesen vier Jahren haben die Israel Defense Forces (IDF) 98 Tunnel ausfindig machen können, die zwischen dem palästinensischen Flüchtlingslager Rafah und Ägypten ausgehoben und zum Schmuggel von Kampfmitteln verwendet worden waren. Der Shabak bezifferte das eingeschmuggelte Material auf ca. zwei Tonnen

Sprengstoff, 6 700 Kalaschnikow-Gewehre, 750 Raketenwerfer, 33 Granaten, 18 Maschinengewehre und fünf Flugabwehrraketen, ferner 580 000 Patronen und andere Munition sowie Dutzende Panzerfäuste R-P-G. Die Tiefe der Tunnel beträgt zwischen sechs und zehn Meter. Nach Angaben von Palästinensern, die gefasst und verhört wurden, dauert die Aushebung eines Tunnels von 250 Metern Länge zwischen drei und vier Monaten. Dafür würden mindestens acht Personen benötigt. Nach der Shabak-Bilanz sind seit Beginn der Intifada 959 Terroristen getötet worden, davon 191 gezielt. Die Zahl der Verhaftungen wird mit 6 000 angegeben. Nach offiziellen Verlautbarungen der Palästinensischen Autonomiebehörde, deren Zahlen die Terroraktivisten und Selbstmordattentäter einschließen, wurden 3268 Palästinenser getötet und 23 930 verletzt.

Israel erlebte vier Jahre lang durchschnittlich an jedem zehnten Tag ein Selbstmordattentat und täglich zehn Schussanschläge. Dass dieser Schrecken nicht spurlos an einer Gesellschaft vorbeizieht, kann nicht verwundern.

Aus vier Flugstunden Entfernung die veröffentlichte Meinung in Deutschland zum Nahen Osten, besonders zu Israel, in diesen Jahren zu lesen, zu hören und zu sehen provoziert eine Frage: Was und wie würde in Deutschland berichtet und kommentiert, wenn sich das tragische Ereignis von Erfurt im Jahre 2002 – der Amoklauf, der 16 Menschen das Leben kostete – alle zehn Tage wiederholen würde? Wenn in Deutschland durchschnittlich zehnmal täglich Schussanschläge gezählt würden – bliebe die Bevölkerung weitgehend gelassen? In welcher Verfassung wäre mein Land, wenn – übersetzt auf unsere Bevölkerungsrelation – in vier Jahren über 12 000 Tote und annähernd 70 000 Verletzte zu beklagen wären? Terror aus weiter Entfernung zu kommentieren ist etwas grundlegend anderes, als Terror zu erleben.

Auf Schritt und Tritt Geschichte

Wo immer man sich in Israel bewegt, auf Schritt und Tritt begegnet man Geschichte. Ob religiös oder nicht, nur der Ignorant kann sich der Aura dieser Region entziehen. Das

Leben innerhalb der israelischen Gesellschaft erinnert mich immer wieder an jene zentrale deutsche Frage, mit der meine Erziehung zu politischer Aktivität begonnen hat und auf die ich bis heute keine Antwort weiß: Wie konnte sich die verbrecherische Zwangsvorstellung Hitlers, sein Antisemitismus, der zum Völkermord antrieb, in Deutschland durchsetzen? Warum hat sich die Mehrheit daran beteiligt, hat zugeschaut, hat weggesehen? Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, mit der Einmaligkeit der Verbrechen, lässt mich gerade in Israel die immer wieder von Einzelnen provokativ initiierte so genannte „Schlussstrich-Debatte“ als gegen deutsche Interessen gerichtetes Engagement empfinden. Es ist ein gutes Gefühl, dass solche Versuche immer gescheitert sind, egal, ob sie aus Dummheit oder Berechnung gestartet wurden. Die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer jüngeren Geschichte wird naturgemäß in Israel aufmerksam verfolgt. Eine sukzessive Veränderung öffentlicher Kommentierungen ist unübersehbar. Ihren Niederschlag findet diese in der langsam wachsenden Bereitschaft der Bevölkerung, der zweiten deutschen Republik mit weniger vorgefassten Urteilen zu begegnen.

Als im Jahre 2003 die sterblichen Überreste von drei israelischen Soldaten nach jahrelangen Bemühungen, unter wesentlicher deutscher Mithilfe, aus dem Libanon über Deutschland nach Israel überführt werden konnten, wurde ich Zeuge eines für unsere Kultur verschlossenen Ablaufs. Nicht nur – was selbstverständlich ist – die Hinterbliebenen haben die Toten empfangen, die israelische Bevölkerung, der Staat Israel, begrüßte seine Toten. An diesem Abend, nach der Landung des Flugzeugs, ehrten das versammelte Parlament, die Regierung, der Staatspräsident, alle Abteilungen der Streitkräfte, das Rabbinat, die Vertretung der drusischen Geistlichkeit (einer der gefallenen Soldaten war Druse) in einer Flugzeughalle auf dem Flughafen Ben Gurion in Tel Aviv die gefallenen Soldaten. Es war gelungen, sie nach Hause zu holen. Die gesamte Nation verfolgte den Trauerakt im Fernsehen. Anschließend bat Premierminister Ariel Sharon den deutschen Vermittler Ernst Uhrlau und mich zu einem Gespräch. Seine ersten Sätze, leise und langsam gesprochen, trafen mich unvorbereitet, denn ich hatte bisher einen anderen Sharon erlebt: „Was Sie heute Abend erlebt

haben, werden Sie wahrscheinlich nicht verstehen. Wir können es Ihnen auch nicht erklären. Nehmen Sie es einfach so hin. Der Staat Israel ist Deutschland zu großem Dank verpflichtet.“ Etwas von der Bedeutung dieses Ereignisses haben noch Tage und Wochen später die Mitarbeiter der deutschen Botschaft erfahren können. Wo unsere CD-Kennzeichen erkannt oder erfragt wurden, in Raststätten oder auf Parkplätzen, bedankten sich wildfremde Menschen für die erfolgreiche Vermittlung.

Mehr zufällig wurde im Jahr 2003 die Rede eines Bundestagsabgeordneten, in der Provinz gehalten, aber von ihm selbst ins Internet gestellt, mit zweifelsfrei antisemitischem Inhalt in Deutschland zum Politikum. Erstmals äußerte sich ein Parlamentsmitglied in dieser Art. Wir bereiteten uns in der Botschaft auf anstrengende Wochen vor. Als sich wenige Tage später ein deutscher General öffentlich mit den Aussagen des Parlamentariers solidarisierte, stellten wir uns auf einen „Super-Gau“ ein. Doch entgegen unserer Befürchtung kommentierte die israelische Presse diesen Eklat nicht, sondern berichtete ausschließlich die Fakten. Man wartete ab, wie die Parteien, wie die deutsche Regierung den Sachverhalt behandeln würden. Dieselbe Haltung vollzog sich am Ende der Affäre. Man berichtete über die Entlassung des Generals und den Ausschluss des Abgeordneten aus seiner Fraktion. Auch das Ergebnis wurde nicht dem Kommentareifer der Medien überlassen. Meine fünfundzwanzigjährige Israel-Erfahrung erlaubt mir die These, dass diese Reaktion Jahre zuvor undenkbar gewesen wäre.

Der Holocaust-Gedenktag in Israel findet in der deutschen Kultur keine Entsprechung. Die Erinnerung an das Entsetzen, an die Unterdrückung, den Schrecken, an das durch Zerstörung und Massenvernichtung gekennzeichnete Geschehen kann keine Entsprechung haben. Der Holocaust-Gedenktag in Yad Vashem ist Teil der israelischen Staatsraison. Die nationale Veranstaltung in Anwesenheit überlebender Opfer, ihrer Familien, der Regierung, des Parlaments und des gesamten Diplomatischen Corps fand bis 2003 ohne den deutschen Botschafter statt. Rücksicht und Respekt vor den Opfern waren ausschlaggebend für diese Entscheidung. Als ich im Jahre 2003 eine Einladung erhielt, glaubte

ich zunächst an ein Versehen. Eine vorsichtige Rückfrage klärte, dass die Einladung kein Versehen war. 2004 wurde erneut eine Einladung ausgesprochen. Ein oberflächlicher Beobachter könnte schnell zu der Auffassung kommen, dass „die Normalisierung der Beziehungen“ Fortschritte mache. Doch es gilt, vor dieser Begrifflichkeit zu warnen. „Normal“ – der Norm entsprechend –, anders ausgedrückt: vorschriftsmäßig oder gewöhnlich, üblich oder durchschnittlich, können die deutsch-israelischen Beziehungen nicht sein. Als Deutscher erlaube ich mir den Zusatz, dass dies im deutschen Interesse ist. Deutsche, die damit Probleme haben, müssen erkennen, dass dies natürlich ein deutsches Problem ist. Es nicht erkennen zu wollen, es lieber abzustreifen und daraus sogar eine emanzipatorische Frage zu machen hieße, mit der eigenen Geschichte wenig verantwortungsvoll umzugehen.

Die Begrüßung eines älteren Menschen in Israel, wegen monatelanger hochsommerlicher Temperaturen oft ohne Armbedeckung, und damit die Konfrontation mit in Konzentrationslagern in die Haut eingebrannten Zahlen, verlangt eine andere Emanzipationslogik als jene, welche die Verantwortung vor unserer Geschichte in eine ökonomische Bremserfunktion umdefinieren will. Was unterscheidet solche Zeitgenossen von den Aposteln der „Schlussstrich-Debatte“? Zu schweigen oder zur Tagesordnung überzugehen wäre leichtfertig. Wenn die Lehre aus den Verbrechen Deutschlands ab 1933 eindeutig ist und sie im Imperativ unserer Verfassung, in Artikel 1, ihren Niederschlag gefunden hat, ist sie Auftrag zugleich: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Besondere Verantwortung

Im Oktober 2004 lief die deutsche Fregatte „Schleswig-Holstein“ in den Hafen von Haifa ein. Das Kriegsschiff hat bis zu 240 Besatzungsmitglieder. Dass Israel die deutschen Marinesoldaten geradezu herzlich empfangen hat, gemeinsame Übungen den gegenseitigen Respekt markierten, das einwöchige Miteinander das Prädikat freundschaftlich verdient, ist beachtlich vor dem Hintergrund unserer Geschichte. Noch bedeutender war der Be-

such von 30 Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaftsdienstgraden in der Gedenkstätte Yad Vashem. In Begleitung von 30 israelischen Marinesoldaten legte die Delegation in der Halle des Holocaust-Gedenkens einen Kranz nieder und traf sich zu einem längeren Gespräch. Familienbiographien, deutsche und israelische Geschichte, das heutige Deutschland und die israelische Wirklichkeit nach vier Jahren Intifada und nur 59 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus wurden thematisiert – meines Wissens erstmalig in dieser Form.

Durch die Konflikte im Nahen Osten standen die militär- und rüstungspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel wiederholt in einem Spannungsfeld. Das spiegelte sich auch im regelmäßigen „Strategischen Dialog“ beider Länder wider. Dieser ruhte von 1999 an für drei Jahre wegen der angespannten Nahostlage und wurde Anfang 2003 auf der Ebene der Staatssekretäre wieder aufgenommen. Der facettenreiche Dialog blieb dabei immer der Ausdruck einer gewachsenen und vertrauensvollen militärpolitischen Zusammenarbeit. Die Erklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 25. April 2002 im Deutschen Bundestag unterstreicht diese Bedeutung: „Israel bekommt das, was es zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht, und es bekommt es dann, wenn es gebraucht wird.“

Nicht nur Journalisten, auch Diplomaten müssen neugierig sein. Berichte, Erzählungen und Gespräche sind das eine, die Einvernahme des Augenscheins das andere. Es war während meiner Jahre zu keinem Zeitpunkt schwierig oder gar unmöglich, sich zu informieren. Die häufigen Eskalationen an der israelisch-libanesischen Grenze sind für den Ortsunkundigen manchmal unverständlich. Die israelische Antwort war eine Einladung, mit dem Hubschrauber das Gebiet zu überfliegen und bei Zwischenlandungen das Hinterfragte zu erläutern. Wie sichert Israels relativ kleine Marine seine Seegrenzen? Die israelische Antwort war eine Einladung, den Fregatteneinsatz zu begleiten. Die Terroranschläge am Grenzübergang nach Gaza verstärkten sich. Wie kontrolliert Israel den täglichen Grenzverkehr mit Tausenden palästinensischer Arbeiter? Die israelische Antwort war ein Tag am Grenzübergang, mitten im Geschehen. Zeitweise habe ich den Eindruck,

dass manche Einschätzungen oder abschließende Urteile ausschließlich am „grünen Tisch“ entstehen.

Als ich mich mit der Persönlichkeit des jetzigen Premierministers beschäftigte, es war die Wahlkampfzeit 2001, fragte ich ihn, ob er etwas dagegen hätte, wenn ich ihn einen Tag lang begleiten würde? Seine Physiognomie drückte Erstaunen aus. Seine Antwort erfolgte ohne Zögern: „Ich bin jetzt 24 Jahre in der Politik. Noch nie hat mir ein Botschafter so eine Frage gestellt. Das machen wir.“ Mit Ariel Sharon einen Tag unterwegs zu sein ist ein Erlebnis der besonderen Art. Obwohl ich als Kandidat sechs erfolgreiche Bundestagswahlkämpfe hinter mir habe, hat die Beobachtung in einem anderen Land eine andere Dimension. Besonders lebhaft ist mir eine Veranstaltung in der Zentrale von Sharons Partei in Erinnerung, zu der nur Parteimitglieder mit Extraausweisen zugelassen waren. Wäre ich nicht in seiner Begleitung gewesen, wäre ich niemals eingelassen worden. Meine Erwartung war eine Jubelveranstaltung in einem überfüllten Saal. Die Wirklichkeit zeigte mir nur den überfüllten Saal. Nach Sharons Rede, die kurz war und sich von Wahlkampfreden in Deutschland grundlegend unterschied, prasselten auf den Ministerpräsidenten-Kandidaten fast ausschließlich kritische bis ablehnende Beiträge nieder. Einige Diskutanten wirkten wie politische Gegner. Keine von Sharons Antworten hatte eine Spur von Unwilligkeit oder Aggressivität. Er vermittelte „seinen“ Leuten, dass er für alles Verständnis habe, gleichwohl anderer Auffassung sei.

Die Begleitung des damaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak, auf gleicher Basis, vermittelte dagegen eine perfekt von amerikanischen Wahlkampfberatern organisierte Tour. Die arabische Minderheit in Israel wird mit knapp zwanzig Prozent der Bevölkerung angegeben. Sowohl Barak als auch seine Ehefrau sprechen fließend arabisch. Doch die Auseinandersetzungen verliefen nur im jüdischen Teil der Bevölkerung. Der Bürgermeister von Nazareth, einer Stadt mit 60 000 arabischen Einwohnern, berichtete nach dem Wahlgang, dass Barak bei seiner ersten Kandidatur 1998 in Nazareth einen Stimmenanteil von 84 Prozent erzielte. Im Jahre 2001 war sein Ergebnis auf 16 Prozent gefallen. Für die von Barak geführte Labour-Regierung war das Wahlresultat bitter. Bis heute hat sich die Arbeitspartei davon nicht erholt.

Gute, enge Beziehungen

Knapp 60 Jahre nach dem Ende von Nazi-Deutschland und 40 Jahre nach dem Beginn der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der zweiten deutschen Republik operiert unsere Botschaft in Tel Aviv in einem einzigartigen Umfeld. Deutschland gilt heute für viele israelische Führungskräfte politisch und wirtschaftlich, wissenschaftlich und technologisch als zweitwichtigster Partner nach den USA und darüber hinaus als einer der wichtigsten Partner in der kulturellen und zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit. Außergewöhnlich eng ist die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Das Netz von Austauschbeziehungen hat hohes politisches Profil. Es ist nur vergleichbar mit unserer Zusammenarbeit mit Frankreich, Polen oder den USA. Wir zählen über 100 Städte- und Kreispartnerschaften. Auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft sind die Beziehungen ungewöhnlich dicht. Selbst im militärischen Bereich haben wir außerhalb der NATO zu keinem Land vergleichbar enge Beziehungen. Gleiches gilt für das Netz deutscher Präsenz in Israel. Die Beziehungen waren nie enger, waren nie besser.

Im Wirtschaftsbereich stehen sie auf einem soliden Fundament, das kontinuierlich ausgebaut wurde. Betrug das Außenhandelsvolumen (Exporte und Importe) 1960 nur 93 Millionen US-Dollar, so waren es im Jahr 2003 schon 3,8 Milliarden. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung um neun Prozent über 43 Jahre. Deutschland behauptete 2003 mit gut zehn Prozent der israelischen Einfuhr und gut vier Prozent der israelischen Ausfuhr seinen Platz als zweitstärkster Handelspartner Israels nach den USA. Für das Jahr 2003 weist die israelische in US-Dollar geführte Handelsstatistik aus, dass Deutschland unter den bedeutendsten Handelspartnern das einzige Land war, das sowohl beim Export nach Israel (um 16,6 Prozent) wie auch beim Import aus Israel (um 9,8 Prozent) substanziell zulegen konnte. Damit lag der Handel wieder auf einem Niveau wie in den Jahren vor 2000. Die Vergangenheit und die Bewältigung ihrer Folgen, die im politischen und kulturellen Bereich ein

dominantes Element der bilateralen Beziehungen sind, belasten die Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Ländern kaum.

Der deutsch-israelische Jugendaustausch ist das Kernstück für unsere gemeinsame Zukunft. Die finanzielle Förderung hält in Deutschland nach dem Austausch mit Frankreich, mit Polen und den USA Platz vier. Bis zum Beginn der zweiten Intifada im Jahre 2000 beteiligten sich jährlich zwischen 8 000 und 10 000 junge Menschen aus beiden Ländern. Ungefähr sechzig Prozent der Teilnehmer stellte die deutsche Seite. Diese Zahlen müssen wieder erreicht werden. Die Auswertung der letzten repräsentativen Umfrage unter israelischen Jugendlichen aus dem Jahr 1998 zeigte ein wenig vorteilhaftes Bild über Deutschland. Die Vergangenheit prägt das Deutschlandbild der Israelis wie nichts anderes. Vielen jungen Israelis, die nie in Deutschland waren, fällt zu Deutschland zuerst „Auschwitz“ und „Hitler“ ein. Etwa die Hälfte der befragten Jugendlichen glaubt nicht, dass Deutschland sich heute unter den israelfreundlichen Staaten befindet, und sieht Fremdenhass in Deutschland stärker ausgeprägt als anderswo. 40,5 Prozent glauben, dass in Deutschland wieder ein NS-Regime entstehen könnte.

Der Jugendaustausch, in vielerlei Hinsicht von der deutsch-israelischen Problematik geprägt und nicht nur ein zwangloses Treffen zwischen Jugendlichen beider Länder, ist eine Herausforderung. Die Anstrengungen in den vergangenen vier Jahrzehnten überzeugen alle, die den Vorzug hatten, solche Begegnungen erleben zu können. Mittlerweile haben 100 jugendliche Israelis das so genannte „Johannes-Rau-Stipendium“ durchlaufen. Der ehemalige Bundespräsident hatte anlässlich seines Staatsbesuches 2000 dieses Angebot mitgebracht, das die Regierungen beider Länder institutionalisierten. Unsere Botschaft wickelt das jährliche Verfahren ab, begleitet die Vorbereitung und die Nacharbeit. Bis zu 150 jugendliche Deutsche entschließen sich jährlich, ihren zivilen Ersatzdienst in israelischen Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Altentagesstätten zu leisten. Was diese Jugendlichen in der Zivilgesellschaft bewirken, verdient höchsten Respekt.

Nur in wenigen israelischen Schulen wird Deutsch als dritte oder vierte Fremdsprache

angeboten. Das Abitur in diesem Fach wird am Goethe-Institut Tel Aviv abgelegt. Das Interesse an Deutschkursen des Goethe-Instituts steigt kontinuierlich. Derzeit liegt die Zahl der Studenten, die auf einen Abschluss hin lernen, bei 700 jährlich. Inzwischen müssen weitere Interessenten mangels Kapazitäten abgewiesen werden. Die Nachfrage wächst, das Angebot stagniert. Es müsste in deutschem Interesse sein, unsere Kapazitäten auszuweiten. Das französische Engagement liegt um ein Vielfaches höher. Die Frage nach unserem Verhältnis zur deutschen Sprache drängt sich auf.

Die kontinuierlichen, erfolgreichen Bemühungen der politischen Ebenen erreichen Fortschritte oftmals leichter und effektiver durch Ereignisse, die in der israelischen Zivilgesellschaft breit wahrgenommen werden. Wenn eine international angesehene Fußballmannschaft wie der FC Bayern München in Tel Aviv eine Champions-League-Begegnung absolviert, bedeutet das viel mehr, als wir es in Deutschland bei solchen Anlässen empfinden. Wenn darüber hinaus Gesten eines Starensembles wie des FC Bayern die Herzen des Gastlandes erreichen, wird ein Fußballspiel zur Botschaft. Der europäische Fußballverband UEFA wollte Maccabi Tel Aviv zwingen, das Spiel an einem der höchsten israelischen Feiertage, Rosh Hashana, vergleichbar mit unserem Heiligen Abend, durchzuführen. Es war im September 2004, subtropische Temperaturen machten den Anpfiff des Spiels erst gegen 22 Uhr möglich; am Spätnachmittag wäre es undenkbar gewesen. Der FC Bayern zögerte keinen Moment, die israelische Anfrage, das Spiel um einen Tag vorzulegen, positiv zu beantworten. Doch die UEFA zwang Maccabi, an Rosh Hashana zu spielen. Die Geste der Münchener, ihre Absicht, Yad Vashem zu besuchen, der gesamte Auftritt haben mehr bewirkt als viele politische Besuche. Es kommt nicht häufig vor, dass eine Fußballmannschaft, gegen die das Gastgeberland verloren hat, mit großem Beifall verabschiedet wird. Bei Bayern München war das der Fall.

Vor Beginn des Irak-Krieges im Frühjahr 2003 haben alle Botschaften in Tel Aviv ihr Personal evakuiert. Dass die Mitarbeiter der deutschen Botschaft komplett im Land geblieben sind, bei den 6,8 Millionen israelischen Staatsbürgern, blieb den Medien nicht verborgen. Kaum ein anderes Verhalten hat

mehr positive Berichte über Deutschland bewirkt als dieser Entschluss. Die Konzerte Daniel Barenboims oder von Christoph von Dohnányi; die Aufführungen der internationalen Bachakademie Stuttgart; der Erfolg des Theaterstücks „Democracy“ von Michael Frayn über die Affäre Guillaume, das Gastspiel von Wolf Biermann oder das Konzert von Milva auf Einladung der deutschen Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft, all dies sind weitere gelungene Beispiele für eine Breitenwirkung, die Politik alleine nicht erreichen kann.

Wie weiter in Nahost?

Die historische Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Staaten, die einheitliche europäische Währung grenzen an Wunder. Die damit verbundene Wirtschaftskraft ist unvorstellbar, die darin liegenden Chancen sind nur gering beschrieben: mehr Einwohner als in den USA, mehr Kaufkraft, mehr Wirtschaftskraft. Diese Tatsache und diese Aussichten vor den Toren des Staates Israel: Ob es gefällt oder nicht, Europa wird eine größere Rolle spielen, auch im Nahen Osten. Daraus folgt: Israel muss sich entscheiden. Nur der Versuch eines ökonomischen Anschlusses an die EU oder auch eine politische Neujustierung? Die Debatte um eine teilweise Emanzipation von den USA wird Israel nicht erspart bleiben. Als öffentlicher Ratgeber wäre Deutschland aber ungeeignet.

Wie weiter in Nahost? Vor zwei Jahren habe ich Fragen nach meiner Einschätzung der Lage mit dem Satz beantwortet: „Ein Ende sehe ich erst, wenn eine der beiden Seiten erschöpft ist.“ Damals schon habe ich davor gewarnt, zu unterstellen, dass die Palästinensische Autonomiebehörde zwangsläufig als Erste erschöpft sein müsste. Angesichts des fortdauernden israelisch-palästinensischen Konflikts, der Stärkung der religiös-orthodoxen Kräfte und der enormen ökonomischen Belastung für den Staatshaushalt druckte die auflagenstärkste israelische Tageszeitung „Jedioth Achronoth“ am 24. August 2004 eine Liste mit Dingen ab, für die Geld da sei, und stellte Dinge gegenüber, für die es kein Geld gebe: „Dafür gibt es Geld: 70 Millionen Shekel für die unabhängige, orthodoxe Erziehung; 28,5 Millionen Shekel für orthodoxe Bildungsinstitutionen; 12,5 Millionen Shekel

für Einkommenszuschüsse für Orthodoxe; 11 Millionen Shekel für orthodoxe Tora-Institutionen. Dafür gibt es kein Geld: 100 Millionen Shekel für Hilfseinrichtungen im Schulwesen; 30 Millionen Shekel für Sonderschulen; eine Million Shekel für Sicherheitsmaßnahmen an Schulen; eine Million Shekel für die Förderung von Minderheiten.“

Der ausländische Beobachter stellt sich die Frage: Wann beginnt die israelische Gesellschaft breit darüber zu diskutieren, und mit welchem Ergebnis? Ist die israelische Gesellschaft informiert, weiß sie, dass die Zwei-Staaten-Philosophie Israel und Palästina – unausgesprochen – immer zwei lebensfähige Staaten unterstellt? Weiß die israelische Gesellschaft, dass das Bruttosozialprodukt der Palästinensischen Autonomiegebiete zu drei Vierteln von Israel abhängig ist, dass also ein Palästina ohne Israel für viele Jahre nicht lebensfähig wäre?

In meinen vierzig Jahren Politik in Regierung, Parlament, Partei und Gewerkschaften habe ich einen Satz von John F. Kennedy verinnerlicht: „Wer Realitäten verändern will, muss zunächst bereit sein, diese zur Kenntnis zu nehmen.“ Ich habe mir in meinem Leben nie Gedanken machen müssen über die Existenzberechtigung meines Landes, obwohl Deutschland im vorigen Jahrhundert die Welt zweimal an den Abgrund brachte. Meine Sozialisation unterscheidet sich grundlegend von derjenigen eines Israelis. Keine tägliche Bedrohung! Keine Aberkennung der Existenzberechtigung! Kein Kampf um den eigenen Staat! Deshalb gebrauche ich das Wort „Sicherheit“ als Schlüsselbegriff für einen Wiedereinstieg in einen konstruktiven Nahostprozess. Die Staatengemeinschaft muss für Israel Sicherheit erarbeiten. Auf der Grundlage von Sicherheit ist es leichter, das zu präzisieren und zu vereinbaren, was Premierminister Sharon mit dem Begriff „schmerzhaftes Kompromisse“ umschrieben hat.

Deutsche Regierungen haben nie Zweifel daran gelassen, dass sie Israel dabei helfen wollen. Unsere Hilfe steht unter der Maxime, die deutsche Regierungsvertreter, die alle Fraktionen des Bundestages immer wieder deutlich gemacht haben: Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsräson.

Grisha Alroi-Arloser

Deutschland und Israel aus israelischer Sicht

Vieles fällt einem zu diesem Thema ein, Persönliches, Politisches, Historisches. Deutschland und Israel: ein schwieriges, aber gutes Verhältnis, belastet, aber belastbar; nichts vergessen, aber den Blick nach vorn gerichtet. Ich bin in Deutschland aufgewachsen, habe den größten Teil meines erwachsenen Lebens in Israel verbracht und lebe zur Zeit wieder in Deutschland. Ich habe beide Pässe,

Grisha Alroi-Arloser

geb. 1956; Bundesgeschäftsführer der Deutsch-Israelischen Wirtschaftsvereinigung e.V. Infanteriestraße 19, Haus 2, 80797 München. alroi@d-i-w.de

spreche beide Sprachen, bin dort und hier daheim und fremd zugleich. Ich will mich auf eine sehr persönliche Sicht der Dinge beschränken, angreifbar und völlig unempirisch.

Gibt es überhaupt eine israelische Sicht auf Deutschland und das deutsch-israelische Verhältnis? Ich glaube schon, und meine damit nicht die amtliche, diplomatische, offizielle. Ich erinnere mich gut an das Jahr 1991, kurz nach dem Beschuss Israels durch irakische Scud-Raketen. Außenminister Hans-Dietrich Genscher war zu Gast bei seinem israelischen Amtskollegen David Levy, und dieser verkündete im Brustton der Überzeugung, dass die deutsch-israelischen Beziehungen „noch nie so gut waren wie heute“. In den Straßen Tel Avivs konnte man am gleichen Tag Graffiti in Hebräisch lesen: „Es gibt kein anderes Deutschland!“

Die offizielle Sicht unterscheidet sich oft von der der Menschen, ob sie Fußball schauen, in einen MAN-Bus steigen, sich für eine AEG-Waschmaschine entscheiden oder in abgedichteten Räumen mit ihren Gasmasken sitzen. Die Konnotation von Deutschland und Gas wog schwerer, als viele Diplomaten es sich vorstellten oder wünschten. Das war immer dann der Fall, wenn die Vergangenheit

nicht vergehen wollte, in der Imhausen/Rabta-Affäre, im Degussa-Zahngoldskandal, nach der Jenninger-Rede, nach Bitburg und während der Auseinandersetzung zwischen Helmut Schmidt und Menachem Begin um deutsche Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien.

Meine allererste Erfahrung mit der israelischen Sicht auf Deutschland machte ich als 20-Jähriger in Nazareth-Illit. Im Rahmen einer Ausbildung zum Jugendleiter der zionistischen Jugend in Deutschland hatte es mich für einige Monate dorthin verschlagen. Da ich noch sehr wenig hebräisch sprach, sollte ich meinen sozialen Dienst an der Gemeinde als Aushilfslehrer für Englisch in einer 4. Klasse der religiösen Grundschule leisten. Ich hatte mich gut vorbereitet, doch schaffte ich nur einen einzigen Satz: „Ich heiße Grisha und komme aus Deutschland.“ Der Tumult war enorm. 40 Schüler skandierten: „Nazi, Nazi, Nazi“. Sie waren nicht zu beruhigen, und meine Versuche, ein apologetisches „aber ich bin doch Jude“ hinterherzuschicken, scheiterten kläglich.

Besonders deutlich wird dieser Reflex im israelischen Verhältnis zur jüdischen Gemeinde im Land der Täter. Dabei ist die Sicht der Israelis auf die Diaspora insgesamt bis heute eine eher bevormundende, überhebliche und in vieler Hinsicht verständnislose. Auch wenn die Verurteilung derer, die dem Ruf des Zionismus nicht Folge leisten mochten, in den vergangenen 15 Jahren in ihrer Rigorosität abnahm, so bleibt der Kern der Kritik bestehen: Wir gestalten jüdische Geschichte unter Einsatz unseres Lebens und ermöglichen euch, in sicherer Distanz zu leben; wir sind souverän, ihr Spielball anderer; wir sind stark, ihr schwach; wir verkörpern Zukunft, ihr Vergangenheit; eure Unterstützung für uns geschieht nicht um unser-, sondern um eurerwillen. Gleichzeitig wurde den großen jüdischen Gemeinden vor allem in den USA, in Frankreich, Großbritannien und Lateinamerika eine gewisse Existenzberechtigung zuerkannt, vielleicht auch aufgrund der Mittlerrolle, die eine steigende Anzahl an Israelis dort übernahm.

Dies gilt jedoch nicht so für Deutschland. Oft hat meine Aussage, in Deutschland aufgewachsen zu sein, bei meinem israelischen Gegenüber Verständnislosigkeit bis Unmut

ausgelöst. „Wie konnten Deine Eltern nur ausgerechnet nach Deutschland gehen? Ins Naziland?“ Es sei unbegreiflich, dass nach dem Holocaust Juden weiterhin in Deutschland leben, sagte Israels Staatspräsident Ezer Weizman während seines Deutschlandbesuchs im Januar 1996. Wenn dies aber ein Land ist, in dem Juden besser nicht mehr leben sollten, welche Schlüsse lässt dies für die allgemeine Sicht auf dieses Land zu?

Nazismus und Shoah gehören bis heute zu den ersten Assoziationen, die Israelis bei der Erwähnung Deutschlands haben. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob man nun selbst oder familiär vom Holocaust in Mitleidenschaft gezogen wurde, ob man europäischer oder orientalischer Abstammung ist, eher links oder rechts wählt, gebildet oder weniger gebildet, religiös oder säkular eingestellt ist. Aber der Umgang mit dieser Assoziation unterscheidet sich, wenn auch nur graduell. Es gibt natürlich noch Totalverweigerer, in erster Linie sind es Überlebende der Konzentrationslager, teilweise aber auch jüngere Menschen, für die diese Assoziation ausschlaggebend für ihre Sicht auf Deutschland, die deutsche Sprache und alles Deutsche ist. Insgesamt kann aber festgestellt werden, dass es einen relativ entspannten Umgang mit Deutschland gibt, nicht in Ermangelung des erwähnten Assoziationsreflexes, sondern dessen ungeachtet. Deutsche Besuchergruppen, die ich in den achtziger und neunziger Jahren durch das Land geführt habe, waren von der Offenheit und Herzlichkeit überrascht, mit denen ihnen als Deutschen begegnet wurde. Häufig erst bei den Abschlussgesprächen eröffnete man mir, dass man befürchtet hatte, „als Deutscher angefeindet zu werden“. Als es nicht dazu kam, war man erleichtert. Israelis nähern sich deutschen Besuchern oft unbeschwerter, als dies Holländer, Dänen oder Polen tun.

Formalisierung ist nicht gleich Normalisierung

Es hat sich so etwas wie Normalität eingestellt. Junge Israelis besuchen in großer und wachsender Zahl das Goethe-Institut, um Deutsch zu lernen, weil sie sich beruflich etwas davon versprechen, weil sie in Deutschland studieren wollen oder bereits geschäftliche Kontakte pflegen, die vertieft werden sol-

len. Wenn der deutsche Botschafter zum 3. Oktober in die Residenz in Herzliya einlädt, die weit über tausend Gäste auf Deutsch begrüßt und ein gemischter Chor beide Nationalhymnen singt, gibt es kaum noch jemanden, der sich daran stört. (Einer der prominenten Gäste sagte mir leise, er hätte es persönlich besser gefunden, wenn die Gesangsgruppe statt des deutschen Textes nur „lalala gesungen“ hätte, aber er lächelte dabei.)

Tausende Israelis machen pragmatisch von ihrem Recht Gebrauch, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, da sie so in den Besitz eines europäischen Passes gelangen. Israelische Unternehmen stellen vermehrt auf deutschen Messen aus und gehen Joint Ventures mit deutschen Partnern ein. Israelis investieren mittlerweile doppelt so viel in Deutschland wie Deutsche in Israel. Sie engagieren sich in Deutschlands Hightech-Branche, im Immobilien- und Hotelgewerbe, gründen Niederlassungen und Servicezentren. Das bilaterale Handelsvolumen ist größer als der Handelsumfang der Bundesrepublik mit jedem anderen Land in der Region, einschließlich Iran, Saudi-Arabien und Ägypten.

Die Israelis wissen, dass sie sich im Grunde auf Deutschland verlassen können, und zwar in fast jeder Hinsicht. Die Rolle Deutschlands bei der wirtschaftlichen Festigung des jüdischen Staates ist bekannt. Kaum eine israelische Stadt unterhält keine Städtepartnerschaft in Deutschland. Der Handel blüht, ebenso die Rüstungskooperation. Deutsche Produkte erfreuen sich wachsender Beliebtheit, und wenn es einigermassen friedlich ist, gibt es einen regen Schüler-, Jugend-, Studenten- und Kulturaustausch. Deutschland vertritt noch am ehesten israelische Interessen in der EU, und 40 Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erweist sich die Formalisierung dieser Beziehungen als überaus gelungen.

Dennoch kann aus israelischer Sicht das F der Formalisierung nicht ohne weiteres gegen ein N der Normalisierung ausgetauscht werden. Israelis stellen sogar ab und an die Frage, ob nicht die verfrühte israelische Bereitschaft zur Formalisierung Tür und Tor geöffnet habe für eine weit weniger wünschenswerte Normalisierung. Sie glauben nämlich, dass es im Grunde keine normalen zwischenstaatli-

chen Beziehungen geben könne, vor allem dann nicht, wenn Normalität das Ende der Einzigartigkeit dieser Beziehungen bedeutet.

Gerade der Sympathieverlust, den Israel seit der Wiedervereinigung und nochmals verstärkt seit September 2000 in der deutschen Öffentlichkeit erfahren hat, verunsichert die Israelis. Hatte Henryk M. Broder Recht mit seiner provokanten Formulierung „Auschwitz werden uns die Deutschen nie verzeihen“? Wie sonst sei es zu erklären, fragt man sich, dass Israel gerade in Deutschland mittlerweile als eines der unsympathischsten Länder gilt, dass Deutsche in Israel die größte Bedrohung für den Weltfrieden erkennen und Israel allein für den Konflikt im Nahen Osten verantwortlich machen? Wenn das „Normalität“ bedeutet, dann muss man sie ablehnen.

Erinnerung an den Tiefpunkt der eigenen Geschichte

Die große Ambivalenz, welche die Sicht der Israelis auf Deutschland noch immer charakterisiert, kann nicht allein in der deutschen Rolle im finstersten Kapitel jüdischer Geschichte begründet sein. Sie muss zu ähnlich großen Teilen vom Unbehagen der Erinnerung an die totale Macht- und Hilflosigkeit herrühren, der Juden in der Shoah ausgeliefert waren, ein Bild, das zu einer der sinngebenden Koordinaten des israelischen Selbstverständnisses wurde und das man doch am liebsten aus dem nationalen Kollektivbewusstsein ausblenden würde. In den ersten 15 Jahren nach Kriegsende sahen sich Überlebende des Holocaust in Israel herber Kritik ausgesetzt: Warum ließen sich die Opfer „wie Vieh zur Schlachtbank führen, statt zu kämpfen“? Erst nach dem Eichmann-Prozess in Jerusalem, vor allem aber nach dem Sechstagekrieg, begann man, die Gesetz gewordene Erinnerung an die Shoah mit der an den beachtlichen jüdischen Widerstand in den Lagern, den Ghettos und im Untergrund zu koppeln.

Nicht nur Deutschland tat sich also schwer mit der eigenen Vergangenheit, auch in Israel wurde 15 Jahre lang lieber geschwiegen; nicht allein ob der Unaussprechlichkeit der deutschen Verbrechen, sondern auch, weil der „neue Jude“ nur mit äußerster Beklemmung in die Augenhöhlen seiner entmenslichten Schwäche zu starren vermochte. Die Ausein-

andersetzung mit dem Täter ist immer auch eine psychisch belastende mit der eigenen Opferrolle. Oft machte ich diese Erfahrung in Begleitung israelischer Jugenddelegationen nach Deutschland. Jeder Bahnhof, jeder Güterzug, jeder Rentner, jeder Schornstein löste kollektive Erinnerungen und oft physisches Unbehagen aus: Sind auch hier Juden verladen worden? Haben die Deutschen beim Anblick der Züge weggesehen? War das ein Nazi? Gab es Krematorien inmitten der Städte? Angetan von Sauberkeit und Ordnung, von Freundlichkeit und ziviler Effizienz war man doch gleich wieder alarmiert. Haben sich die Deutschen wirklich geändert? Wie gut, dass wir uns unserer Veränderung gewiss sein können! Wie gut, dass es Israel gibt!

Ich glaube, dass es im Grunde nur wenige Jahre in den deutsch-israelischen Beziehungen gab, in denen beide Seiten gleichermaßen der Überzeugung waren, einen geglückten Neuanfang gemacht zu haben. Es war die Zeit vom Vorabend des Sechstagekriegs 1967 bis zum Beginn des Yom-Kippur-Kriegs 1973. Die Jahre davor waren geprägt vom israelischen Misstrauen den Deutschen gegenüber, die Jahre danach von der wachsenden deutschen Enttäuschung, dass Israel der Rolle des David und der eigenen Idealvorstellung des Judenstaates nicht mehr entsprechen wollte. Dabei schien ein Bild als Vorlage zu dienen, welches Israel selbst geschaffen hatte und das von deutscher Seite gern verinnerlicht worden war: Wie Phönix aus der Asche war der Staat aus der Katastrophe erwachsen, hatte eine solidarische und gerechte Gesellschaft geschaffen, Wüste urbar gemacht, sich heldenhaft gegen eine arabische Übermacht zur Wehr gesetzt und letztendlich ein ordentliches Stück Europa im Nahen Osten etabliert. Was man daheim in Deutschland nicht mehr zu träumen wagte, hier in Israel war es Wirklichkeit geworden: ein funktionierender, demokratischer Sozialismus, Nächstenliebe, Kibbutzim, eine selbstbewusste Gewerkschaftsbewegung. Zur großen Freude sprachen viele der Protagonisten ein makellooses, wenn auch angestaubtes Deutsch. Da diese mit berechtigtem Stolz gerne gerade Gästen aus Deutschland ihre altneue Heimat und die Errungenschaften seiner Menschen näher bringen wollten, ergab sich rasch eine merkwürdig anmutende Kumpanei: Wir zeigen Euch, was Ihr sehen wollt, und Ihr sagt uns, was wir hören wollen.

Unter dem Eindruck der Ölkrise, des Libanonkriegs und der ersten Intifada bröckelte das Bild. Schwermütig wurde von deutschen Freunden die „Orientalisierung“ Israels beklagt, die Verrohung der Sitten, der „Verlust der Unschuld“. Dann kam die Äquidistanz, die Solidarisierung mit den „Opfern der Opfer“ und ein immer häufigeres Kopfschütteln über die offensichtlich fehlende Bereitschaft der Israelis, aus der Vergangenheit zu lernen. „Gerade Ihr müsstet doch wissen“, hieß es in hitzigen Diskussionen im Rahmen der „Historischen Seminare“ der Gewerkschaftsjugend, und Israelis reagierten trotzig: „Wir sind lieber unbeliebt und lebendig als beliebt und tot!“ Oder: „Was soll man machen, die KZs waren eben keine Besserungsanstalten!“ Deutsche nahmen in diesen Diskussionen gern einen universalistischen Blickwinkel auf die Shoah, Israelis hingegen bestanden auf dem partikularistischen. Die Deutschen sagten: „Nie wieder Täter, nirgendwo“, die Israelis: „Nie wieder wir als Opfer, irgendetwas!“

Mit der Wiedervereinigung kam ein neues Stück Deutschland dazu. Eines, das zuvor zu den erbittertsten Feinden gehörte, Israel nie anerkannt hatte, sich nicht zur gesamtdeutschen Verantwortung für den Holocaust bekennen wollte und palästinensische Terroristen ausgebildet und finanziert hatte. Insofern war das Ende der DDR „good news“. Andererseits erkannte man in Israel die Notwendigkeit, sich verstärkt den Bewohnern der neuen Bundesländer zuzuwenden, denn es galt, ein immenses Informationsdefizit und viele Vorurteile auszuräumen. Zu Beginn hatte es den Anschein, als ob es ein Replay des deutsch-israelischen Frühlings vom Ende der sechziger Jahre geben würde: Stauen hier, Genußnahme da. Doch musste man rasch feststellen, dass die Halbwertszeiten der Sympathie sich enorm verkürzt hatten, die Sozialisation eine völlig andere war und die Vereinnahmungen der Menschen durch westdeutsche Strukturen und Bedenkenträger in Sachen Nahost bald Wirkung zeigte. Unverständliche Reaktionen auf den 11. September 2001, antiamerikanische Ressentiments, das schrille Nein zum Irakkrieg, fremdenfeindliche und antisemitische Ausfälle, der Einzug der Neonazis in die Landtage – sie alle prägten den Blick der Israelis auf Deutschland.

Die Wahrnehmung Deutschlands in Israel ist und bleibt äußerst selektiv. Rassistische und vor allem antisemitische Vorkommnisse werden sofort zur Kenntnis genommen, deutsche Außenpolitik auf ihre *political correctness* überprüft, wobei das als richtig gilt, was sich mit Israels Interessen in Einklang bringen lässt, vor allem aber wird genau hingehört, wenn es deutsche Kritik an Israel gibt. Fast immer wird dann die Frage nach der Legitimität solcher Kritik gestellt. Mittlerweile hat man sich zwar daran gewöhnt und ist nicht gleich alarmiert, wenn aus Deutschland Verhalten Kritik am israelischen Vorgehen gegen die Palästinenser zum Ausdruck gebracht wird, aber sobald diese Kritik an den Grundfesten israelischen Selbstverständnisses zu rütteln scheint – der Gedanke an Binationalität; das Rückkehrrecht der Palästinenser; Diskussionen über die Verhältnismäßigkeit der Mittel; Infragestellung des israelischen Gründungsethos –, tritt unausweichlich die Vergangenheit auf den Plan. Solche Kritik steht am schnellsten unter Antisemitismusverdacht, wenn sie von Deutschen geäußert wird, auch wenn ähnliche Positionen in Israel selbst als durchaus legitim, zumindest diskussionswürdig gelten.

Israelis begegnen Deutschen dennoch offener als umgekehrt, weil sie ihnen im Normalfall „nur“ Vergangenes entgegenhalten können, sich aber dessen bewusst sind, dass es keine persönliche Verantwortung der Nachgeborenen gibt. Deutsche hingegen sind auch einzelnen Israelis gegenüber zunehmend distanzierter, weil sie ihnen kollektive Verantwortung für Gegenwärtiges aufbürden. Das ist deshalb fatal, weil durch das israelische Zugehen bei gleichzeitigem deutschen Zurückweichen die Distanz gleich bleibt oder sogar größer wird.

Es scheint, als stünden beide Seiten ständig auf dem Prüfstand des anderen: Deutschland muss den Israelis beweisen, dass es unumstößlich zum Judenstaat steht – nach allem, was war. Tut es das vermeintlich auch nur ansatzweise nicht, dann hat man es ja immer gewusst. Und Israel muss sich des deutschen Schuldbekenntnisses würdig erweisen. Tut es das nicht, kann die eigene Schuld so groß nicht gewesen sein. Beide Pathologien ma-

chen deutlich, dass auch 60 Jahre nach Kriegsende die deutsch-jüdische Katastrophe die Sicht aufeinander und damit das Verhältnis zueinander bestimmt.

Heinrich Heine wandte sich 1831 mit einem Gedicht an den „Rabbi von Bacherach“. Wir wissen, dass das lyrische Ich der Jude ist und Edom der Christ. Aber 150 Jahre nach Heines Tod verblüfft das Poem in seiner Aktualität für das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden, mehr noch zwischen Deutschen und Israelis.

An Edom!

Ein Jahrtausend schon und länger,
Dulden wir uns brüderlich,
Du, du duldest, dass ich atme,
Dass du rasest, dulde Ich.
Manchmal nur, in dunkeln Zeiten,
Ward dir wunderlich zu Mut,
Und die liebefrommen Tätzchen
Färbtest du mit meinem Blut!
Jetzt wird unsre Freundschaft fester,
Und noch täglich nimmt sie zu;
Denn ich selbst begann zu rasen,
Und ich werde fast wie Du.

Nur wenn Deutsche und Israelis begreifen, dass ein wichtiger Teil ihrer so gegensätzlichen Identitäten und unterschiedlichen Schlussfolgerungen in jenen verdammten zwölf Jahren des Tausendjährigen Reiches begründet sind, gibt es Hoffnung auf gesunde „Normalität“ in den Beziehungen. „Normal“ in einem derart tragisch verstrickten Beziehungsgeflecht ist aber nichts anderes als die Anerkennung des Außergewöhnlichen, die Akzeptanz des Unnormalen und die Bejahung der Selbstpositionierung des anderen als zumindest nachvollziehbar, auch wenn sie der eigenen diametral entgegengesetzt ist.

Der einzige gangbare Weg, dies zu erreichen, ist der persönliche, unvoreingenommene Kontakt. Nur die menschlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Israelis haben die Krisen überdauert. Sie erwiesen sich als verlässlich während des Golfkriegs und in Zeiten offizieller Distanzierung und veröffentlichter Kritik. Es ist bedauerlich, dass die Zahl deutscher Besucher in Israel in den vergangenen Jahren stärker zurückgegangen ist als die aus anderen Ländern. In guten Zeiten machten Deutsche zehn Prozent aller

Touristen aus, heute sind es nicht einmal mehr fünf.

Gerade im 40. Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sollten beide Seiten versuchen, mehr Kontaktmöglichkeiten zu schaffen und zu nutzen. In Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Forschung entstehen seit Jahren nachhaltige, enge und schließlich freundschaftliche Beziehungen, die auf Interessengemeinschaft begründet sind. Sie sind lebendig, zukunftsorientiert und belastbar. Auch unter solchen Kooperationspartnern mag es tagespolitische Meinungsverschiedenheiten geben, doch stellen sie den anderen niemals grundsätzlich in Frage und lassen keinen Zweifel an seiner Integrität und Verlässlichkeit aufkommen.

Man sagt, Frauen treten in der Hoffnung vor den Altar, dass ihre Männer sich mit der Zeit verändern, während Männer sich beim Jawort heimlich wünschen, ihre Frauen mögen für immer so bleiben wie an diesem Tag. Vor 40 Jahren war es zwischen Deutschland und Israel wohl ähnlich: Deutsche hofften, dass Israel sich nie verändern würde, und Israelis hegten den Wunsch, dass Deutschland es täte. Es scheint, dass beide Wünsche nicht wirklich in Erfüllung gehen konnten, ganz wie im richtigen Leben. Ist das ein Scheidungsgrund? Wer weiß. Hauptsache, es wird was aus den Kindern, und es geht ihnen gut.

Benjamin Neuberger

Israel und Deutschland: Emotionen, Realpolitik und Moral

Die Diskussion über Ethik in der Politik, insbesondere in der Außenpolitik, ist nicht neu. Viele sehen in jeder Politik eine Mischung aus Moral und Interessen. Thomas Jefferson erklärte das mit der Natur des Menschen: „If man were wholly evil no government would be possible. If he were comple-

Benjamin Neuberger

Ph.D. an der Columbia University (New York), geb. 1943; Professor für Politische Wissenschaft an der Open University of Israel; zzt. Sabbatical an der Oxford University. St Antony's College, 62 Woodstock Road, Oxford OX2 6JF, England/U.K. benjamin.neuberger@sant.ox.ac.uk; ab August 2005 bennyn@openu.ac.il

tely good no government would be necessary.“¹ Es gibt große Unterschiede hinsichtlich des Grades, in dem Moral oder Interessen und Machtpolitik das Handeln von Politikern und Staaten bestimmen. Im Allgemeinen wird unterschieden zwischen „Realisten“, für die das Selbstinteresse ihres Staates über allem steht, und „Idealisten“, für die vor allem Werte, Ideen und Ideologien die Politik bestimmen.

In den deutsch-israelischen Beziehungen sind Fragen von Ethik und Politik, von Idealismus und Realismus von großer Bedeutung. Emotionen spielen eine wichtige Rolle. Es gibt in Israel seit den fünfziger Jahren eine dominante Realpolitik für die Errichtung und Ausweitung der Beziehungen mit Deutschland, aber es gab auch starke emotionale Gegenströmungen. Auch aus innenpolitischen Überlegungen (interne Realpolitik) wandte man sich eher gegen den Deutschlandkurs der Regierungen Ben-Gurion, Sharett und Eshkol. Es gab moralisch fundierte Positionen für und gegen Beziehungen mit Deutschland. Und die ideologisch fundierte Politik der linkssozialistischen Vereinigten Arbeiterpartei

(hebr. Mifleget Poalim Meuhedet, MAPAM) und der Kommunisten (für die DDR, gegen die Bundesrepublik) deckte sich kaum mit Realpolitik oder Ethik.

Auch in Deutschland gab es realpolitische Gründe für und gegen offizielle Beziehungen mit Israel, aber auch einen starken Trend der Moralpolitik – einer Politik der „Wiedergutmachung“ für den an Juden begangenen Massenmord und für ein Rapprochement zwischen Deutschland und Israel. Verglichen mit Israel waren die Debatten in Deutschland jedoch kaum von Emotionen bestimmt.

Die Beziehungen zu Deutschland waren in Israel immer wieder von großer politischer Bedeutung.² Im Folgenden möchte ich die Rolle von Emotionen, Moral und Realpolitik auf israelischer Seite analysieren.

Emotionen

Israels frühe Politik gegenüber Deutschland bis 1951 war stark von Emotionen geprägt. Sofort nach der Staatsgründung wurde beschlossen, jedem Deutschen die Einreise und jedem Israeli die Reise nach Deutschland zu verbieten; jeder israelische Pass trug bis 1956 den Vermerk „außer Deutschland“.³ Israeli-schen Diplomaten war es untersagt, mit ihren deutschen Kollegen in Kontakt zu kommen.⁴ Jeder Handel mit Deutschland war verboten. Als 1950 die Westmächte den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärten, protestierte Israel und erwog sogar, Deutschland rückwirkend ab der Staatsgründung den Krieg zu erklären.⁵ Die deutsche Sprache, immerhin die Sprache Theodor Herzls, wurde als „Nazisprache“ aus dem Radio und vom Theater verbannt. An der Hebräischen Universität in Jerusalem wurde bis Ende der

¹ Zit. nach: Kenneth W. Thompson, *The Moral Issues in Statecraft*, Baton Rouge 1966, S. 69.

² Vgl. Yechiam Weitz, *Die alternative Flagge: Deutsch-israelische Beziehungen in der Herut Partei 1951–1967*, in: *Zion*, 47 (2002) 4, S. 435 [H = Hebräisch].

³ Yeshayahu Jelinek, *Zwischen Moral und Realpolitik. Eine Dokumentensammlung*, Gerlingen 1997, S. 134.

⁴ Vgl. Yohanan Meroz, *Erinnerungen an die Frühzeit des Brückenschlags*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 45 (1995) 16, S. 3–5.

⁵ Vgl. Y. Jelinek (Anm. 3), S. 149; Niels Hansen, *Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben-Gurion*, Düsseldorf 2002, S. 83.

fünfziger Jahre kein Deutsch unterrichtet. Die Einfuhr deutscher Bücher, Zeitschriften und Zeitungen war verboten. Es wurde sogar überlegt, Juden die sich nach 1945 in Deutschland ansiedelten, die Einwanderung nach Israel zu untersagen.

Dieser emotionale Boykott Deutschlands betraf auch die historisch unbelastete SPD. Die Arbeiterpartei (MAPAI) boykottierte die SPD und versuchte, ihre Aufnahme in internationale Gremien (z. B. die Sozialistische Internationale und die Internationale Freier Gewerkschaften) zu verhindern.¹⁶ Auf dem Treffen der COMISCO (Committee of International Socialist Conferences) 1947 weigerte sich die MAPAI-Delegierte Golda Meir Kurt Schumacher, der doch zehn Jahre lang in NS-Gefängnissen gesessen hatte, die Hand zu geben.¹⁷ Für sie war jeder Deutscher ein Nazi.¹⁸

Im Jahre 1952 gefährdete die Auseinandersetzung über das Wiedergutmachungsabkommen die Existenz von Israels junger Demokratie. Das Land war polarisiert zwischen Befürwortern und Gegnern dieses ersten deutsch-israelischen Abkommens. Während der Verhandlungen in Wassenaar war es den israelischen Delegierten verboten, mit den deutschen Delegierten auf Deutsch zu sprechen.¹⁹ Sogar das Rauchen war ihnen untersagt, damit die deutschen Partner ihnen kein Feuer anbieten konnten.¹⁰

Die Gegner der Verhandlungen kamen von rechts (insbesondere aus der Nationalbewegung *Herut* unter Menachem Begin), aber auch von der Mitte (Allgemeine Zionisten) und links (MAPAM und Kommunisten). Auch im Regierungslager, vor allem in den orthodoxen Parteien, aber auch in der MAPAI, gab es Opposition. Während der Knesset-Debatte am 7. Januar 1952 mobili-

sierte Herut Zehntausende von Demonstranten, welche die Knesset mit Steinen bewarfen und zu stürmen versuchten. Es gab über hundert Verletzte. Begin rief damals die Demonstranten auf, die Regierung wenn nötig mit Gewalt zu stürzen, um den „Verrat“ am jüdischen Volk zu verhindern.

In der historischen Knesset-Debatte am 8. Januar 1952 sagte der Allgemeine Zionist Josef Sapir, „dass es ein Fehler sein würde, wenn wir den irrationalen Komponenten kein Gewicht gäben, denn sehr oft bestimmen diese die historische Entwicklung“¹¹. Sein Fraktionskollege Elimelech Rimalt meinte: „Auch in der Geschichte der Völker gibt es Momente, in denen die kalte Logik nur wie eine schwache Taschenlampe leuchtet. Wären alle Gedanken des Menschen außerhalb des Irrationalen, gäbe es keinen Raum für Diskussion, denn die rationale Logik ist objektiv und ihre Argumente klar und überzeugend. Aber eben nicht alles Denken ist im Rahmen des Rationalen, ein Teil unserer Gedankenkette ist im Rahmen des Irrationalen, und deshalb ist Raum für Diskussion und Meinungsverschiedenheit.“ Zur Debatte über Deutschland sagte er: „Die Befürworter des Dialogs reden im Namen der ausgewogenen Logik ‚Sie haben gemordet, warum sollen sie auch erben? Israel benötigt Geld und Hilfe, um den Staat zu festigen, und dieser Staat verwirklicht den Traum von Generationen. Ist es nicht gerecht, wenn wir mit diesem Geld den Staat festigen?‘ Das ist der rationale Gedankengang, aber seit wann ist die Ratio die entscheidende Kraft unseres Lebens? Unsere ganze Geschichte ist doch sehr oft eine Rebellion gegen diese einfache Logik.“¹²

Insbesondere Oppositionsführer Begin, dessen Eltern vor seinen Augen im Holocaust ermordet wurden, führte den emotionalen Kampf gegen die Regierung, die ab 1951 für einen Dialog mit Deutschland optierte. Ben-Gurion war für ihn wegen seiner Deutschlandpolitik ein „Verrückter“ und ein „Tyran“ . Einer von Begins Anhängern, der spätere Vorsitzender der Knesset Dov Shilanski, versuchte am 5. Oktober 1952 das Außenministerium in die Luft zu sprengen. Als Regierungschef (1977–1983) bemühte sich Begin zwar um Realpolitik, aber es kam immer wie-

¹⁶ Vgl. Shlomo Shafir, Eine ausgestreckte Hand. Sozialdemokraten, Juden und Israel 1945–1967, Tel Aviv 1986 [H]; ders., Die Haltung der SPD gegenüber Israel, in: Moshe Zimmermann/Oded Heilbronner, Normale Beziehungen. Israelisch-Deutsche Beziehungen, Jerusalem 1993, S. 129–154 [H].

¹⁷ Vgl. N. Hansen (Anm. 5), S. 54.

¹⁸ Vgl. Yeshayahu Jelinek, Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004, S. 39.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 167.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 172.

¹¹ Knesset-Protokolle, Bd. 10 (8. 1. 1952), S. 919 [H].

¹² Ebd., S. 898.

der zu emotionalen Ausbrüchen, etwa gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Kein Likud-Premierminister (Yitzhak Shamir, Binyamin Netanyahu und Ariel Sharon) hat Deutschland offiziell besucht. Aber auch unter David Ben-Gurion, Moshe Sharett, Levi Eshkol und sicherlich Golda Meir spielten Emotionen eine große Rolle in den deutsch-israelischen Beziehungen. Auch in den Jahren 1957 bis 1959 gab es große Krisen, diesmal vor allem zwischen Ben-Gurions MAPAI und den linken Koalitionspartnern MAPAM und Ahdut Ha'avoda (bis 1954 ein Teil der MAPAM). Die Linksparteien, in deren Führung viele Überlebende des Holocaust, des Warschauer Ghetto-Aufstands und ehemalige Partisanen tätig waren, stürzten zweimal die Regierung Ben-Gurion wegen deren Deutschlandpolitik und vor allem wegen den Verkäufen von Waffen an die Bundesrepublik.

Zu großen Spannungen zwischen Israel und Deutschland kam es im Jahre 1962, und zwar wegen der Arbeit von deutschen Raketenexperten an ägyptischen Rüstungsprojekten. In der Regierungspartei MAPAI brach daraufhin eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern engerer Beziehungen zu Deutschland (vor allem Premierminister Ben-Gurion und die „junge Garde“ mit Shimon Peres und Moshe Dayan) und deren Gegnern (Außenministerin Meir und Geheimdienstchef Isser Harel) aus. Vermutlich liegt in diesem Konflikt einer der Gründe für Ben-Gurions Rücktritt 1963.¹³

Die nächste große Krise gab es 1965, als die Bundesrepublik zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit war. Die Opposition in Israel war noch stark, aber bereits viel schwächer als 1952 oder 1959. Herut und MAPAM organisierten Demonstrationen, aber die Allgemeinen Zionisten (jetzt Liberale) und Ahdut Ha'avoda waren 1965 eher für als gegen Beziehungen zu Deutschland.

Zu einer Krise anderer Art führte der Wahlsieg des Likud unter Begin im Mai 1977, dem großen Opponenten jedes Dialogs mit Deutschland. Bekannt ist sein Ausbruch 1981 gegen den „Nazi-Offizier“ Helmut Schmidt.

¹³ Vgl. N. Hansen (Anm. 5), S. 655.

Es gibt Spekulationen, dass sein Rücktritt 1983 nicht nur mit dem Libanonkrieg, sondern auch mit Deutschland zu tun hatte. Er wollte und konnte nicht als Premierminister Israels Bundeskanzler Helmut Kohl offiziell in Israel empfangen.¹⁴

Während des ersten Golfkrieges (1991) kam es erneut zu Spannungen zwischen beiden Staaten, als bekannt wurde, dass deutsche Firmen am Aufrüstungsprogramm für ABC-Waffen für Iraks Diktator Saddam Hussein teilgenommen hatten. Es gab große Empörung in Israel, und Deutschland wurde wieder zum verhassten Land. Doch kam es nicht mehr zu einer innenpolitischen Polarisierung, denn trotz der heftigen Emotionen (Israel wurde mit „deutschem Gas“ bedroht) war klar, dass es sich hier um das Geschäftsgewinnen von Privatfirmen handelte, nicht um Maßnahmen deutscher Regierungspolitik.

Realpolitik

Realpolitik sieht einen Unterschied zwischen individueller und kollektiver Moral, zwischen Ethik und Politik, dem Wünschenswerten und Möglichen. Sie handelt nach handfesten Interessen auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene.¹⁵ Die Befürworter der Beziehungen mit Deutschland sprachen immer wieder von „Realismus“, „Rationalität“, *raison d'état* und nationalen Interessen und von der Notwendigkeit, emotionale Hindernisse zu überwinden. Wir sind alle „Menschen des Gefühls“, sagte Pinchas Lavon von der MAPAI, aber „bei uns allen gibt es trotzdem auch Verstand“.¹⁶ Sogar Golda Meir lehnte die „merkwürdige Philosophie“ ab, „dass man von Verstand nicht reden darf“.¹⁷ Viele betonten den Unterschied zwischen einem Volk ohne Staat und einer staatlichen Gemeinschaft. Justizminister Pinchas Rosen (Progressive Partei) sagte am 8. Januar 1952 in der Knesset, dass ein Staat sich anders ver-

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. J.E. Hare/Joynt B. Carey, *Ethics and International Affairs*, London 1982; K. W. Thompson (Anm. 1); Werner Levi, *The Relative Irrelevance of Moral Norms in International Politics*, in: *Social Forces*, 44 (1965) 12, S. 222–233; Charles Frankel, *Morality and US Foreign Policy*, New York 1975; Reinhold Niebuhr, *Moral Man and Immoral Society*, New York 1947.

¹⁶ Knesset-Protokolle, Bd. 10 (7. 1. 1952), S. 908.

¹⁷ Ebd. (8. 1. 1952), S. 932.

halte als „die Gemeinde in Pinsk“¹⁸. Auf den Vorschlag eines orthodoxen Abgeordneten, Deutschland für Jahrhunderte zu boykottieren, wie es die Juden mit Spanien nach der spanischen Inquisition getan hatten, antwortete Ben-Gurion: „Damals waren wir in der Diaspora. Jetzt sind wir ein souveräner Staat.“¹⁹

Außenminister Moshe Sharett, eine liberale „Taube“ und das „moralische Gewissen“ der Regierungspolitik gegenüber der arabischen Welt, betonte in der „deutschen Frage“ die Notwendigkeit, dass der Staat „jede Veränderung im Gleichgewicht der Kräfte im Nahen Osten und in der Welt“ genau verfolgen müsse, denn „ein verstreutes und machtloses Volk kann und darf vielleicht nur von Erinnerungen an die Vergangenheit und von messianischen Hoffnungen auf eine zukünftige Erlösung leben“. Aber „anders verhält es sich mit einem Volk, das einen Staat hat“, einen Staat, der „jederzeit auch das Kalkül seiner Macht machen muss“.²⁰ Als Israel 1965 schließlich diplomatische Beziehungen mit Deutschland aufnahm, sagte Ministerpräsident Eshkol, dass „emotionale Blockaden“ verständlich und legitim seien, aber Israel müsse eine Politik verfolgen, die das „Wohl des Volkes“ vor Augen habe. Er fügte hinzu, dass dieses Wohl auf seiner „militärischen und politischen Macht in seiner alten Heimat“ basiere.²¹

Die „rationalen“ Interessen, welche die Realisten bereits Anfang der fünfziger Jahre verfolgten, waren in der Tat von sehr praktischer Natur: Wirtschaftshilfe, politische Unterstützung und einen Beitrag zu Israels militärischer Verteidigung. 1952 befand sich Israels Wirtschaft in einem kritischen Stadium. Es waren Jahre der Masseneinwanderung der Überlebenden des Holocaust, und Hunderttausende lebten in Zelten. Devisen waren dringend nötig, um Öl und Getreide einzuführen und Schulden abzusahlen. Es drohte der wirtschaftliche Zusammenbruch. Die deutschen *shilumim* (Wiedergutmachungsleistungen) bedeuteten zugleich Rettung und

die Hoffnung, eine moderne Industrie aufzubauen. Alle israelischen Beteiligten an den Verhandlungen (z. B. Giora Josephthal, Eliezer Shinnar, Fanny Ginor und David Horwitz) waren sich einig, dass, „wenn Israel nicht in einer schweren wirtschaftlichen Situation gewesen wäre, (...) es 1952 keine Verhandlungen (...) und keine Luxemburger Verträge“²² gegeben hätte. Danach kam es zu weiteren Wirtschaftsabkommen, z. B. dem bei dem Treffen am 14. März 1960 im New Yorker Hotel Waldorf Astoria von Ben-Gurion und Konrad Adenauer vereinbarten. Heute ist Deutschland Israels zweitwichtigster Handelspartner.

Die Realisten erkannten früh, dass die Bundesrepublik Deutschland früher oder später wieder eine bedeutende wirtschaftliche und politische Kraft in Europa und in der Welt sein würde. Für Ben-Gurion und Sharett war es daher wichtig, ob die Bundesrepublik als Mitglied der NATO, des Gemeinsamen Marktes und der westlichen Welt Israel oder seine Feinde unterstützt. 1959 formulierte Ben-Gurion es so: „Deutschland hat seine Machtstellung in Europa nicht deshalb erhalten, weil wir damit einverstanden waren (...). Doch nur Idioten und politische Scharlatane (...) können nicht begreifen, dass es Israels Stellung in der Welt, seiner Zukunft und vielleicht sogar seiner Existenz schaden würde, wenn wir uns eine Großmacht, deren politisches und ökonomisches Gewicht ständig zunimmt, zum Feind machen und den Arabern als Verbündete überlassen.“²³ Israels Botschafter haben Jahrzehnte später Ben-Gurions Analyse bestätigt. Yohanan Meroz meinte, dass Deutschland vieles getan habe, um Israels Interessen in Europa (vor allem in der EG), in der NATO und im Nahen Osten zu unterstützen.²⁴ Avi Primor stellte 1995 fest: „Für unsere Arbeit ist Deutschland das wichtigste Land der Welt geworden nach den Vereinigten Staaten von Amerika.“²⁵

¹⁸ Ebd., S. 913.

¹⁹ Zit. nach: N. Hansen (Anm. 5), S. 66.

²⁰ Knesset-Protokolle, Bd. 10 (9. 1. 1952), S. 960; vgl. auch N. Hansen (Anm. 5), S. 148.

²¹ Levi Eshkol, in: Yehudith Auerbach, Foreign Policy Decisions and Attitude Change. Israel and Germany, Ph.D. Diss., Hebrew University of Jerusalem, 1981, S. 318 [H].

²² Lily Gardner-Feldman, The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston 1964, S. 66.

²³ Über Ben-Gurion in der Knesset vgl. N. Hansen (Anm. 5), S. 494; MAPAI, Informationsabteilung, Background Paper to the Problem of Relations with Germany, 1962, S. 5 [H].

²⁴ Vgl. Yohanan Meroz, Besondere Beziehungen: Deutsch-israelische Beziehungen, in: Skira Hodshit (Februar 1986), S. 66–73 [H].

²⁵ Avi Primor, Wir gehen immer noch auf dünnem Eis (Interview), in: Das Parlament vom 14. 1. 1995.

Der Staat Israel wurde seit seiner Gründung existenziell bedroht, und es ist nicht verwunderlich, dass die Sicherheit des Staates und die Beschaffung von Waffen ein Hauptanliegen israelischer Realpolitik war. Vor allem in den Jahren 1956 bis 1965 waren die geheimen militärischen Beziehungen zur Bundesrepublik von höchster Bedeutung. Israel erhielt Waffen (z. B. Panzer und Hubschrauber, z. T. aus amerikanischer Produktion) und verkaufte Produkte seiner Militärindustrie an die Bundesrepublik.¹²⁶ Vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1965 bemerkte Ben-Gurion, dass Waffen und Investitionen wichtiger seien als formale Beziehungen.¹²⁷ Um die Deutschlandpolitik Israels zu erklären, zitierte Staatspräsident Chaim Herzog 1990 den Staatsgründer Ben-Gurion: „Das Wertvollste, das das jüdische Volk besitzt, ist der Staat Israel, seine Sicherheit und Zukunft.“ Diese Tatsache sei „die Basis“ seiner Politik, und „diese Politik müssen wir auch in der Zukunft weiterführen“.¹²⁸ Auch nach 1965 gab es eine enge Zusammenarbeit der Verteidigungsministerien, der Militärs und der Geheimdienste beider Länder. In den neunziger Jahren lieferte Deutschland U-Boote für die israelische Marine.

Fast alle Realpolitiker sprachen sich für die Errichtung und den Ausbau der Beziehungen mit Deutschland aus, doch gab es in den fünfziger Jahren hier und da auch realpolitische Argumente gegen eine solche Politik. So argumentierte Begin, dass die Deutschlandpolitik der MAPAI das Verhältnis zur Sowjetunion gefährde. Wirtschaftskrise in Israel, die den Allgemeinen Zionisten nahe standen, warnten vor einer ökonomischen Abhängigkeit von Deutschland und vor dem Schaden, den die Einfuhr deutscher Waren der israelischen Industrie zufügen könnte.¹²⁹ Im Außenministerium gab es 1950 sogar Stimmen,

¹²⁶ Vgl. N. Hansen (Anm. 5), S. 308, 322; Y. Jelinek (Anm. 8), S. 279; Y. Weitz (Anm. 2), S. 463; Asher Ben-Nathan, Einige Gedanken zu den deutsch-jüdischen und deutsch-israelischen Beziehungen, in: M. Zimmermann/O. Heilbronner (Anm. 6), S. 231–233 [H].

¹²⁷ Vgl. Zaki Shalom, Dokument: David Ben-Gurion and Chancellor Konrad Adenauer at the Waldorf Astoria on March 14, 1960, in: *Israel Studies*, 2 (1997) 1, S. 55.

¹²⁸ Zit. nach: David Witzthum, Das Bild Deutschlands in Israel. Die Rolle der Medien für normale Beziehungen: Erwartungen für die Zukunft, in: M. Zimmermann/O. Heilbronner (Anm. 6), S. 118 [H].

¹²⁹ Vgl. Y. Jelinek (Anm. 8), S. 151–153.

die Deutschland Expansionsgelüste im Nahen Osten unterstellten und daher als reale Gefahr für Israel ansahen.¹³⁰

Solche realpolitische Stimmen gegen die bilateralen Beziehungen mit Deutschland verstummten erst in den sechziger Jahren. Die Gegner der Beziehungen wurden allmählich zu Befürwortern einer positiven Realpolitik. So unterstützten 1965 die oppositionellen Liberalen (die ehemaligen Allgemeinen Zionisten) und Ahdut Ha'avoda in der Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, obwohl sie 1952 noch gegen die Wiedergutmachung gestimmt hatten. Auch MAPAM änderte in den siebziger Jahren ihre Politik.

Die größte Wende in Richtung Realpolitik ereignete sich nach 1977 in der Herut Partei, die das Likud-Bündnis führte. Schon 1958 schrieb ein führender Herut-Politiker, dass „jeder Premier, auch Menachem [Begin], Waffen aus Deutschland annehmen wird“.¹³¹ Als Premierminister Begin im Juni 1977 gefragt wurde, was er tun würde, wenn er die Hand eines deutschen Staatsmannes drücken müsste, sagte er ohne Zögern: „Ich werde handeln wie ein Premier.“¹³² Begins Regierung hat die Beziehungen mit Deutschland nicht abgebrochen. Seine Politik war kühler, gab sich empfindlicher, war aber doch pragmatisch.¹³³ Begin sprach mit deutschen Politikern und Diplomaten, Gespräche, die er als Oppositionsführer noch als Verrat am jüdischen Volk gebrandmarkt hatte. Mit Botschafter Klaus Schütz soll er sogar gute Beziehungen unterhalten haben.¹³⁴ Herut- und Likud-Außenminister (Shamir, Levi, Arens, Shalom) haben Bonn und Berlin besucht. Sogar ein extremer Gegner Deutschlands, der Holocaust-Überlebende Eliyahu Ben-Elissar (erster Generaldirektor des Premierministers Begin), schrieb 1987, dass „das Nationale Lager [Likud und Verbündete, B.N.] die internationale Realität und darunter die Rolle Deutschlands nicht ignorieren kann“.¹³⁵

¹³⁰ Vgl. ebd., S. 79f.

¹³¹ Y. Weitz (Anm. 2), S. 457.

¹³² Eli Ben-Elissar, Das Nationale Lager und die Regierungsentscheidung über die Fahrt des Präsidenten nach Deutschland, in: *Ha'uma*, 85 (1987), S. 263 [H].

¹³³ Vgl. L. Gardner-Feldman (Anm. 22), S. 180.

¹³⁴ Y. Weitz (Anm. 2), S. 462.

¹³⁵ E. Ben-Elissar (Anm. 32), S. 263.

1987 stimmten alle Herut-Minister der Großen Koalition für die Reise Präsident Herzogs nach Deutschland. Für die späteren Likud-Premierminister Netanyahu und Sharon waren die Beziehungen kaum mehr ein Problem. Allein Parlamentspräsident Dov Shilanski boykottierte während seiner Amtszeit (von 1988 bis 1992) alles Deutsche.

Moralische Argumente

Moralische Argumente gab es auf beiden Seiten der Debatte in Israel. Die Gegner von Verhandlungen mit Deutschland sahen in solchen eine „moralische Katastrophe für das jüdische Volk“¹³⁶, eine „historische Schande“¹³⁷, eine „Schändung des Andenkens der Holocaustopfer“¹³⁸. Begin betrachtete die *shilumim* als „moralischen Verrat“ („Was ist der Preis für Großvater und Großmutter?“¹³⁹), als krasen Materialismus auf Kosten der Moral, der menschlichen Würde und der nationalen Ehre. In der Zeitung der Herut-Partei gab es beinahe täglich Artikel gegen das „Verzeihen für Geld“¹⁴⁰, gegen die Rehabilitation der Mörder durch die Wiedergutmachung („wenn wir die Shilumim annehmen, dann gilt die Regel des Talmuds – wer zahlt, an dem ist kein Tadel“¹⁴¹).

Besonders die Waffengeschäfte entfachten moralische Wut. Begin fragte, ob die Mörder nun auch jüdische Waffen tragen sollen.¹⁴² Aber auch auf der Linken gab es böses Blut „wegen der Schande, daß wir Waffen an Hitlers Generäle liefern“¹⁴³. Und Yigal Allon (der 1965 ins Lager der Befürworter der Beziehungen wechselte und später als Außenminister der ersten Rabin-Regierung auch Bonn besuchte) sprach in der Waffenkrise von 1959 sogar vom „Verstoß gegen die nationale Ehre (...). Die Deutschen haben diese Waffen

nicht gekauft, weil sie gut sind, sondern weil sie von Juden stammen.“¹⁴⁴

Die Moralisten in der Opposition wollten Rache („das ist der Wunsch der Opfer“¹⁴⁵). Sie waren für einen Boykott für alle Zeiten. Begin sprach für die Kollektivschuld. Er gestand zwar, dass es „in der Regel (...) keine Kollektivschuld“ gebe, „aber jede Regel hat ihre Ausnahme. Das deutsche Volk ist die Ausnahme.“¹⁴⁶ Andere dachten, dass es zu früh sei für Verzeihung und Vergessen, denn erst müsse die „Nazi-Generation“ die Bühne verlassen. Im oppositionellen Lager zweifelte man daran, ob Deutschland sich wirklich geändert habe; für sie war die Bundesrepublik ein maskiertes Nazi-Deutschland. „Das Deutschland Adenauers ist eine vom alten Mann fabrizierte dünne und durchsichtige Camouflage für den Neo-Nazismus“, sagte 1954 Jitchak Ben Aharon von der MAPAM.¹⁴⁷ Sein Kollege Ya'acov Hazan meinte, die „Bundesregierung sei fast gänzlich mit früheren Nazis besetzt“¹⁴⁸. Noch 1990 sagte die Knesset-Abgeordnete Chaïke Grossman (MAPAM, eine Holocaust-Überlebende und frühere Partisanin): „Deutschland hat sich nicht wirklich entnazifiziert.“¹⁴⁹ Auch wenn es schwer für deutsche Ohren klingt, diese Stimmen waren von echter Sorge um die moralische Integrität Israels getragen. Für die Urheber waren alle Verhandlungen, Abkommen und Beziehungen mit Deutschland Geschäfte mit dem Teufel, mit den Mördern.

Aber Moral war nicht das Monopol der Opponenten einer Verständigung mit Deutschland. Schon früh haben gerade Persönlichkeiten, an deren moralischer Integrität nicht zu zweifeln war, die Politik Ben-Gurions und Sharets unterstützt. Professoren wie Martin Buber, Gershom Sholem, Hugo Bergman und Ernst Simon galten als Gewissen der Nation. Viele der Akteure im Drama des deutsch-israelischen Rapprochements stammten aus Deutschland. Sie unterstützten

¹³⁶ Mordechai Nurock (National-Religiöse), in: Knesset-Protokolle, Bd. 10 (8. 1. 1952), S. 918.

¹³⁷ Esther Raziël-Naor (Herut), in: Y. Weitz (Anm. 2), S. 457.

¹³⁸ Erklärungen der MAPAM, vgl. Y. Jelinek (Anm. 8), S. 154.

¹³⁹ Nicholas Balabakins, *West German Reparations to Israel*, New Brunswick 1971, S. 120f.

¹⁴⁰ Herut vom 3. 10., 14. 12. und 25. 12. 1951; vgl. auch Y. Weitz (Anm. 2), S. 445–448.

¹⁴¹ Elimelech Rimalt, in: Knesset-Protokolle, Bd. 10 (7. 1. 1952), S. 900.

¹⁴² Vgl. N. Hansen (Anm. 5), S. 495.

¹⁴³ Shmuel Mikunis, in: Y. Weitz (Anm. 2), S. 456.

¹⁴⁴ Zit. nach: N. Hansen (Anm. 5), S. 495.

¹⁴⁵ Haim Landau, in: Knesset-Protokolle, Bd. 10 (8. 1. 1952), S. 927.

¹⁴⁶ Menachem Begin, in: ebd., Bd. 32 (9. 1. 1962), S. 909.

¹⁴⁷ Zit. nach: N. Hansen (Anm. 5), S. 386.

¹⁴⁸ Ya'acov Hazan, in: Knesset-Protokolle, Bd. 10 (7. 1. 1952), S. 900.

¹⁴⁹ Arye Dayan, *Die große Versöhnung*, in: Ha'aretz, Weekly Supplement vom 7. 9. 1990.

diesen Prozess, weil er in ihren Augen auch moralisch richtig war. Genannt seien Nahum Goldmann, Peretz Naphtali, Giora Josephthal, Pinchas Rosen und Walter Eytan. Auch Israels Botschafter in Deutschland – Asher Ben-Nathan, Yohanan Meroz und Avi Primor – dachten in diesem Sinne. Eine herausragende Rolle spielte Moshe Sharett, Außenminister von 1948 bis 1956, von 1953 bis 1955 zugleich Premierminister. Er kann als der wahre Architekt der deutsch-israelischen Verständigung bezeichnet werden.

Die Deutschlandpolitik Israels hatte tiefe moralische Wurzeln. Sie war der Form nach Realpolitik, aber im Kern blieb sie moralisch. Für Ben-Gurion und Sharett war sie begründet in einer moralischen Verpflichtung gegenüber den sechs Millionen ermordeten Juden. Israel sollte für die Überlebenden ein starker Anker sein. Israels führende Staatsmänner waren fest davon überzeugt, dass der Kampf ums Überleben des jüdischen Volkes in Israel weitergeführt werde. Erste Pflicht jeder Regierung sei es, einen zweiten Holocaust zu verhindern. Ben-Gurion sagte in der Knesset am 1. Juli 1959: „Eines habe ich von dem schrecklichen Holocaust Hitlers gelernt, alles zu tun, um einen zweiten Holocaust zu verhindern. Denn dieses Volk – und vielleicht nur dieses Volk – ist in Gefahr auch in unseren Tagen. Hitler wurde besiegt und verbrannt, aber seine Schüler und Helfer im Nahen Osten existieren, beherrschen die arabischen Staaten und umzingeln uns (. . .). Das Vermächtnis der Opfer des Holocausts ist der Aufbau, die Stärkung und die Sicherheit Israels. Dafür brauchen wir Freunde, vor allem solche, die bereitstehen, uns zu helfen, um unsere Existenz zu sichern.“¹⁵⁰

Sogar Golda Meir, die anfangs alles Deutsche vermied und den (linken) Opponenten der Beziehungen nahe stand, kam zu diesem Schluss. In ihrer Periode als Außenministerin (1956 bis 1965) wurden die wichtigen Militärabkommen geschlossen und die diplomatischen Beziehungen aufgenommen. Auch sie war überzeugt, dass es die Moral gebietet, Emotionen zu überwinden, um alles für die Sicherheit Israels zu tun. Sie und auch Ben-Gurion, Sharett und Eshkol betrachteten die deutsche Wirtschaftshilfe als lebenswichtig,

¹⁵⁰ David Ben-Gurion in der Knesset, 1. 7. 1959, in: MAPAI (Anm. 23), S. 4, 9.

denn ohne eine starke Wirtschaft hielten sie Israels Existenz für gefährdet. Der Tatsache, dass Juden zum ersten Mal seit 2000 Jahren für Verfolgungen eine gewisse Entschädigung erhielten, maßen sie große symbolische und moralische Bedeutung bei. *Shilumim* an Israel für den Völkermord am jüdischen Volk schien die jüdisch-zionistische These von der Einheit des jüdischen Volkes, von der Rolle Israels, die Vergangenheit und die Zukunft aller Juden zu vertreten, zu bestätigen. Diese tief verwurzelten Überzeugungen als bloße Realpolitik abzutun täte der israelischen Führung und der Komplexität ihrer Gedanken und Gefühle großes Unrecht.

Die Befürworter der Regierungspolitik sahen nichts Unmoralisches in der Forderung, geplünderten jüdischen Besitz zurückzuerhalten. Ben-Gurion berief sich auf die Bibel („So spricht der HERR: Du hast gemordet, dazu auch fremdes Erbe geraubt!“¹⁵¹) und fügte hinzu: „Lassen wir die Mörder unserer Nation nicht auch ihre Erben sein.“¹⁵² Auch nationalreligiöse Minister dachten in diese Richtung. Parteiführer Moshe Haim Shapira meinte, nichts sei falsch mit einer Politik, die versuche, „die von den Nazis geraubten Milliarden wenigstens zum Teil zurückzubekommen“¹⁵³. Seine Parteikollegen Jitchak Rafael und Michael Hazani sahen es sogar als „Pflicht und Gebot“, als „moralische Pflicht“¹⁵⁴ an, geraubtes Gut zurückzufordern.

Ben-Gurion lehnte es kategorisch ab, seine pragmatische Politik als unmoralisch und den Boykott Deutschlands als moralisch anzusehen. Er weigerte sich, die Bundesrepublik als „neonazistisch“ zu verdammen: „Adenauer ist nicht Hitler. Wenn er Hitler wäre, dann hätte er sich so verhalten wie Hitler.“¹⁵⁵ Für ihn war eher der ägyptische Präsident Nasser der neue „Hitler“, und gegen ihn erbat er die Hilfe seines Freundes Adenauer. „Das andere Deutschland“ war die Devise, die Ben-Gurions Politik bestimmte. Niels Hansen, Deutschlands ehemaliger Botschafter in Israel und Verfasser des wichtigsten Werkes über

¹⁵¹ 1. Könige 21, 19.

¹⁵² Knesset-Protokolle, Bd. 10 (7. 1. 1952), S. 897.

¹⁵³ Interview mit Moshe Chaim Shapira, in: Michael Brecher, *Decisions in Israel's Foreign Policy*, New Haven 1975, S. 70.

¹⁵⁴ Knesset-Protokolle, Bd. 10 (8. 1. 1952), S. 929.

¹⁵⁵ Zit. nach: N. Hansen (Anm. 5), S. 469, 494.

die bilateralen Beziehungen, stellt klar, dass Ben-Gurion bereits im März 1933 auf die Feststellung Wert gelegt hatte, dass das Deutschland Hitlers nicht alle Deutschen repräsentiere und dass es „ein anderes Deutschland“ gebe.¹⁵⁶ Er erkannte schon in den fünfziger Jahren, „daß es diejenigen Deutschen zu ermutigen galt, die sich darum bemühten, ein anderes, demokratisches Deutschland zu gestalten und der Jugend neue Werte zu vermitteln“¹⁵⁷. Diejenigen, die sich weigerten, mit Deutschen zu sprechen, auch mit dem Nicht-Nazi, Anti-Nazi oder der Nachkriegsgeneration, bezichtigte er des Rassismus.¹⁵⁸ Sehr oft zitierte er in dieser Frage das Alte Testament: „Die Väter sollen nicht für die Kinder noch die Kinder für die Väter sterben, sondern ein jeder soll für seine Sünden sterben“;¹⁵⁹ „Die Väter haben saure Trauben gegessen, aber den Kindern sind die Zähne davon stumpf geworden“. So wahr ich lebe, spricht Gott der HERR: dies Sprichwort soll nicht mehr unter euch umgehen in Israel.“¹⁶⁰

Ben-Gurions Ablehnung einer Kollektivschuld war klar und eindeutig. Er hat in diesem Sinne Erziehungsarbeit in Israel geleistet. Für ihn war es klar, dass „ich nicht einen jungen Deutschen hassen muß, weil sein Vater ein Nazi war. Ich hasse den Nationalsozialismus. Das deutsche Volk ist wie jedes andere“¹⁶¹. Er ging so weit, sogar jene Deutschen nicht zu verurteilen, die zwar keine Verbrechen begangen haben, aber auch nicht dagegen gekämpft haben: „Verurteile niemand, bis du nicht an seiner Stelle gestanden hast. Ich verurteile jeden, der an diesen Greueltaten Anteil hatte, aber ich kann nicht ein ganzes Volk dafür verurteilen, daß es sich diesen Greueltaten nicht widersetzt hat.“¹⁶² Er sprach von kollektiver Verantwortung, nicht von kollektiver Schuld. Sharett und Eshkol benutzten ähnliche Worte. Sharett hat jede

Kollektivschuldzuschreibung als „Rassismus“ bezeichnet.¹⁶³ Der MAPAI-Abgeordnete Yona Kesse meinte, dass eine offene und differenzierte Politik „die Entwicklung eines anderen, demokratischen, humanen und moralischen Deutschland unterstützen würde“¹⁶⁴.

Moralische Realpolitik

Realpolitik hat einen schlechten Ruf, denn nur zu oft ist es eine unmoralische Politik, eine Politik der Macht und der Gewalt, des „sacro egoismo“. Aber es kann auch Realpolitik geben, in der das nationale Interesse nicht den Werten der Menschenrechte, des Friedens und des Fairplay in den internationalen Beziehungen entgegensteht. Moralische Realisten – anders als Moralisten – erkennen einen Pluralismus der Werte; Schwarz-weiß-Malerei ist ihnen fremd. Sie würden Oliver Wendell Holmes zustimmen: „The man who knows that he must find his way in a maze of principles is superior to the messianic man of principle.“¹⁶⁵ Auch für Niels Hansen gibt es keinen unbedingten Gegensatz zwischen Moral und Ratio, denn auch bei Kant basiere Moral auf Vernunft. Für Hansen „gehören Moral und Staatsräson bei kluger weitsichtiger Politik zusammen. Sie sind nicht antithetisch, sondern komplementär.“¹⁶⁶

Das große Bild der israelischen Deutschlandpolitik ist das einer moralischen Realpolitik. Hier und da gab es Ausnahmen, Fälle, in denen die Realpolitik amoralische Züge annahm. Ein Beispiel ist die Bevorzugung der CDU und der Industrie gegenüber der SPD und den Gewerkschaften durch Botschafter Shinnar in den fünfziger Jahren (weil die einen an der Macht waren und die anderen in der Opposition). Ben-Gurion dagegen pflegte eine Synthese zwischen Moral und Realpolitik, die manchmal schwer zu trennen ist. So stelle „das andere Deutschland“ für die Welt keine Gefahr mehr dar (Realpolitik), denn es habe aus den historischen Erfahrung gelernt (Moral). Die Beziehungen zu Deutschland trügen nach Auffassung Ben-Gurions zur Stellung Israels in der Welt bei (Realpolitik) und zur Sicherung seiner Existenz (Moral). Eine Politik, die Deutschland in die Arme der

¹⁵⁶ Benyamin Neuberger, Ben-Gurion and Adenauer – Moral and Realpolitik (Rezension von N. Hansen [Anm. 5]), in: Die Politische Meinung, (Februar 2004), S. 91.

¹⁵⁷ N. Hansen (Anm. 5), S. 5.

¹⁵⁸ Vgl. Eliezer Shinnar, Die Last der Notwendigkeit und der Emotionen. Im Auftrage des Staates: Deutsch-israelische Beziehungen 1951–1966, Tel Aviv 1967, S. 103 [H].

¹⁵⁹ 5. Mose 24, 16.

¹⁶⁰ Hesekiel 18, 2–3.

¹⁶¹ Zit. nach: N. Hansen (Anm. 5), S. 469.

¹⁶² Ebd., S. 485.

¹⁶³ Vgl. Y. Auerbach (Anm. 21), S. 243.

¹⁶⁴ MAPAI (Anm. 23), S. 15.

¹⁶⁵ Zit. nach: K. W. Thompson (Anm. 1), S. 50.

¹⁶⁶ N. Hansen (Anm. 5), S. 238.

arabischen Welt triebe, stellte eine „Dummheit“ dar (Realpolitik) und ein „Verbrechen“, weil sie die Überlebenden der Shoah gefährde (Moral). Ben-Gurion und diejenigen, die ihn in seiner Deutschlandpolitik unterstützten, hatten die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg vor Augen, die sich ebenfalls aus Realpolitik und Moral speiste.⁶⁷

So sind die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland ein Beispiel dafür, dass die Dichotomie zwischen Realpolitik und Moral in der Außenpolitik oberflächlich und falsch sein kann. Die Realisten, die für Beziehungen mit Deutschland waren, taten dies nicht nur, weil es realen Interessen diene. Ihre Politik hatte ideelle und moralische Dimensionen. Die Unterscheidung zwischen „nationalen Egoisten“, die nur Interessen, keine Moral, und Idealisten, die nur Moral und Prinzipien, aber keine Interessen kennen⁶⁸, ist eine Vereinfachung der komplexen Welt, in der wir leben.

⁶⁷ Vgl. B. Neuberger (Anm. 56), S. 91.

⁶⁸ Vgl. Robert Osgood, *Ideals and Interests in America's Foreign Relations*, Chicago 1953, S. 8.

Markus A. Weingardt

Deutsche Israelpolitik: Etappen und Kontinuitäten

Ende 1964 brach das sorgsam aufgebaute Kartenhaus der westdeutschen Israel- und Nahostpolitik zusammen. Das war weder überraschend, noch war es bedauerlich, denn am Ende stand die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel im Mai 1965. Damit wurde eine neue Epoche in der Israelpolitik wie im zwischenstaatlichen Verhältnis eingeleitet: ausgelöst durch deutsche Außenpolitik, nicht etwa durch Gewalteskalationen in Nahost, die fälschlicherweise gerne als Auftakt neuer israel-

Markus A. Weingardt

Dr. rer. soc., geb. 1969; wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Weltethos; Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Schmiedtorstraße 9, 72070 Tübingen. markus.weingardt@uni-tuebingen.de

politischer Phasen betrachtet werden. Der Nahostkonflikt – genauer: der Antagonismus von israelischen und palästinensisch-arabischen Erwartungen an die Bundesrepublik – ist ein Einflussfaktor neben anderen: der NS-Vergangenheit, dem Ost-West-Konflikt und der Deutschlandfrage, dem europäischen Einigungsprozess und der Bedeutung einzelner Politiker. Diese Einflüsse stellen ein Kontinuum deutscher Israelpolitik dar. Wechselnd sind die „Mischverhältnisse“ zwischen den Faktoren, was wesentlich vom Umgang der Regierungen mit ihnen abhing.

Die Ära Adenauer/Erhard: Formalisierung der Moral

Konrad Adenauer war angetreten, „Deutschland aus der Tiefe wieder emporzuheben“¹ – politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich, moralisch. Von der Westintegration versprach er sich wirtschaftlichen und politischen Auf-

schwung, ihr ordnete er sogar die Wiedervereinigung unter. Akzeptanz bei den Westmächten verlangte auch die Wiederherstellung der ethisch-moralischen Reputation Deutschlands. In den Nachkriegsjahren bedeutete das in erster Linie eine glaubwürdige Abkehr von nationalsozialistischem Gedankengut. Wie ließe sich diese besser demonstrieren als im Verhalten gegenüber dem jüdischen Staat? Es war Adenauer klar, dass „die Art, wie die Deutschen sich den Juden gegenüber verhalten werden, die Feuerprobe der deutschen Demokratie sein wird“¹². Überdies aber vermutete er einen enormen Einfluss der amerikanischen Juden auf die US-Regierung und -Wirtschaft: „Die Macht der Juden, auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen. Und daher [sic!] habe ich (. . .) meine ganze Kraft drangesetzt, so gut es ging, eine Versöhnung herbeizuführen zwischen dem jüdischen Volk und dem deutschen Volk.“¹³

Diese begann mit dem Abschluss des Luxemburg-Vertrags, auch als Wiedergutmachungsabkommen bekannt. Im Widerspruch zum vielfach geernteten Lob für diesen Schritt ließ Adenauer ein Bewusstsein für die Dimension der Judenvernichtung vermissen. Schon früh hatte er als „erstes, unmittelbares Zeichen“¹⁴ für seinen „Wiedergutmachungs“-Willen Israel Waren im Wert von zehn Millionen DM angeboten – „für jeden ermordeten Juden eine DM und sechzig Pfennig“,¹⁵ wie nicht nur in Israel gehöhnt wurde. Im Verlauf der Verhandlungen im niederländischen Wassenaar (1951 bis 1953) wies Adenauer – beraten von Hermann Josef Abs, seit 1938 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank – die Verhandlungsleiter Rechtsanwalt Otto Küster und Franz Böhm an, den „Preis“ herunterzuhandeln, obschon diese die israelischen Forderungen von über vier Milliarden DM als,

„gemessen an der Höhe des zugefügten Schadens, ohne Zweifel durchaus gemäßigt“¹⁶ anerkannt hatten. Es begann ein Feilschen um Tote und Flüchtlinge, um Eingliederungskosten, „erbenlose Ansprüche“ und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Schließlich traten Böhm und Küster unter scharfer Kritik am fehlenden „aufrichtigen Willen für eine Vereinbarung“¹⁷ zurück. Adenauer lenkte ein und ließ Böhm die Verhandlungen weiterführen – ohne Küster, dessen „gewissensbetonte und freundschaftliche Haltung“¹⁸ ihn störten. Rasch wurde man sich einig, dass Israel Entschädigungen im Wert von 3,45 Milliarden DM erhalten sollte (einschließlich 450 Millionen DM für die Claims Conference als Flüchtlings-Dachverband), zu liefern über einen Zeitraum von zwölf Jahren.¹⁹

Kurz vor Vertragsunterzeichnung versuchten einige arabische Staaten, die Bundesregierung erst durch Berufung auf die „traditionelle deutsch-arabische Freundschaft“, dann durch Appelle an die „deutsche Ehre“ und schließlich durch Ankündigung eines Wirtschaftsboykotts und die Beschimpfung Adenauers als „Werkzeug des Weltjudentums“ und der Alliierten umzustimmen.¹⁰ Gravierender aber war die Drohung, die DDR anzuerkennen und den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zu unterminieren. Doch es war zu spät für Änderungen. Im Deutschen Bundestag stimmte die oppositionelle SPD am 18. März 1953 geschlossen dem Vertrag zu, während nicht einmal die Hälfte der Koalition das Abkommen befürwortete. Stolz verkündete Adenauer den „Abschluss des für jeden Deutschen traurigsten Kapitels unserer Geschichte“,¹¹ wodurch der Weg frei sei für ein „ganz neues Verhältnis zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volke“

¹² Konrad Adenauer, *Erinnerungen*. Bd. 1, 1945–1953, Frankfurt/M. 1967, S. 47.

¹³ John McCloy, amerikanischer Hochkommissar für Deutschland, am 30. 7. 1949; zit. nach: Kurt Birrenbach, *Meine Sondermissionen*, Düsseldorf–Wien 1984, S. 84.

¹⁴ Zit. nach: Jekutiël Deligdisch, *Die Einstellung der Bundesrepublik Deutschland zum Staate Israel*, Bonn 1974, S. 21.

¹⁵ Zit. nach: Inge Deutschkron, *Israel und die Deutschen*, Köln 1991, S. 12.

¹⁶ Yeshayah A. Jelinek (Hrsg.), *Zwischen Moral und Realpolitik*, Gerlingen 1997, S. 15.

¹⁷ Brief von Böhm an Adenauer, zit. nach: Rolf Vogel, *Der deutsch-israelische Dialog*, Bd. 1, München 1987, S. 63.

¹⁸ Otto Küster in seinem Rücktrittsgesuch, zit. nach: I. Deutschkron (Anm. 4), S. 56.

¹⁹ Y. A. Jelinek (Anm. 5), S. 28.

¹⁰ Zum Vergleich: Allein 1952 betrug der Etat für die innerdeutsche Flüchtlingshilfe 2,9 Mrd. DM. Vgl. dazu Markus A. Weingardt, *Deutsche Israel- und Nahostpolitik*, Frankfurt/M. 2002, S. 85.

¹¹ Vgl. Mohammad Abediseid, *Die deutsch-arabischen Beziehungen*, Stuttgart 1976, S. 70.

¹² Deutscher Bundestag (Hrsg.), *Verhandlungen des Dt. BT*, 1. WP 1949–1953, Stenographische Berichte Bd. 16, S. 12092.

wie auch für eine „Normalisierung der Beziehungen“¹² zwischen Deutschland und Israel.

Der Luxemburg-Vertrag stellt einen Meilenstein dar, denn – wie Israels Ministerpräsident David Ben-Gurion betonte – „es ist eine politische Entscheidung. Es ist die Anerkennung des Staates Israel“;¹³ und es war der Auftakt zu bilateralen Beziehungen. Bereits 1953 einen Schlusstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen und die „Normalisierung“ der deutsch-israelischen Beziehungen einzuläuten, mag einem Bedürfnis in der deutschen Gesellschaft entsprochen haben, zeugt aber von Verkenntung der Befindlichkeiten in Israel. Dort war keineswegs an „Normalisierung“, nicht einmal an weitere Kontakte gedacht – zu umstritten war das „Blutgeld“ (Menachem Begin), obschon die Leistungen höchst hilfreich waren. Doch im Zuge der Vertragserfüllung nahmen die bilateralen Beziehungen nolens volens ihren Anfang. Die von Deutschland gefürchteten Konsequenzen arabischer Staaten blieben aus, und der Westen begrüßte die Einigung. Adenauer hatte mit dem Wiedergutmachungsabkommen Deutschlands „moralische Verpflichtung“¹⁴ erfüllt und die Eintrittskarte in die Völkerfamilie gelöst. Zwei Jahre später erhielt die Bundesrepublik durch die Pariser Verträge außenpolitische Souveränität und wurde in die NATO aufgenommen.

Die DDR wurde indessen Mitglied des Warschauer Paktes. Auch dieser Schritt hatte eine bestimmte, an der Sowjetunion orientierte Israelpolitik erfordert. Die DDR hatte nie auf Entschädigungsforderungen aus Israel reagiert. Noch mehr als in Westdeutschland wurde der eigene „gewandelte Charakter“ propagiert: Als antifaschistischer Staat, so die offizielle Position, könne die DDR nicht für NS-Verbrechen zur Verantwortung gezogen

werden; Opfer des Nationalsozialismus seien in der DDR großzügig entschädigt worden, und damit sei die von den Alliierten auferlegte „Wiedergutmachungs“-Pflicht erfüllt.¹⁵ Offizielle Beziehungen waren unter diesen Umständen aus israelischer Sicht ausgeschlossen, so die DDR-Führung diese denn angestrebt hätte. Anfangs folgte die DDR noch nicht dem unter den Ostblockstaaten üblichen, scharfen Antiisraelismus. Mit den Jahren kam es zur Annäherung einiger arabischer Staaten an den Ostblock und damit an die DDR. Auch der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik trug dazu bei. In der Hallstein-Doktrin (1955) wurde jedem Staat, der die DDR offiziell anerkannte, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht. Dieser außenpolitische „wunde Punkt“ Adenauers wurde von arabischer Seite weidlich genutzt.

Die erste Gelegenheit bot der israelische Suez-Feldzug im Oktober 1956 gegen Ägypten. Doch entgegen arabischen Forderungen, israelischen Befürchtungen und (nicht sehr nachdrücklich vorgetragenen) amerikanischen Wünschen setzte Adenauer die Entschädigungsleistungen ohne Abstriche fort. In Israel erwarb er sich damit hohes Ansehen, und den USA nötigte die Vertragserfüllung Respekt ab. Dennoch trieb Adenauer die Sorge um das Verhältnis zur arabischen Welt um, dessen ökonomische Relevanz er unter dem Einfluss einer proarabischen Wirtschaftslobby im Bundestag sehr hoch einschätzte. Trotz eindeutiger Äußerungen aus Israel seit 1956, dass man offiziellen Beziehungen nicht mehr abgeneigt wäre, verweigerte er dem jüdischen Staat daher die De-jure-Anerkennung. Selbst eine Israel-Mission in Köln lehnte er ab – aus Furcht vor Wirtschaftsboykott oder DDR-Anerkennung seitens arabischer Staaten. Gewissermaßen als Entschädigung willigte er in geheime Waffenlieferungen ein. Zudem sagte er Ben-Gurion bei einem Treffen in New York 1960 einen Kredit über 500 Millionen US-Dollar zu („Aktion Geschäftsfreund“). Diese wichtige Hilfe für den existenziell bedrohten jüdischen Staat verbesserte das zwischenstaatliche Verhältnis auf Regierungsebene. Doch Hunderte antisemitischer Vorfälle in der Bundesrepublik (1960), der Eichmann-Prozess in Jerusa-

¹² Ebd., S. 12095.

¹³ Zit. nach: I. Deutschkron (Anm. 4), S. 65.

¹⁴ In offiziellen Stellungnahmen zum Luxemburg-Vertrag achtete Adenauer darauf, nicht von Schuld oder Verantwortung Deutschlands zu sprechen, sondern stets von „moralischer Verpflichtung“. Ausführlicher dazu Markus A. Weingardt, Verantwortung? Schuld?? – Verpflichtung!! Adenauer, Israel und die „Wiedergutmachung“, in: Verantwortung, Themenheft 2004, hrsg. vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Bad Nauheim.

¹⁵ Vgl. Michael Wolffsohn, *Ewige Schuld?*, München 1993², S. 55.

lem (1961), deutsche Raketexperten in ägyptischen Diensten (1962 bis 1965) und die Debatte über die Verjährung von Mordverbrechen während des Nationalsozialismus (1964) stellten die Israelpolitik wiederholt auf eine Probe, die sie nicht immer bestand.

Ludwig Erhard, der Adenauer 1963 als Bundeskanzler ablöste, übernahm dessen Prämissen von Westbindung und Wirtschaftsaufschwung, denen auch die Israel- und Nahostpolitik zu dienen hatte. Im Oktober 1964 wurden die Waffenlieferungen an Israel publik, und das deutsche „Nahostdebakel“ nahm seinen Lauf. Aufgrund der Empörung in der arabischen Welt ließ Erhard die Lieferungen durch Wirtschaftshilfekredite ersetzen. Die Reaktion in Israel war nicht minder empört, da es Waffen dringender benötigte als Geld, jene aber nur in Deutschland bekommen konnte, nachdem die USA und Frankreich nach der Suez-Krise einen Rüstungsboykott gegen Israel verhängt hatten.

Ägyptens Staatschef Gamal Abd-el Nasser, die führende Stimme in der Arabischen Liga, empfing im März 1965 den DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht mit militärischen Ehren, was einer faktischen Anerkennung der DDR gleichkam. Daraufhin stornierte Erhard die Wirtschaftshilfe an Ägypten und heizte damit arabische Proteste an. Derart in eine nahostpolitische Zwickmühle – und innenpolitisch unter Druck – geraten, blieb dem Bundeskanzler nur ein Ausweg, Souveränität zu demonstrieren: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, ohne jene zu Ägypten abzubrechen (entgegen der Hallstein-Doktrin).

Israels Parlament durchschaute Erhards unfreiwillige „Flucht nach vorn“. „In einem Zwiespalt von Gefühl und Verstand“,¹⁶ aber mit deutlicher Mehrheit stimmte die Knesset dem Ansinnen zu. Am 12. Mai 1965 erfolgte der Notenaustausch zwischen Erhard und Ministerpräsident Levi Eshkol und damit die offizielle Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Im August traten die ersten Botschafter ihr Amt an, Asher Ben-Nathan und Rolf Pauls. Die Wahl des ehemaligen Generalstabsoffiziers Pauls hatte in Israel Unbehagen, sein Amtsantritt sogar Tumulte ausge-

¹⁶ So Ministerpräsident Levi Eshkol, zit. nach: I. Deutschkron (Anm. 4), S. 296.

löst. Es gelang ihm jedoch, „die für einen (und vor allem den ersten) deutschen Botschafter ungemein schwierige Aufgabe mit einem Höchstmaß an Einfühlungsvermögen und Takt“¹⁷ zu bewältigen. So blieb Pauls als der Botschafter in Erinnerung, der „mit Steinen empfangen und mit Rosen verabschiedet“ wurde.

Die arabischen Reaktionen verpufften – politisch wie ökonomisch. Zehn der dreizehn Staaten der Arabischen Liga brachen zwar umgehend die Beziehungen zur Bundesrepublik ab, nahmen sie aber bis spätestens 1974 sämtlich wieder auf. Hingegen wagte kein einziges arabisches Land, die DDR offiziell anzuerkennen. Erst ab 1969, als die Deutschlandfrage an Brisanz verlor, wurden die ersten Botschafter entsandt.

Die Ära Brandt: Der Blick weitet sich

1966 übernahm die Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger die Regierung. Im Gegensatz zu ihm hatte Willy Brandt hinsichtlich des „Dritten Reiches“ eine über jeden Verdacht erhabene, blütenweiße Weste. Darum war es ihm überlassen, zuerst als Außenminister, ab 1969 als Regierungschef einer sozialliberalen Koalition die Israelpolitik zu gestalten. In Israel war man verunsichert, ob der NS-Widerstandskämpfer ähnlich wie Adenauer eine Mitverantwortung für Israels Schicksal zum Ausdruck bringen würde oder ob er sich nach realsozialistischem Vorbild als nicht zuständig betrachtete. Durch seine Politik der Öffnung zum Osten lockerte er die enge Klammer des Ost-West-Konfliktes. Die Neugestaltung des Verhältnisses zur DDR führte zur schleichenden Aufhebung der Hallstein-Doktrin, die sich als nahostpolitischer Bumerang erwiesen hatte; dadurch erweiterte sich auch der nahostpolitische Handlungsspielraum der Bundesrepublik.

Brandt strebte auch in Nahost eine Perspektiverweiterung an. Der Sechstagekrieg (1967) förderte diesen Ansatz, obwohl er zunächst zur Fokussierung auf Israel führte: Obschon Israel rasch triumphierte, wurde in

¹⁷ Yohanan Meroz (Botschafter in der Bundesrepublik 1974–1981), Erinnerungen an die Frühzeit des Brückenschlags, in: Shmuel Bahagon (Hrsg.), Recht und Wahrheit bringen Frieden, Gerlingen 1994, S. 176.

der Bundesrepublik erst jetzt seine existenzielle Bedrohung durch ein feindlich gesinntes Umfeld realisiert. Die deutsche Öffentlichkeit benahm sich angesichts des scheinbar ungleichen Kampfes – der jüdische David gegen den übermächtigen arabischen Goliath –, „als sei es ‚ihr‘ Krieg“¹⁸. Auch der Bundestag verurteilte fast einhellig die dem Präventivschlag vorausgegangenen arabischen Aggressionen, erklärte aber seine Neutralität. Brandt führte aus, dass Deutschlands „Nichteinmischung und damit formale Neutralität im völkerrechtlichen Sinne des Wortes keine moralische Indifferenz und keine Trägheit des Herzens bedeuten kann“¹⁹. Das hieß: Israel erhielt Gasmasken und Lastwagen, die formal dem Zivilschutz dienten, und amerikanische Waffenlieferungen via Deutschland wurden stillschweigend geduldet. Nach dem Sechstagekrieg stand außer Frage, dass die jährlichen Wirtschaftskredite über 160 Millionen DM fortgeführt und ihre zivile Verwendung sehr großzügig geprüft würde. Im Juli 1967 konstatierte Ministerpräsident Eshkol, die zwischenstaatlichen Beziehungen seien „noch nie so gut“²⁰ gewesen.

Die DDR gab 1967 ihre Zurückhaltung auf und übertraf den Antiisraelismus der Sowjetunion, das Israel als Vasallen der amerikanischen „Kriegshetzer und Imperialisten“ betrachtete. Möglicherweise erhoffte sie sich dadurch „eine Aufwertung ihres Ansehens in der Dritten Welt und damit auf dem internationalen Parkett“²¹. Zudem musste die Israelpolitik auch zur Abgrenzung herhalten: Während die Bundesrepublik durch Hinwendung zu Israel demonstrieren wollte, dass sie die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen habe, wollte die DDR-Führung durch ihre scharfe Israelkritik unterstreichen, dass Nationalsozialismus und Judenvernichtung alleine in westdeutscher Verantwortung lägen. Mit Hilfe der von der Bundesregierung geknüpften neuen Ostkontakte versuchte Israel Anfang der siebziger Jahre nochmals, der DDR seine Entschädigungsansprüche vorzutragen. Doch die DDR-Führung blieb stur.

¹⁸ Ebd., S. 338.

¹⁹ Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verhandlungen des Dt. BT, 5. WP 1965–1969, Stenographische Berichte Bd. XX, S. 5304.

²⁰ Zit. nach: I. Deutschkron (Anm. 4), S. 340.

²¹ M. Wolffsohn (Anm. 15), S. 56.

Hatte der Sechstagekrieg zu einem Höhepunkt im deutsch-israelischen Verhältnis geführt, so ließ der Generalsekretär der Arabischen Liga wissen, „dass die deutsch-arabischen Beziehungen einen Tiefpunkt erreicht hätten, aus dem er gegenwärtig keinen Ausweg sehe“²². Aus politischen und ökonomischen Gründen konnte dies nicht im Interesse des Bundeskanzlers sein. Hinzu kam die Studentenbewegung mit ihrer (undifferenzierten) Begeisterung für die Palästinenser und den „Helden“ Jassir Arafat, was bei der sozialdemokratischen Linken nicht ohne Wirkung blieb, zumal 1969 eine Bundestagswahl anstand. Vor allem aber entsprach das Selbstbestimmungsrecht der Völker Brandts politischer Überzeugung; was er für die Deutschen (in der DDR) und die Nationen Osteuropas forderte, wollte er dem palästinensischen Volk nicht absprechen.

Israel blieb im Zentrum, doch in den Folgejahren rückte auch das Schicksal der Palästinenser, vor allem der Flüchtlinge, in das Blickfeld der deutschen Nahostpolitik. Diese Sichtweise erleichterte zudem die gemeinsame Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die 1970 ihren Anfang nahm und insbesondere eine Verständigung mit Frankreich erforderte, das eine deutlich proarabische Nahostpolitik verfolgte. Ein weiterer Grund, den deutsch-arabischen Beziehungen mehr Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen, war die wachsende Abhängigkeit von arabischem Erdöl. Dementsprechend war die Bundesregierung im Jom-Kippur-Krieg von 1973 mit proisraelischen Stellungnahmen zurückhaltender, obwohl Israel nach dem Überraschungsangriff der arabischen Staaten am Rande einer Niederlage stand. Während des Krieges wurde Öl als Druckmittel gegenüber dem Westen eingesetzt. Deutschland wahrte darum Distanz zu Israel, wobei die Sympathien der Bevölkerung ähnlich wie 1967 dem jüdischen Staat gehörten. Die Bundesregierung stimmte zur Empörung Israels einer propalästinensischen EG-Resolution zu (November 1973), verhinderte allerdings deren noch stärker anttiisraelische Akzentuierung.

²² Bericht an das Auswärtige Amt vom 27. 7. 1967, zit. nach: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Bd. 1967/II, München 1998, S. 1146.

So lavierte Brandt nahostpolitisch zwischen „Vergangenheitsbewältigung“, deutsch-arabischen Wirtschaftsbeziehungen und einer gemeinsamen EG-Außenpolitik. Dass ihm die Perspektiverweiterung zugunsten der Palästinenser gelang, ist insbesondere auf sein hohes Ansehen zurückzuführen, das er in Israel genoss.

Die Ära Schmidt/Genscher: Öl und Europa

Nach dem Rücktritt Brandts folgte 1974 Helmut Schmidt als Bundeskanzler, Hans-Dietrich Genscher (FDP) wurde Außenminister. Schmidt war weder eine charismatische Erscheinung, noch verfolgte er außenpolitische Visionen – er galt als „Generaldirektor der Bundesrepublik“²³. Seine „herausragende Leistung (. . .) bestand darin, dass er die Westdeutschen in die Normalität einübte, (. . .) ihnen Sinn für Augenmaß und Mitte gab“²⁴ – in den Jahren der Ölkrisen (1973/74 und 1979/80), wachsender Ost-West-Spannungen und des Terrorismus keine geringe Leistung.

Schmidts Sachlichkeit prägte auch die Israelpolitik. Die historische Schuld und die Mitverantwortung der Bundesrepublik für die Sicherheit Israels waren für ihn Fakten; daraus resultierende Verpflichtungen waren ungeachtet seiner persönlichen Empfindungen zu erfüllen. Andererseits betrachtete er die Folgen der Vergangenheit als Einschränkung, die es aus der Tagespolitik herauszuhalten galt: Wie Adenauer wollte er Vergangenheit und Gegenwart voneinander trennen, um eine „vergangenheitsbereinigte“ Politik zu gestalten, die aktuellen Anforderungen entsprechend verfahren konnte. Deutschlands moralische Verpflichtung gegenüber Israel wurde in logischer Fortführung von Brandts Perspektivwandel zunehmend dahingehend interpretiert, dass Deutschland gerade in dieser Verantwortung auch die palästinensischen Anliegen stärker berücksichtigen und sich gerade im Interesse von Israels Sicherheit auch

²³ So Hans-Peter Schwarz über Helmut Schmidt; zit. nach: Wolfram Bickerich, Der Generaldirektor der Bundesrepublik. Der Kanzler Helmut Schmidt, in: Der Spiegel, Nr. 20 vom 17. 5. 1999, S. 194.

²⁴ Theo Sommer, Helmut Schmidt, in: Wilhelm von Sternburg, Die deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Kohl, Frankfurt/M. 1994, S. 454.

um gute Beziehungen zur arabischen Welt bemühen müsse.

Das Hauptaugenmerk galt der Weiterentwicklung einer gemeinsamen europäischen Nahostpolitik. Diese verschaffte der Bundesregierung größeren Handlungsspielraum, da sie sich so zumindest teilweise den widerstrebenden israelischen und arabischen Erwartungen entziehen konnte. Moralische Verpflichtungen gegenüber Israel sollten vorwiegend auf gesellschaftlich-bilateraler Ebene thematisiert werden, immer weniger hingegen auf internationaler und Regierungsebene. Schien dieses Konzept in Schmidts Anfangsjahren aufzugehen, so war seine Umsetzung nach dem Regierungswechsel in Israel (1977) blockiert: Auf Yitzhak Rabin, der Schmidt in mancher Hinsicht ähnlich war, folgte Menachem Begin als neuer Ministerpräsident. Begin und Schmidt waren nach Biographie und politischer Überzeugung von – wie sich zeigte – unvereinbarer Gegensätzlichkeit: Hier der Verfolgte des NS-Regimes, der ehemalige Untergrundkämpfer, impulsiv und rechtskonservativ – dort der einstige Wehrmachtsangehörige, Wirtschafts- und Finanzfachmann, preußisch-kühl und sozialdemokratisch. Begin war nicht bereit, die nachrangige Bedeutung der Shoah für die deutsche Nahostpolitik hinzunehmen.

Die bilateralen Kontakte kühlten merklich ab. Als die Begin-Schmidt-Kontroverse 1981 offen ausbrach, kam es in beiden Ländern zu parteiübergreifender Solidarisierung mit dem Regierungschef. In dieser Atmosphäre rief der (in Israel höchst umstrittene) Libanonfeldzug im Jahr 1982 umso heftigere Reaktionen und Verurteilungen von deutschen Politikern jeder Couleur wie auch in der Bevölkerung hervor. Das Ansehen Israels und die zwischenstaatlichen Beziehungen sanken auf einen Tiefpunkt.²⁵

²⁵ Durch besonders scharfe Israelkritik profilierte sich in diesen Jahren der FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann. So bezeichnete er Begin als Kriegsverbrecher, der vor ein Kriegsgericht gehöre, und betonte, dass auch der Umstand, dass Begin Jude sei, niemanden an dieser Feststellung hindern könne; vgl. Kinan Jaeger, Quadratur des Dreiecks. Die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser, Schwalbach (Ts.) 1997, S. 159. Kurz darauf wurde Möllemann Staatsminister im Auswärtigen Amt. Nach undurchsichtigen Verquickungen seines politischen Amtes und privater Geschäfte vermutete er eine „zionistische Verschwö-

Die Ära Kohl: Politik auf zwei Ebenen

Unter Helmut Kohl wandte sich die Bundesrepublik stärker den außenpolitischen Vorgaben der USA zu, ohne jedoch den europäischen Einheitsprozess zu vernachlässigen. Das bedeutete einen Ausbau der bilateralen Beziehungen und ein stärkeres proisraelisches Engagement innerhalb der EG. Dabei hatte Kohl sich zunächst nicht gerade als Fürsprecher Israels empfohlen: Die Formulierung von der „Gnade der späten Geburt“, eine missglückte Israelreise (Januar 1984), Gerüchte über Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien, die Kontaktaufnahme zum Iran unter Ayatollah Khomeini, eine Gedenkfeier mit US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof Bitburg (auf dem auch SS-Angehörige begraben sind) sowie eine uneindeutige Haltung in der Debatte um den 8. Mai als Tag der Befreiung oder der Niederlage vermittelten den Eindruck, Kohl wolle eine Normalität im Umgang mit der NS-Vergangenheit und mit Israel demonstrieren, die auf jüdischer Seite nicht akzeptabel war.

Nach diesen anfänglichen Verstimmungen trat Kohl israelpolitisch behutsamer auf und förderte die Wiederbelebung der unter Schmidt erlahmten halb- und nichtstaatlichen Kontakte. Es entwickelte sich ein engmaschiges und verlässliches Beziehungsgeflecht, das heute eine wesentliche Säule des bilateralen Verhältnisses darstellt. Insbesondere nach Ausbruch der Intifada Ende 1987 wurde das Verhältnis Deutschlands zur arabischen Seite zurückhaltender gestaltet, da der Nahostkonflikt durch den palästinensischen Aufstand an Brisanz gewann und Israel in zunehmende Isolation geriet. Die Bundesregierung vermied nahostpolitische Initiativen, um die Beziehungen zu Israel wie zu den arabischen Staaten nicht zu gefährden. Auch die EG beschränkte sich weitgehend auf Resolutionen und auf die Pflege wirtschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten der Region; in diesem Zusammenhang war die Bundesrepublik allerdings der wichtigste Vertreter israelischer Interessen.

runge“ gegen seine Person. Wenige Jahre später wurde er Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1987–1991) und Bundeswirtschaftsminister (1991–1993). Diese beachtliche Karriere hielt ihn nicht davon ab, bis zu seinem Tod den Mythos zu verbreiten, Israelkritik sei in Deutschland ein Tabu und deutsche Politiker dürften Israel nicht ungestraft kritisieren.

Neue Möglichkeiten eines tatkräftigen Engagements eröffnete der Friedensprozess zwischen Israel und der PLO sowie Jordanien (1993). Die Bundesrepublik errichtete als einer der ersten Staaten eine Vertretung in Jericho und unterstützte den Aufbau von Wirtschaft und Infrastruktur in den palästinensischen Gebieten, um auf ausdrücklichen Wunsch der israelischen Regierung auf diese Weise den Friedensprozess zu stärken. Die Bundesregierungen unter Kohl verfolgten eine Politik gegenüber Palästinensern und arabischen Staaten, die immer mehr vom Nahostkonflikt losgelöst war. So gelang es, das nahostpolitische Dilemma – den Antagonismus von israelischen und arabisch-palästinensischen Erwartungen – wenn nicht aufzulösen, so doch in stabile und politisch praktikable Strukturen zu fassen. Das obligatorische Bekenntnis zu den Lehren aus der NS-Vergangenheit und zur Verantwortung gegenüber Israel gewann unter Kohl Glaubwürdigkeit durch sein langjähriges Engagement für die zwischengesellschaftlichen Beziehungen. Sein persönlicher Einsatz trug ihm in Israel den Ruf der Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit ein. Kohl galt als „verkörperte Entwarnung“²⁶. Damit minderte er besonders in Israel die Sorge um nationalistische Großmachtambitionen eines wiedervereinigten Deutschlands.

Nach jahrelanger Feindschaft gegenüber Israel und der Verweigerung jeglicher Kontakte waren Mitte der achtziger Jahre erste Anzeichen zu erkennen, dass die DDR an eine Korrektur ihrer Israelpolitik dachte. 1988 erklärte sie ihre Bereitschaft zu Entschädigungsleistungen an jüdische NS-Opfer deutscher Herkunft, die außerhalb der DDR lebten. Erich Honecker reagierte damit auf den Kurswechsel in der Sowjetunion unter Gorbatschow. Doch erst die im März 1990 frei gewählte DDR-Volkskammer bekannte sich zu Schuld und Mitverantwortung an der Shoah und stellte Entschädigungsleistungen an Israel in Aussicht. Angesichts dieses späten Schuldeingeständnisses und der langjährigen Unterstützung der arabisch-palästinensischen Seite verband sich bei vielen Juden „mit dem Verschwinden der DDR eher Zufrieden-

²⁶ Jürgen Leinemann, Die verkörperte Entwarnung. Der Kanzler Helmut Kohl, in: Der Spiegel, Nr. 20 vom 17. 5. 1999, S. 214–219, hier S. 214.

heit“¹²⁷. Das (nicht nur in Israel) verbreitete Unbehagen gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland legte sich nach der Bundestagswahl im Dezember 1990: Die Fortführung der Koalition aus CDU/CSU und FDP und der Kanzlerschaft von Kohl ließen Unterstützung und Berechenbarkeit erwarten.

Die Ära Schröder/Fischer: Fortführung und Vertiefung

Auch die rotgrüne Bundesregierung ließ keine Zweifel daran, dass Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit Mitverantwortung für Existenz und Sicherheit Israels trage. Allerdings folge daraus, so Außenminister Fischer, „auch eine generelle Verpflichtung, für die Rechte anderer Völker, auch die der Palästinenser, einzutreten“¹²⁸. Unter Schmidt hatte dieser Ansatz noch Verstimmungen ausgelöst; Kohl hatte zwar eine solche Formulierung vermieden, tatsächlich jedoch genau dieses Eintreten für die Palästinenser praktiziert. Kaum im Amt, initiierte und forcierte Bundeskanzler Gerhard Schröder während des deutschen EU-Ratsvorsitzes die „Berliner Erklärung“ der Staats- und Regierungschefs (März 1999), in der erstmals die Anerkennung eines palästinensischen Staates „zu gegebener Zeit“ in Aussicht gestellt wird. Der Zwei-Ebenen-Politik von Kohl folgend, sandte Schröder damit ein mehrfaches Signal: Auf internationaler Bühne wurde Israel gegenüber formal-nüchterne Souveränität gepflegt und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser explizit aufgewertet; zugleich wurde Arafat – der die Ausrufung eines palästinensischen Staates angekündigt hatte – deutlich gemacht, dass man die Zeit dafür noch nicht für gekommen hielt, er mithin nicht mit der Unterstützung der EU rechnen konnte. Abseits der internationalen Öffentlichkeit hatte sich Schröder während seines Ratsvorsitzes dafür eingesetzt, dass ein wichtiges Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zwischen Israel und der EU in Kraft gesetzt wurde, welches das bestehende, weit reichende Assoziierungsabkommen ergänzte.

¹²⁷ Amnon Neustadt, Eckpfeiler zum Verständnis – Differenzen auf beiden Seiten, in: Tribüne, (1995) 133, S. 198.

¹²⁸ Joschka Fischer im Vorwort zu Gisela Dachs (Hrsg.), Deutsche, Israelis und Palästinenser. Ein schwieriges Verhältnis, Heidelberg 1999, S. 9.

Insgesamt hatte die rotgrüne Bundesregierung keine Veranlassung, in den Beziehungen zu Israel Grundlegendes zu ändern. Die Israel- und Nahostpolitik hatte mittlerweile einen festen Kurs eingeschlagen: Routine, Kenntnis und Verständnis prägen die deutsche Israelpolitik und die Regierungsbeziehungen, aber auch das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der palästinensischen Führung bzw. den arabischen Staaten. Wie vor allem unter Kohl etabliert, kommt die Besonderheit des bilateralen Verhältnisses nach wie vor in erster Linie im gesellschaftlichen Bereich zum Ausdruck. Auf internationaler Ebene vermeidet die Bundesregierung eine Sonderrolle, vertritt jedoch im Hintergrund – vor allem als „Israels guter Botschafter in Europa“¹²⁹ – israelische Anliegen. Hinsichtlich des Nahostkonfliktes ist es Außenminister Joschka Fischer gelungen, sich auf israelischer wie palästinensischer Seite außergewöhnlich hohes persönliches Ansehen zu erwerben, was ihn als potenziellen Nahostvermittler besonders geeignet erscheinen lässt. Nach einem palästinensischen Selbstmordanschlag während einer Israelreise im Juni 2001 hatte er bereits in dieser Funktion agiert. Ein längeres Engagement lehnt er jedoch mit Verweis auf die Rolle der USA, flankiert von UNO und EU, bis heute ab.¹³⁰

Etappen und Kontinuitäten

Adenauer wusste um die Notwendigkeit einer „Wiedergutmachung“ gegenüber Israel, um den gewandelten Charakter der Bundesrepublik zu demonstrieren. Die rechtliche Anerkennung Israels wäre moralisch zwar geboten gewesen, doch ließ sich Adenauer von arabischen Drohungen einschüchtern. Geheime Waffenlieferungen und Finanzhilfen sollten Israel entschädigen. Ludwig Erhard kam unversehens in die Lage, die faulen Früchte dieser Politik zu ernten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Mai 1965 war eher Teil einer unausweichlichen außen-

¹²⁹ Ministerpräsident Ehud Barak (1999–2001); zit. nach: Südwest-Presse vom 22. 9. 1999.

¹³⁰ Fischer erklärte zu seiner Pendeldiplomatie vom Juni 2001: „Wir haben diese Rolle nicht gesucht, aber wenn wir schon in sie hineingeraten sind, dann müssen wir sie auch wahrnehmen.“ Zit. nach: Die Zeit, Nr. 5 (2005). Mehrfach hatten Beauftragte der Bundesregierung unter Kohl wie unter Schröder den Austausch von Gefangenen bzw. Gefallenen zwischen Israel und der Hisbollah vermittelt, zuletzt im Januar 2004.

politischen Notoperation als das Ergebnis einer willentlichen, souveränen Annäherung. Willy Brandt verkörperte das Primat der politisch-moralischen Überzeugung vor dem politisch Machbaren, gar ökonomisch Lohnenswerten. Er drängte den Faktor „NS-Vergangenheit“ allmählich zurück, indem er die deutsch-israelischen Beziehungen (auch) im erweiterten Rahmen des Nahostkonfliktes gestaltete. Für Helmut Schmidt war Moral kein Gegensatz zu Realpolitik, sondern Teil von ihr – allerdings nur einer von vielen, und die europäische Einheit hatte Vorrang. Helmut Kohl versuchte zunächst alles zugleich: Orientierung an den USA und gemeinsame europäische Nahostpolitik, Unbefangenheit im Umgang mit der Vergangenheit und Übernahme moralischer Verantwortung, Intensivierung der Beziehungen zu Israel und Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zur arabischen Welt. Nach holprigem Beginn kehrte Selbstverständlichkeit und Unaufgeregtheit in die deutsch-israelischen Beziehungen ein, ohne dass diese an Bedeutung verloren hätten. Hatte er von Schmidt einen israelpolitischen Scherbenhaufen geerbt, so hinterließ er der rotgrünen Koalition ein „bestelltes Haus“: Die Israelpolitik war in ruhigere Bahnen gelenkt, in denen vor allem Außenminister Fischer souverän voranschritt.

Wie eingangs erwähnt unterstand die deutsche Israelpolitik von Beginn an verschiedenen Einflüssen: Aufgrund der NS-Vergangenheit bekannten sich alle Bundesregierungen zur moralischen Verantwortung gegenüber Israel. Alltagspolitisch verlor dieser Faktor mit den Jahren an Brisanz und stellt heute keine Gefährdung des zwischenstaatlichen Verhältnisses mehr dar. Der israelisch-arabische bzw. -palästinensische Konflikt bedeutete für Deutschland eine Zwickmühle zwischen moralischer Verantwortung und ökonomischem Nutzen. Dieser Antagonismus wurde entschärft, indem die beiden Stränge heute weitgehend unabhängig voneinander gestaltet werden. Im Rahmen internationaler Entwicklungen richtete die Bundesregierung ihre Politik zunächst an den Erwartungen der Westmächte aus, während sich die DDR an der Sowjetunion orientierte. In den siebziger Jahren gewann der europäische Einheitsprozess an Bedeutung, der Deutschland die Möglichkeit bot, seine israelpolitische Sonderrolle allmählich zugunsten einer EG/EU-Nahostpolitik aufzugeben. Nicht zu vernachlässigen

ist die Bedeutung, die einzelne Politiker als Motor (bzw. Bremser) oder Gestalter bilateraler Kontakte erlangten.

Bei aller unterschiedlichen Akzentuierung ist allen Bundesregierungen ein Anliegen gemein: das Bemühen um größere israel- bzw. nahostpolitische Handlungsfreiheit. Deutsche Israelpolitik war immer den großen außenpolitischen Anliegen untergeordnet und hatte diesen zu dienen. Die NS-Vergangenheit stellte dabei eine Einschränkung dar, deren unmittelbarer Einfluss zurückgedrängt werden sollte.¹³¹ Adenauer glaubte, durch formale „Wiedergutmachung“ – keine willentliche, sondern „zwingende moralische Verpflichtung“¹³² – einen Schlussstrich ziehen zu können. Brandt stellte den Nahostkontext als Einflussfaktor neben die Lehren aus dem Nationalsozialismus, Letztere in ihrer tagespolitischen Relevanz relativierend. Schmidt entzog sich der israelpolitischen „Fessel“, indem er die aus seiner Sicht harmlosere Einschränkung durch eine gemeinsame europäische Nahostpolitik vorzog. Kohl etablierte ein „Zwei-Ebenen-System“: Die betonte Formalisierung der Beziehungen zu bzw. Distanzierung von Israel in der internationalen Öffentlichkeit korrespondierten mit einer Intensivierung der Beziehungen im gesellschaftlich-kulturellen Bereich. Fischer findet sich in der überraschenden Situation wieder, dass ihm israel- und nahostpolitisch mehr Handlungsspielraum zur Verfügung stehen würde, als er ausfüllen möchte.

Der Israelbesuch von Bundespräsident Horst Köhler im Februar 2005 machte deutlich, dass sich auch nach 40 Jahren diplomatischer Beziehungen die „Verklammerung von

¹³¹ Besonders deutlich hatte es Franz-Josef Strauß (CSU) 1977 in Al-Ahram formuliert: „Die Zeit, in der wir Deutschen wegen der Schatten der Vergangenheit gehindert waren, weltpolitische Verantwortung zu übernehmen, muss jetzt endgültig der Vergangenheit angehören. Wir wollen von niemandem mehr, weder von Washington noch von Moskau, von keinem europäischen Nachbarn, auch nicht von Tel Aviv, ständig an unsere Vergangenheit erinnert und damit in unserer Fähigkeit beeinträchtigt werden, einen angemessenen Beitrag zu einer gerechten und friedlichen Entwicklung der Welt zu leisten.“ Zit. nach: Kinan Jaeger, Die Bedeutung des Palästinenser-Problems für die Gestaltung der Deutsch-Israelischen Beziehungen, Diss., Bonn 1994, S. 77.

¹³² Deutscher Bundestag (Anm. 11), S. 12092.

Politik und Moral“¹³³ in der deutschen Israelpolitik nicht aufgelöst hat. Ein Blick auf die historische Entwicklung und den aktuellen Zustand der Beziehungen lässt aber erkennen, dass sich gerade infolge dieser Verklammerung ein außergewöhnliches, quantitativ wie qualitativ fast beispielloses zwischenstaatliches Beziehungsgeflecht entwickelt hat. Nach den USA ist die Bundesrepublik Israels engster Partner im Bereich der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der kulturellen Kontakte, der Städtepartnerschaften und des Jugendaustauschs – ganz abgesehen vom Tourismus und den zahllosen privaten Freundschaften. Infolge dieser Verklammerung von Moral und Politik, von Vergangenheit und Gegenwart entfaltete sich ein nachhaltiges Engagement, das alle Bereiche bilateraler Beziehungen umfasst und überdies oftmals die palästinensische Seite einbezieht; sie sollte darum nicht als lästige Einschränkung, sondern als Chance zur Vertiefung und Intensivierung begriffen werden.

„Zwischen Deutschland und Israel kann es nicht das geben, was man Normalität nennt“, erklärte Köhler vor der Knesset. Israels Identität ist von der Shoa geprägt, während „die Verantwortung für die Shoa (...) Teil der deutschen Identität“ ist, wie Köhler klarstellte.¹³⁴ Nicht „normal“ ist aber auch die erfreuliche Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen. Sie weisen nicht trotz, sondern gerade wegen der Shoa eine außergewöhnliche Intensität und Lebendigkeit auf.

¹³³ Paul Noack, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1981, S. 103.

¹³⁴ Rede des Bundespräsidenten in Jerusalem am 2. 2. 2005 (unter www.bundespraesident.de).

Yfaat Weiss

Rückerstattung und Heimkehr

In den vergangenen Jahren ist weltweit das Interesse an den Reparationsfragen gestiegen. Das hat zum einen mit Entwicklungen im postkolonialen Kontext zu tun, zum anderen, und im Falle Israels und Deutschlands vorrangig, mit dem Ende des europäischen Kommunismus.¹ Neue Schichten historischen Unrechts wurden aufgedeckt. Das Grundbuch wurde zum Ort dokumentierten Unrechts, schrieb Dan Diner; die Wiederherstellung von Privateigentum in den ehemals sozialistischen Staaten habe als unbeabsichtigte Nebenfolge so etwas wie einen Gedächtnisschub ausgelöst.²

Der Jurist und Historiker Jacob Robinson, Berater des amerikanischen Anklägers bei den Nürnberger Prozessen und Beteiligter am Verfahren gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, meinte bereits 1944, dass Entschädigungsleistungen für die Kriegsverluste auch eine Aufgabe der neu zu gründenden Vereinten Nationen sein sollten: „Clearly, indemnification for losses suffered in consequence of war and persecution is not only a requirement of justice, but also the only sound policy for the United Nations and the individual states to pursue if peace and order are to be reestablished nationally and internationally.“³

Yfaat Weiss

Dr. phil., geb. 1962; Direktorin des Bucerius Institute for Research of Contemporary German History and Society, University of Haifa/Israel.

Department for Jewish History, University of Haifa, Haifa 31905, Israel.

yfaatw@research.haifa.ac.il

¹ Vgl. vor allem Elazar Barkan, Völker klagen an. Eine neue internationale Moral, Düsseldorf 2002; Ruti G. Teitel, Transitional Justice, Oxford 2000; John C. Torpey, Politics and the Past: On Repairing Historical Injustices, Maryland 2003.

² Vgl. Dan Diner, Gedächtnis und Restitution, in: Norbert Frei/Volkhard Knigge, Verbrechen Erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 299–305.

³ Zit. in: Nehemiah Robinson, Indemnification and Reparations. Jewish Aspects, New York 1944, S. 7 f.

Es gibt verschiedene Positionen, von denen aus solche Rückerstattungen beurteilt werden können. Sie legen Spannungen zwischen der Praxis der Rückgabe und Kompensation und ihren symbolischen und fundamentalen Bedeutungen offen. Einen vor allem bei Historikern, die sich auf die Rekonstruktion quantitativer Aspekte von Kompensationsvereinbarungen spezialisiert haben, beliebten Ansatz wollen wir den „skeptischen“ nennen. Ein anderer Ansatz wird von jenen verwendet, die sich auf die grundsätzliche Bedeutung dieser Verfahren konzentrieren. Ihnen geht es in erster Linie um die unbeabsichtigten und positiv beurteilten Konsequenzen der Reparationen. Diese zweite Gruppe vergleicht die Vorgänge aus einer politischen Perspektive und kümmert sich weniger um Details als Historiker. Im Mittelpunkt stehen fast immer die Zahlungen, welche Deutschland an die jüdischen Opfer erbracht hat und weiterhin erbringt. Man ist sich darüber einig, dass diese Vereinbarungen das Urmodell für alle Prozesse der Kompensation und Rückgabe seit 1990 abgeben.¹⁴

„Wiedergutmachung“

Die skeptischen Historiker tun sich mit Recht schwer, in der Rückerstattung von jüdischem Eigentum und in der „Wiedergutmachung“ ein moralisches Vorbild zu sehen. Denn der Prozess der Rückerstattung des Eigentums und der „Wiedergutmachung“ sah eher wie ein Schlichtungsverfahren zwischen sich widersprechenden Versionen aus,¹⁵ in dem sich die deutsche Seite von der Absicht leiten ließ, Schuld und Schulden gegenüber den jüdischen Opfern gering zu halten. Wie bei jedem Schlichtungsverfahren waren beide Seiten auf einen Schlichter angewiesen. Die Rückerstattung des Eigentums war eine Verfügung der Alliierten. Sie bestimmten durch Gesetze und Verordnungen, dass die Deutschen den überlebenden Juden ihr Eigentum zurückerstatten, und durch die obersten

¹⁴ Vgl. John C. Torpey, „Making whole what has been smashed“. Reflections on Reparations, in: *The Journal of Modern History*, 73 (2001) 2, S. 333–358.

¹⁵ Vgl. Tobias Winstel, Über die Bedeutung der Wiedergutmachung im Leben der jüdischen NS-Verfolgten. Erfahrungsgeschichtliche Annäherungen, in: Günter Hockerts/Christina Kuller (Hrsg.), *Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland?*, Göttingen 2003, S. 199–227.

Gerichtshöfe beaufsichtigten sie die deutschen Ämter und griffen in Fällen von fehlender Zustimmung ein.¹⁶

Die Rückerstattung des Eigentums wurde zum Dialog: Das jüdische Opfer klagte sein verlorenes Eigentum ein, während die „deutsche Seite“, in einer abstoßenden Mischung aus ehemaligen Arisierern und aktuellen Politikern, versuchte, ihre Verantwortung zu mindern. Die wirtschaftlichen Verluste der Juden von 1933 an wurden von den tatsächlichen historischen Umständen der rassischen Verfolgung getrennt. Es handelte sich um einen Dialog von Menschen, die nicht miteinander sprachen. Sofern ein Ausgleich durch Vermittlung der Gerichte der Westmächte erreicht wurde, war dieser von Vagheit und Anonymität des Täters begleitet. Die Rolle der „Arisierer“ wurde vertuscht; übrig blieb der Nazismus als namenloser Spieler.¹⁷

In Österreich spielte sich der Vorgang anders ab. Das nationale Selbstverständnis als „erstes Opfer Nazideutschlands“ war einer der Gründe dafür, dass der Prozess der Rückerstattung des Eigentums und der Wiedergutmachung im Vergleich zu Westdeutschland noch langsamer und nur unvollkommen vonstatten ging.¹⁸ In den ersten Jahren wurden lediglich die Dinge, die in ihrer ursprünglichen materiellen Form erhalten blieben, zurückerstattet, und auch diese nur teilweise. Was materiell verloren war, wurde nicht zurückerstattet. Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre begann Österreich allmählich, Holocaust-Überlebende für verlorenes Eigentum zu entschädigen. Die österreichische Version, so kann man grob zusammenfassen, strebte nach einer Annullierung der Vergangenheit im gleichen Maße, wie sich der Gegenstand verlor. Zu einer Entschädigung für verlorene Einnahmen, Gesundheit oder Ausbildung kam es in Österreich jahrzehntelang

¹⁶ Vgl. Jürgen Lillteicher, *Rechtsstaatlichkeit und Verfolgungserfahrung. „Arisierung“ und fiskalische Ausplünderung vor Gericht*, in: Constantin Goshler/ders. (Hrsg.), *„Arisierung“ und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989*, Göttingen 2002, S. 127–159.

¹⁷ Vgl. Constantin Goshler, *Die Politik der Rückerstattung in Westdeutschland*, in: ders./J. Lillteicher (ebd.), S. 99–125, bes. S. 103, 105.

¹⁸ Vgl. Brigitte Bailer-Galanda, *Die Rückstellungsproblematik in Österreich*, in: ebd., S. 161–188.

nicht. Geraubte Kunstgegenstände wurden erst in den späten neunziger Jahren zurückgegeben, so zum Beispiel die Bildersammlung der Familie Rothschild, die, anders als bei einem Kunstraub, in dem die Kunstgegenstände heimlich ihren Weg zu anonymen Händlern und Käufern finden, bis zu diesem Zeitpunkt im hellen Tageslicht des Kunsthistorischen Museums in Wien ausgestellt war.

Schwächen der Kompensation

Die Forschung kann leicht die eklatante Schwachstelle des Kompensationsprozesses im Rahmen des paradigmatischen deutsch-jüdischen Modells aufzeigen: Die Beweislast hatten die Überlebenden zu tragen, die gezwungen wurden, unter schwierigen und häufig demütigenden Umständen Dokumente beizubringen, welche als Konsequenz der Verfolgungen eben nicht mehr rekonstruiert werden konnten. Angesichts ihres Gesundheitszustandes benötigten die Überlebenden ferner die Billigung einer medizinischen Kommission und mussten dabei erniedrigende Untersuchungen über sich ergehen lassen.¹⁹ Die Kompensationsleistungen bestimmten sich nicht nach dem Leid und dem Raub, sondern gemäß Zugehörigkeit und Herkunftsort. Die ehemaligen deutschen Juden erhielten höhere Kompensationen als die osteuropäischen und wurden in vielen Kategorien entschädigt, in denen die osteuropäischen Opfer nicht kompensationsberechtigt waren. Überlebende, die ihren Fall in Deutschland verhandelten, erhielten höhere Kompensationsleistungen als diejenigen, die versuchten, ihre Ansprüche von anderen Ländern aus wahrzunehmen. Betroffene aus dem kommunistischen Ostblock erhielten erst nach 1990 Entschädigungszahlungen.

Diese Fakten, von denen einige seit Jahren bekannt sind und andere erst jetzt bekannt werden, können jedoch nicht den Anspruch von der fundamentalen und weit reichenden Bedeutung der Kompensationsprozesse ent-

¹⁹ Vgl. M. Kestenber, *Discriminatory Aspects of the German Indemnification*, in: Martin S. Bergman/Milton E. Jucovy, *Generations of the Holocaust*, New York 1982; vgl. auch: Workshop „The Practice of Wiedergutmachung“. Nazi-Victims and Indemnification in Israel and Germany, 1952–2002, Kulturwissenschaftliches Institut Essen vom 24. bis 27. Juni 2004, www.ruhr-uni-bochum.de/lehrstuhl-ng2/veranstaltungen.htm.

kräften. Gewiss sind jene Stimmen, die deren Bedeutung hervorheben, nicht blind gegenüber den Schwachstellen der Kompensationsprozeduren. Würde man ihnen aber Naivität unterstellen, täte man ihnen Unrecht. Denn was ihre Einschätzung so einzigartig macht, ist das Bewusstsein dafür, dass unsere herkömmliche Vorstellung von Gerechtigkeit für die Beurteilung von historischen Prozessen des Übergangs keine Gültigkeit hat. Derselbe Ansatz, der die Relativität von historischer Gerechtigkeit in Übergangsmomenten anerkennt,¹⁰ ermöglicht es zur gleichen Zeit, sich auf die fundamentale Bedeutung, die hinter der materiellen Praxis steht, zu konzentrieren.

Charles Maier weist darauf hin, dass „reaching agreement must in effect desacralize the loss, no matter what the protest of the victims or survivors. That is precisely the point of the exercise: to remove the losses from the realm of the sacred, the never-to-be-forgiven, into the realm of the politically negotiated. Just the process of such negotiation indicates that communication is being resumed. The hitherto opposed parties – perpetrators and victims – are reaching across the gulf of historical hatred to resume a dialogue that will allow them to live together under some overarching rules of comity and coexistence.“¹¹ Nur durch eine Anerkennung der dem Prozess innewohnenden Ambivalenz kann er richtig verstanden werden.

Rekonstruktion der Geschichte

Der Prozess der Rückerstattung des Eigentums und der Wiedergutmachung gleicht einer Rekonstruktion der Geschichte. Um eine angemessene Entschädigung zu erhalten, wurden die Antragsteller gezwungen, Dokumente vorzulegen: über das Haus, das Geschäft, die Position, die Ausbildung. All diese Stationen bestätigten die Geschichtsversion von der breiten jüdischen Assimilation in Deutschland vor 1933 im Sinne einer materiellen Kultur der Verbürgerlichung und der

¹⁰ Vgl. Claus Offe, *Varieties of transition: the East European and East German experience*, Cambridge, Mass. 1996.

¹¹ Charles S. Maier, *Overcoming the Past? Narrative and Negotiation, Remembering, and Reparation: Issues at the Interface of History and the Law*, in: J. C. Torpey (Anm. 1), S. 295–304, S. 297 f.

Klassen- und Kulturzugehörigkeit. Es bestand somit von vornherein eine innere Spannung im Prozess der Wiedergutmachung: Um Kompensation für erlittenes Unrecht zu erhalten, musste die Geschichte des Erfolgs rekonstruiert werden, während der Prozess wiederum das tragische Scheitern der Assimilation offenbarte. Dazu kam das Ungesagte: Reparationen machen die Toten nicht wieder lebendig, sondern stellen allenfalls die historische Ehre und Stellung der Lebenden wieder her. Diejenigen, die für sich Wiedergutmachungszahlungen ablehnten, taten es auch deshalb, weil sie das Angebot, gewissermaßen aufgrund des Schicksals der Ermordeten weiterzuleben, zurückwiesen.

Für die Überlebenden schufen Wiedergutmachungszahlungen und die Rückerstattung des Eigentums eine neue Dynamik. Obwohl der Besitz nicht in Gänze zurückgegeben wurde – immerhin etwas wurde zurückerstattet, und mittels des Besitzes auch etwas von dem materiellen und symbolischen Wesen der jüdischen bürgerlichen Identität in Deutschland. Es war leicht und effektiv, die Forderungen während eines Aufenthalts in Deutschland zu verfolgen. So verhielt es sich auch in Österreich. Paradoxerweise wurden die ermüdenden bürokratischen und juristischen Prozeduren zum Hebel der Rückkehr der Juden. Viele kamen, um ihre finanziellen Angelegenheiten zu regeln, und „blieben hängen“. Der Wiederbeginn jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945 ist eng mit den Prozessen der Rückerstattung und der Wiedergutmachung verbunden.

Der Neubeginn erhielt damit einen Beigeschmack, der Licht auf das Leben der jüdischen Deutschen vor 1933 wirft. Die Zurückkehrenden waren zur Rückerstattung und Wiedergutmachung auf die Vermittlung von Rechtsanwälten und Gerichten angewiesen. Und hier finden sich auch die Schattenseiten der Kompensationsprozesse, denn die deutsche „Zivilgesellschaft“, so Constantin Goschler, der die Prozesse der Wiedergutmachung breit erforscht hat, erlitt eine eindeutige Niederlage. Sie erkannte ihre Verantwortung für den Raub und den Diebstahl nicht an und neigte dazu, in der „Arisierung“ jüdischen Eigentums in den dreißiger Jahren einerseits einen normalen Geschäftsvorgang, andererseits ein Problem staatlichen, nicht gesellschaftlichen Handelns zu sehen. Ange-

sichts der Schwäche der Zivilgesellschaft war die Stellung der Juden in Deutschland nach 1945 nun erneut von Staat und Gesetz abhängig, eine lange in Deutschland bestehende Tradition.

So erfuhren jüdische Lebensmuster in Deutschland auf paradoxe Weise ihre Kontinuität. Die späten vierziger und besonders die fünfziger Jahre sahen nicht nur eine lediglich teilweise und überdies mangelhafte Korrektur der Verbrechen der Nationalsozialisten, sondern in vielerlei Hinsicht setzten sich auch Traditionen der zwanziger und dreißiger Jahre fort: Isolierung der Juden, Missgunst ihnen gegenüber, Schwäche der Zivilgesellschaft und die Abhängigkeit der Juden von Staat und Gesetz.

Ökonomie und Ehre

Eine völlig unterschiedliche und grundlegend andere Bedeutung nehmen individuelle Entschädigung und Reparationen im Hinblick auf die neue Heimat der Überlebenden an. Konfrontiert mit zwei Alternativen – einerseits der Verlust an Würde und Selbstrespekt, wie es manche Überlebende des Holocausts bei Entgegennahme der Kompensationsleistung empfanden, andererseits das Ausschlagen der Entschädigungszahlungen –, entschied sich der Staat Israel für die erste Variante. Zum zweiten Mal innerhalb von weniger als zwei Jahrzehnten war die Leitung der Jewish Agency gehalten, eine Entscheidung in Sachen materieller Wertübertragung aus Deutschland zu treffen. Sie hatte scheinbar zwischen einer prinzipiellen Haltung des Anstandes und wirtschaftlichem Zwang zu wählen.¹² In beiden Fällen entschied sie sich eher für das wirtschaftliche Interesse und nicht für die Ehre.

Das erste Mal war es im Rahmen des so genannten Transferabkommens geschehen, welches die Jewish Agency mit dem Reichswirtschaftsministerium 1933 unterzeichnete.¹³ Die Prinzipien des Abkommens weisen eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit denen der

¹² Vgl. Neima Barzel, Dignity, hatred and memory – reparations from Germany. The debates in the 1950s, in: Yad Vashem Studies, 22 (1994), S. 247–280.

¹³ Vgl. Werner Feilchenfeld/Dolf Michaelis/Ludwig Pinner, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Tübingen 1972.

Die Überlebenden in der israelischen Gesellschaft

späteren Reparationsvereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland auf. In beiden Verträgen erhielten die Juden eine Entschädigung für ihr Eigentum in Form von Gütern, welche Deutschland nach Palästina bzw. Israel exportiert. In den dreißiger Jahren war es das Eigentum der verfolgten Juden, welches in deutsche Güter konvertiert wurde, während es in den fünfziger Jahren der Umtausch und die Entschädigung für das Eigentum der ermordeten Juden war.

Trotz der furchtbaren historischen Kluft, welche die beiden Zeitpunkte voneinander trennt, haben beide Abkommen denselben Charakter: Sie dienten den politischen bzw. ökonomischen Interessen Deutschlands, sie boten eine Antwort auf die existenziellen Schwierigkeiten, in denen sich der Jeschuv – die jüdische Gemeinschaft im britischen Mandatsgebiet Palästina – bzw. der Staat Israel befanden, sie standen dem jüdischerseits erklärten Boykott entgegen und trugen später nach dem Krieg zu einer Rehabilitation Deutschlands bei.

Es ist nicht verwunderlich, dass in den internen Dokumenten des Staates Israel in der Anfangsphase die Reparationen „Transfers“ genannt wurden.¹⁴ Die verblüffende Ähnlichkeit der externen Charakteristika rechtfertigt dies ohne Zweifel. Das „Transferabkommen“ schien als politische Vorlage besonders nützlich, da es auf eine Möglichkeit hinwies, erwünschte wirtschaftliche Kontakte mit Deutschland getrennt von unerwünschten persönlichen Kontakten betreiben zu können.¹⁵ Darüber hinaus gingen die ersten Initiativen zum Wiedergutmachungsabkommen von Personen aus, die auf Grund der Kenntnis Deutschlands und der Rechtsverhältnisse bereits an der Gestaltung des Transferabkommens beteiligt gewesen waren, darunter deutsche Zionisten wie Max Kreutzberger, Georg Landauer und Giora Josephthal, um nur einige zu nennen.

¹⁴ Das Gleiche gilt für ein Interview, das der israelische Außenminister im Vorfeld der Verhandlungen gegeben hat, vgl. Yechiam Weitz, *The Road to Wassenaar; how the decision on direct negotiations between Israel and Germany was approved*, in: *Yad Vashem Studies*, 28 (2000), S. 311–350.

¹⁵ Vgl. Neima Barzel, *The Attitude of Jews of German Origin in Israel to Germany and Germans after the Holocaust, 1945–1952*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook*, 34 (1994), S. 271–301, hier S. 290.

Diejenigen in Israel, die aus Deutschland Wiedergutmachungsleistungen erhielten, konnten ihren Status als minderbemittelte Neueinwanderer gegenüber den Alteingesessenen verbessern. Zwanzig Jahre zuvor waren es die deutschen Juden, die durch das Transferabkommen eine ähnliche Verbesserung ihrer Lage erreichten. Durch das Wiedergutmachungsabkommen stellte sich wie nach dem Transferabkommen eine wahrnehmbare Distanz zwischen deutschen und osteuropäischen Juden ein, weil Ersteren die Einwanderung nach Palästina unter günstigeren Bedingungen ermöglicht wurde.¹⁶ Das Wiedergutmachungsabkommen von 1952 begünstigte Juden, die deutsche Staatsbürger waren, gegenüber anderen, nicht deutschstämmigen Überlebenden, die weniger anspruchsberechtigt waren. Es verstärkte damit innerhalb der israelischen Gesellschaft die Ungleichheiten von Juden aus Europa in der gleichen Weise, wie es das Transferabkommen tat.

Die Restitution von Eigentum oder die unvollständige Entschädigung umfasste einen zweifachen Rehabilitationsprozess. In der Beziehung von Opfer und Täter sah die Restitution von Eigentum die rückwirkende Anerkennung von Identität durch das Recht vor. In diesem Kontext symbolisierten materielle Objekte die Restitution von gesellschaftlicher Zugehörigkeit. Eine physische Rückkehr war nicht länger notwendig für die deutschen Juden, um ihren bürgerlichen Status als Deutsche zurückzuerhalten. Dies geschah durch die Anerkennung der Schuld und ihrer Kompensation.

Dieser Prozess bekam im Zufluchtsland Israel allerdings eine andere materielle und ideologische Bedeutung. In materieller Hinsicht führten die individuellen Entschädigungszahlungen zu einer relativen Besserstellung der durch den Nationalsozialismus Geschädigten, vor allen Dingen der deutschen Juden. Als Regel kann festgehalten werden,

¹⁶ Vgl. Yfaat Weiss, „Transfer Agreement“ and the „Boycott Movement“: A Jewish Dilemma at the Eve of the Holocaust, in: *Yad Vashem Studies*, 26 (1998), S. 129–171.

dass diejenigen, welche die individuellen Entschädigungsleistungen in Israel annahmen, dazu tendierten, einen beachtlichen Teil davon in Einrichtungsgegenstände für den persönlichen Gebrauch generell und in Eigentumswohnungen speziell zu investieren.¹⁷ Diejenigen, denen es gelang, Bauland in den urbanen Zentren des Landes bzw. Wohnungen in den Zentren der Großstädte zu erwerben, stellten die ökonomische Zukunft der nachkommenden Generationen sicher.¹⁸ Die personenbezogenen Entschädigungsleistungen vergrößerten ohne Zweifel die ethnische Kluft zwischen orientalischen und europäischen Juden in Israel, wo Eigentumswohnungen eine wichtige transgenerationale Bedeutung einnehmen.¹⁹ Damit wurden künftige soziale Unterschiede verstärkt.

Die symbolische und materielle Bedeutung der Reparationsleistungen

Mit diesem unbekanntem Kapitel israelischer Geschichte wende ich mich abschließend einer politischen Episode aus dem Sommer 1959 zu. Es handelt sich um die ersten sozialen Unruhen in Israel, bekannt als „Unruhen von Wadi Salib“, einem Stadtteil von Haifa. Der Hintergrund waren die anhaltenden Diskriminierungen. Der Aufstand wurde von verarmten und arbeitslosen jüdischen Einwanderern aus Marokko ausgerufen. Die Tumulte waren der erste öffentliche Ausdruck ihrer Notlage und blieben bis heute das Paradebeispiel für ethnische Spannungen in Israel. Die Randalierer griffen mehrere Institutionen der Staatspartei Mapai an. Damit signalisierten sie der politischen Macht ihre Kritik, die sie für das Versagen ihres Integrationsprozesses verantwortlich machten.

Scheinbar ohne Zusammenhang mischten sich antideutsche Parolen in die Unruhen,

¹⁷ Vgl. Michael Landsberger, *Der Einfluss der persönlichen Wiedergutmachungszahlungen auf Konsum und Sparverhalten in Israel*, Jerusalem 1969 [hebr.], S. 47f.

¹⁸ Vgl. Raul Teitelbaum, *Die Bedeutung der Wiedergutmachung für die israelische Gesellschaft*, Ms.

¹⁹ Vgl. Noah Lewin-Epstein/Yuval Elmelech/Moshe Semyonov, *Ethnic Inequality in Home Ownership and the Value of Housing: The Case of Immigrants in Israel*, in: *Social Forces*, 75 (1997) 4, S. 1439–1462; Noah Lewin-Epstein/Moshe Semyonov, *Migration, Ethnicity, and Inequality: Homeownership in Israel*, in: *Social Problems*, 47 (2000) 3, S. 425–444.

etwa Kritik an den (geheimen) militärischen Verhandlungen zwischen Israel und Deutschland. Als David Ben Haroush – der Anführer der Unruhen und bis dahin völlig unbekannt – vor die Regierungskommission gerufen wurde, die zur Untersuchung des Vorfalls eingerichtet worden war, erhob er schwerwiegende Anschuldigungen gegen das israelische Establishment. Seine Vorwürfe betrafen vor allen Dingen die auf Vorurteilen beruhende Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und die diskriminierende Wohnungspolitik.

In seinem Protest machte er zweierlei für die sozialen Nöte der marokkanischen Juden verantwortlich. Zum einen verwies er auf die Vorteile, die den europäischen Immigranten in Israel infolge von besonderen Vergünstigungen zugute kamen, die nur ihnen und nicht den Juden aus arabischen Ländern zugestanden wurden, inklusive der Reparationszahlungen aus Deutschland. Zum anderen beklagte er die ihnen gewährte institutionelle Bevorzugung in der staatlichen Wohnungspolitik.²⁰ Eines der Kommissionsmitglieder, der Jurist Klebanov, wollte das nicht auf sich sitzen lassen. Es war schnell klar, dass Ben Haroush ein Tabu der israelischen Gesellschaft berührt hatte. „Wo haben Sie in Marokko gelebt?“, fragte er Ben Haroush und nahm dabei unbeabsichtigt die Rolle des Anklägers ein. „In Casablanca“, antwortete jener. „Und in was für einem Haus?“, fragte Klebanov. „In einem Haus, das wirklich nicht schlecht war“, antwortete Ben Haroush. „Wieviele Räume?“ fuhr Klebanov fort. „Vier von uns lebten in anderthalb Zimmern – Vater und Mutter, meine Schwester und ich. Aber sehen Sie, ein Raum ist ein Raum! Ich habe nicht gesagt, dass ich in Marokko reich gewesen bin.“ „Stellen Sie sich nur einmal vor“, hielt Klebanov ihm entgegen, „dass es Leute aus Europa gibt, die in luxuriösen Wohnungen gelebt haben.“

Diese Bemerkungen von Klebanov führen zur symbolischen und materiellen Bedeutung der Reparationsleistungen im Gewebe der israelischen Gesellschaft zurück. Ben Haroushs Argument, welches die Entschädigungszahlungen aus Deutschland als verantwortliches Element für die ethnische Kluft identifizierte,

²⁰ Vgl. Staatsarchiv, Untersuchungskommission der Wadi Salib-Unruhen, Aussage von David Ben Haroush am 26. 7. 1959, Ordner 7253/1, S. 16.

war zweifelsohne im materiellen Bereich korrekt. Allerdings identifizierte er ebenfalls ein Schlüsselement in der symbolischen Sphäre, und dies wird der Auslöser für die Irritation Klebanovs gewesen sein: Flüchtlinge, die eine Entschädigung erhalten, sind keine.

Das 20. Jahrhundert hat uns daran gewöhnt, den Flüchtling als eine statische Erscheinung zu sehen, oder, wie ihn Liisa Malkki in ihren Studien definiert, als jemanden, der sich außerhalb der kosmologischen Ordnung der Dinge befindet.¹²¹ Die Juden aus Deutschland in erster Linie und teilweise diejenigen aus dem übrigen Europa hatten einen besonderen Status im Staat Israel, weil die Kompensationsprozesse ihnen eine symbolische Rehabilitation erteilten. Es waren die Entschädigungsvorgänge, die der Welt von gestern Wirkung auf die Gegenwart verliehen.

Die Situation der Juden aus den arabischen Ländern war eine völlig andere. Ihre Welt von gestern wurde nicht anerkannt. Es ist zu bezweifeln, dass es Klebanov gelang, den großen Raum von Ben Haroush in Casablanca zu besichtigen. In dieser Phase hatte Ben Haroush keinerlei Beweise und war daher allein ein Bewohner des Stadtteils Wadi Salib von Haifa, ein Quartier am Fuße des Carmel-Berges in der Nähe des Hafens und der unteren Stadt, dessen ursprünglich muslimische Bewohner es während des Kriegs 1948 verlassen hatten.

¹²¹ Vgl. Liisa H. Malkki, *Purity and Exile. Violence, Memory, and National Cosmology among Hutu Refugees in Tanzania*, Chicago 1995, S. 9.

Dan Bar-On

Die Erinnerung an den Holocaust in Israel und Deutschland

Die Kultur der Erinnerung an den Holocaust hat sich in den letzten sechs Jahrzehnten sowohl in Israel als auch in Deutschland dramatisch verändert. In den ersten Jahren nach dem Krieg wurde der Holocaust in beiden Ländern an die Seite gedrängt, denn es gab dringlichere Themen auf der Agenda: Israel hatte soeben den Unabhängigkeitskrieg beendet und eigene Kriterien für Heldentum und Verlust gefunden (die einzig die Ghetto-Kämpfer und die Partisanen erfüllen konnten), und das geteilte Deutschland wurde zum Austragungsort des Kalten Krieges. Die Strategie des Verschweigens der Vergangenheit und die Normalisierung der Gegenwart wurden in beiden Ländern verfolgt. Das versetzte die Regierungen beider Länder in die Lage, bereits 1952 ein Wiedergutmachungsabkommen zu unterzeichnen, einen Vertrag, den Israel dringend für sein wirtschaftliches Überleben und Deutschland ebenso dringend für seine moralische Rehabilitierung im Kreis der demokratischen Nationen des Westens benötigte.¹

Erst Mitte der fünfziger Jahre verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das Yad Vashem zur offiziellen Gedenkstätte zur Erinnerung an den Holocaust bestimmte und einen jährlichen Gedenktag im April festlegte, in der

Übersetzung aus dem Englischen: Hans-Georg Golz, Bonn.

¹ Vgl. Tom Segev, *The Seventh Million*, Jerusalem 1992 (hebräisch/H); dt. Reinbek 1995.

Woche zwischen Passah und Unabhängigkeitstag. Noch in den siebziger Jahren war Letzterer für junge Israelis der bedeutungsvollere Feiertag; seit den frühen neunziger Jahren wurde der „Memorial Day of the Holocaust“ zum bei weitem wichtigsten offiziellen Gedenktag in Israel, und zwar selbst unter den jungen israelischen Juden, deren Eltern einst aus arabischen Ländern emigriert waren.¹² Dieser Vorgang belegt den dramatischen Wandel, der sich in Israel hinsichtlich der kollektiven Erinnerung an den Holocaust ereignet hat, und er unterstreicht dessen Rolle als Eckpfeiler der kollektiven israelischen Identität seit den achtziger Jahren.¹³

Auch in Deutschland herrschten lange Jahre Verschweigen und Verzerrung. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche in der nationalsozialistischen Ära begangen worden waren, wurden weder im Schulunterricht behandelt, noch waren sie Teil des inoffiziellen täglichen Diskurses. In einer Erhebung unter deutschen Studierenden stellte sich noch in den frühen neunziger Jahren heraus, dass nur elf Prozent wussten oder zugeben, dass ihre Großeltern in der NSDAP gewesen waren, während 16 Prozent glaubten, jene seien im Widerstand gewesen; 49 Prozent wussten gar nichts über das Verhalten ihrer Vorfahren in jener Zeit.¹⁴

Vielleicht war es kein Zufall, dass ein offizieller Holocaust-Gedenktag in Deutschland erst nach der Wiedervereinigung 1990 deklariert wurde: der 27. Januar, der Tag, an dem 1945 das Konzentrationslager Auschwitz von der Roten Armee befreit worden war. Das zentrale Holocaust-Mahnmal in Berlin wird demnächst fertig gestellt, nach einer langen Kontroverse über Ort und Zweck: Soll die Nation, aus der die nationalsozialistischen Täter stammten, nur der jüdischen Opfer ge-

denken? Inwiefern tritt ein solcher Ort in Konkurrenz zu den authentischen Orten des nationalsozialistischen Terrors? Heute ist es eine offene Frage, ob das Mahnmal Teil eines jeden offiziellen Besuchs der Hauptstadt werden wird, wie es in Yad Vashem in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu bemerken, dass es sich die Deutschen erst seit kurzer Zeit gestatten, ihre eigenen Opfer zu betrauern, etwa in Dresden oder bei Flucht und Vertreibung aus dem Osten.¹⁵ Vielleicht haben die Deutschen zu lange geglaubt, dass sie angesichts dessen, was den Opfern der Nationalsozialisten während des Holocaust geschah, kein Recht hätten, eigene Verluste zu betrauern.

Meine These lautet, dass in Israel und Deutschland die Erinnerungskultur und die Kultur des Vergessens des Holocaust eng miteinander verwoben sind. Beides geschieht auf wenigstens zwei Ebenen: zum einen auf der öffentlichen bzw. politischen Ebene, wo die Erinnerungskultur zunehmend für politische Ziele instrumentalisiert wird, zum anderen auf der individuellen Ebene, auf der das Durcharbeiten der Vergangenheit von aktuellen Anlässen abgegrenzt wird. Letzterer ist der wichtigere Prozess, aber es ist schwieriger, die Vergangenheit auf der individuellen Ebene durcharbeiten zu lassen. Manchmal schlagen politische Bemühungen einer Überbetonung der Erinnerung an den Holocaust in ihr Gegenteil um und befördern das Vergessen auf der eher individuellen Ebene, und umgekehrt.

Weil mir die israelische Erinnerungskultur näher liegt als die deutsche, werde ich mich im Folgenden auf Israel konzentrieren. Ich hatte kürzlich die Möglichkeit, parallel die Nachwirkungen des Holocaust auf die zweiten und dritten Generationen wie auf den aktuellen israelisch-palästinensischen Konflikt zu erforschen. Einige meiner Eindrücke und Gedanken über die Wechselwirkungen werde ich nun schildern. Ich betrachte Israels aktuelle Situation als Zustand verdichteter Interaktion von Konflikten, bei denen wir nicht das Privileg haben, sie getrennt durcharbeiten zu können. Ich werde mich vor allem auf die Graswurzelebene konzentrieren.

¹² Vgl. Dan Bar-On/O. Selah, The „vicious cycle“ between current social and political attitudes and attitudes towards the Holocaust among Israeli youngsters, in: *Psychologia*, 2 (1991) 2, S. 126–138 (H).

¹³ Vgl. Dan Bar-On, *The „Other“ Within Us: Changes in the Israeli Identity from a Psychosocial Perspective*, Jerusalem 1999 (H); dt. Hamburg (Körper-Stiftung) 2001.

¹⁴ Vgl. ders./P. Hare/M. Brusten/F. Beiner, „Working through“ the Holocaust? Comparing questionnaire results of German and Israeli students, in: *Holocaust & Genocide Studies*, 7 (1993) 2, S. 230–246.

¹⁵ Vgl. Helga Hirsch, *Schweres Gepäck*, Hamburg 2003.

Vergangenheit und Gegenwart trennen oder verbinden

Gewöhnlich beherrschen Bilder einer geordneten Abfolge von Wandlungsprozessen unsere Vorstellungen. Wir glauben, dass man erst die Traumata der Vergangenheit durcharbeiten müsse, bevor man die Energie aufbringt, sich der Gegenwart zuzuwenden. Oder: Man sollte zuerst aktuelle Konflikte befrieden, bevor man sich den Luxus leistet, ungelöste Konflikte der Vergangenheit zu bearbeiten. Ich bin davon überzeugt, dass die Realität viel chaotischer ist: Wir können keine der beiden Abläufe wirklich befolgen, denn wir müssen unsere gegenwärtige Situation bewältigen, während wir zur gleichen Zeit ungelöste Konflikte der Vergangenheit durcharbeiten. Das gilt in besonderer Weise für den Holocaust.

Das liegt vor allem daran, dass die meisten Menschen es vorziehen, Konflikte erst gar nicht anzugehen. Wir bevorzugen ein klares Selbstbild von Harmonie und Kohärenz, und so möchten wir auch von unseren Mitmenschen wahrgenommen werden. Viele versuchen dieses Selbstbild sogar dann aufrechtzuerhalten, wenn es Signale gibt, dass es nicht mehr funktioniert, weil es nicht der Realität entspricht. Erst wenn es keine andere Wahl mehr gibt, wenn man sich einer Krise gegenüberübersieht oder sich in einer Sackgasse befindet, wird man gezwungen, die Konflikte im Selbst oder mit anderen anzugehen. Wenn diese Konflikte in verdichteter Interaktion auftreten, wird es umso schwieriger, sie durchzuarbeiten. Vielleicht liegt darin ein Paradoxon menschlicher Selbstreflexion: Wenn sie hilfreich wäre, wird sie vernachlässigt; wenn sie notwendig ist, ist sie häufig zu schwierig.

Israel ist ein Laboratorium der verdichteten Interaktion von Konflikten. Seit dem Jahr 2000 befinden wir uns in einer schwierigen Phase des Konflikts mit unseren Nachbarn, und die israelische Gesellschaft durchlebt zur selben Zeit eine ihrer schwersten gesellschaftlichen Identitätskrisen: säkular gegen religiös, rechts gegen links, ethnisch definierte Immigrantengruppen gegen Veteranen, Reich gegen Arm, Allmacht gegen Ohnmacht. Jeder vorstellbare Konflikt spielt sich hier ab.

Zwei meiner Studenten haben vor kurzem mit einer Gruppe von Sabras¹⁶ und russischen Immigranten gearbeitet. Die Teilnehmenden sollten sich zwischen zwei Polen selbst verorten: Der eine bedeutete „100 Prozent Israeli“, der andere „das Gegenteil“. Überraschenderweise fanden sich die meisten Gruppenmitglieder irgendwo in der Mitte wieder. „Wir wissen, warum wir hier sind, aber wie kommt es, dass ihr hier seid?“, fragten die Russen die Sabras. Einige der Sabras führten an, warum sie sich *nicht* mehr als „100 Prozent Israeli“ fühlten. Was hat das zu bedeuten? Während einige die Aussage als *Regression* deuteten – eine Distanzierung von einer idealisierten israelischen Identität –, sahen andere darin eine *Progression*, eine Bewegung nach vorne, weil man nun in der Lage sei, den künstlichen Kollektivismus der Vergangenheit kritischer zu sehen und eine Identität zu wählen, anstatt in eine solche gezwungen zu werden. Jene, die zu diesem kritischen inneren Dialog fähig sind, müssen ihn unter sehr ungünstigen Bedingungen vollziehen, begleitet von äußeren Bedrohungen, die gewöhnlich mit jenen Gruppen verbunden sind, die versuchen, diesen Erneuerungsprozess aufzuhalten.

Die Vorstellung einer derart verdichteten Interaktion von Konflikten mag dem deutschen Publikum sehr fern erscheinen, denn es befindet sich ja mitten in einer erneuerten deutsch-europäischen Gesellschaft, die ihren eigenen Wohlstand und Einfluss genießt und von vergangenen oder aktuellen Konflikten kaum berührt wird. Doch aus meiner naiven Sicht haben wir mehr gemeinsam, als es von einem politischen Blickwinkel aus den Anschein hat. Unsere beiden Gesellschaften hatten die Wahl zwischen einer Normalisierung der Gegenwart und der Vergangenheit, indem schwierige Themen unterdrückt wurden, und dem Versuch, sich diesen Konflikten zu stellen und sie angemessen durcharbeiten. Vielleicht haben die Israelis heute diese Wahl nicht mehr, denn unsere Konflikte, ob wir wollen oder nicht, begegnen uns an jeder Straßenecke und in jeder Zeitung. Dagegen scheint es mir möglich, dass die Deutschen ihren ungelösten Konflikten nach wie vor ausweichen können oder gar behaupten kön-

¹⁶ Die Sabra ist eine tropische Frucht mit einer dornigen Schale. Sie wurde zur Metapher für den in Israel geborenen Juden, dessen Äußeres häufig rau sei, der aber einen weichen Kern aufweise.

nen, sie existierten nicht mehr, weil ihr Einfluss auf das tägliche Leben sehr gering zu sein scheint.

Die Israelis haben lange den Schild einer überaus selbstbewussten nationalen Selbstpräsentation benutzt, die jetzt eine kritische und schmerzhaft Phase der Neubewertung durchläuft. Wir müssen bescheidener werden, in unseren Erwartungen wie im Verhältnis zu jenen, mit denen wir als Nachbarn zu leben haben. Deutschland hingegen kann sein Wiedererstarken als wichtigste wirtschaftliche und politische Macht Europas feiern, nachdem es eine lange Periode internationaler und interner Kritik durchlaufen hat. Und doch bleibt die Frage auch für die Deutschen gültig: Was haben wir zurückgelassen – unberührt, unsichtbar, noch immer ungelöst? Gibt es Themen aus der NS-Ära und dem Holocaust, die endlich angegangen werden sollten, die in der Nachkriegsgesellschaft niemals vollständig diskutiert wurden? Das gilt auch für andere europäische Gesellschaften, und dieser Umstand kann Auswirkungen auf die gesellschaftlichen und politischen Belange Europas haben. Diese Frage muss beantwortet werden, und es steht mir nicht zu, dies anstelle der deutschen Intellektuellen zu tun.

Ich werde nur einige wenige Punkte ansprechen, die ich als Beispiele für ungelöste Konflikte der Vergangenheit kenne und die für Gegenwart und Zukunft Bedeutung haben. Beim ersten handelt es sich um die Identifikation mit dem Opfer und um das „Auch-wir-haben-gelitten“-Syndrom. Das sind zwei getrennte Vorgänge, die sich auf seltsame Weise gegenseitig beeinflussen – in unserer Psyche, in unserer Selbstpräsentation und in unserer Interaktion mit anderen. Mit „Identifikation“ meine ich Empathie mit Opfern eines von Menschen gemachten Unheils. Diese wird häufig von einem versteckten Prozess begleitet, sich von jenen persönlich zu distanzieren: Ich kämpfe für die Rechte der Armen in Ruanda, aber ich möchte sie nicht in meinem eigenen Haus haben. Mit dem „Auch-wir-haben-gelitten“-Syndrom meine ich unsere Tendenz, eigene Leidensgeschichten zu schildern, sobald wir mit denen anderer konfrontiert werden. Dadurch schaffen wir ein psychologisches Gegengewicht gegen die Last der Asymmetrie: Sie leiden und ich nicht, insbesondere, wenn ihr Leiden in meiner Verantwortung liegt oder lag.

Ich bin überrascht, wie stark diese Argumentation sein kann und welch guten Schutzschild gegen die moralische Last der Asymmetrie sie jenen bietet, die sie gebrauchen. Wir haben dieses Syndrom zum ersten Mal bei Interviews mit Deutschen entdeckt.¹⁷ Im Krieg aufgewachsene Personen, deren Eltern nicht an den NS-Gräueln beteiligt waren, benutzen diesen Schild sogar noch häufiger als jene, deren Eltern nachgewiesenermaßen NS-Täter waren. Das liegt zunächst einmal daran, dass die Befragten ihre Lebensgeschichten, ihr Leiden im Bombenkrieg und im Hunger der Nachkriegszeit schilderten. Aber das Syndrom wurde zur Flucht vor der Realität, wenn der Befragte es von Anfang bis Ende benutzte: ein Schild, mit dem man das Leid der NS-Opfer relativieren konnte.

Es ist ein sehr kluger Schutzschild, denn er wird von persönlichen Erfahrungen gestützt, und was verschwiegen wird, kann leicht von jenen übersehen werden, die an einer ähnlichen psychologischen Störung leiden. Wir glauben, dass es zwei Arten der psychologischen und moralisch unangemessenen Reaktion gibt: solche, die das den NS-Opfern von ihren Familien und der Nation zugefügte Leid übersehen (der moralische Aspekt), und solche, die das ihnen, ihren Familien und ihrer Nation zugefügte Leid übersehen (der psychologische Aspekt). Wir haben in Deutschland deutlich mehr Menschen des ersten Typs getroffen als des zweiten. Wir haben nur sehr wenige Geschichten gehört, die beiden Aspekten zuzuordnen wären und so den Konflikt zwischen moralischer Sauberkeit und psychologischer Gesundheit unter Kontrolle haben. Das ist beileibe kein allein deutsches Problem, wie es manche gerne glauben mögen. Hier tritt ein menschlicher Defekt zutage, den ich auch in anderen, ähnlichen Situationen bemerkt habe.

Wenn wir die jüdisch-arabische Gruppe an unserer Universität betrachten, taucht dieses Thema immer wieder auf. Im Gegensatz zu den deutsch-jüdischen Nachkriegsbeziehungen – in denen der eine der Übeltäter, der „völlig Schlechte“ war und der andere das Opfer, der „völlig Gute“ – tendieren im israel-

¹⁷ Vgl. Dan Bar-On/A. Gaon, „We suffered too“: Nazi children's inability to relate to the suffering of the victims of the Holocaust, in: *Journal of Humanistic Psychology*, 31 (1991) 4, S. 77–95.

lisch-palästinensischen Konflikt beide Seiten dazu, sich selbst als Opfer der anderen Gruppe (und daher als „völlig Gute“) zu sehen. Dieser Teil der Geschichte verschlingt sie, sodass sie die Verantwortung der eigenen Bevölkerungsgruppe für das Leid der anderen völlig übersehen. Mehr noch, die jüdische Gruppe sieht sich aufgrund ihrer Geschichte als berechtigter an, sich als Opfer zu fühlen: aufgrund des Holocaust sowie der Verfolgungen und Pogrome früherer Jahrhunderte. Hier liegt die Verbindung zwischen dem, was wir heute sind, und dem, was wir in der Vergangenheit waren. Weil wir die Opferrolle im Holocaust und während anderer Verfolgungen nicht genügend durchgearbeitet haben, kann sich heute ein Gefühl verstärken, ewig Opfer zu sein. Diesen Teufelskreis können wir nur mit einer sehr großen Schleife durchbrechen, die es sehr schwer hat, in das kollektive Bewusstsein zu dringen.

Die meisten Menschen neigen dazu, eine Rangfolge aufzustellen: Wir können menschliches Leid nicht einfach als Unterschied zwischen Menschen wahrnehmen, sondern versuchen immer, es als „Mehr“ oder „Weniger“ einzuschätzen. Wir wissen von Interviews mit Familien von Überlebenden, dass manche eine Art versteckter Skala des Leidens entwickelt haben, die aktuelle Anforderungen der Aufmerksamkeit oder Kompensation bewirkt: Die Auschwitz-Überlebenden haben mehr als jene gelitten, die sich versteckt haben, oder jene, die nach Russland flohen, oder jene, die sich nach Israel absetzen konnten und so dem Holocaust entgingen. Es ist ein schrecklicher Diskurs, unverständlich für Außenstehende, aber ein sehr mächtiger. Vor kurzem hat eine meiner Doktorandinnen drei Generationen der „Kastner-Familie“ interviewt.¹⁸ Sie fand heraus, dass die meisten Mit-

¹⁸ Im Frühsommer 1944 wurden mehr als 15 000 ungarische Juden anstatt nach Auschwitz zur Zwangsarbeit nach Österreich verschickt. Diese so genannten „Kastner-Juden“ – Rudolf Kastner verhandelte als Leiter des zionistischen Budapester Hilfs- und Rettungskomitees mit der SS – wurden im Raum Wien und Niederösterreich zum Arbeitseinsatz verschleppt. Ende 1944 und im Frühjahr 1945 wurde ein großer Teil von ihnen nach Theresienstadt deportiert. Insgesamt 1 648 Juden, darunter Mitglieder seiner eigenen Familie, verdanken Kastner ihr Leben. Kastner wurde 1957 in Israel ermordet. In einem Gerichtsverfahren war ihm zuvor vorgeworfen worden, „mit dem Teufel“ (Adolf Eichmann) verhandelt und nur jene Juden gerettet zu haben, die ihm nahe standen. Die Rettung war

glieder der ersten Generation sich selbst nicht als Holocaust-Überlebende ansahen, weil sie, „verglichen mit jenen, die wirklich in Auschwitz gelitten hatten“, gar nicht gelitten hätten. Das war ihr subjektiver Kontext, und sie fühlten sich noch immer schuldig, weil sie gerettet wurden. Es ist kaum vorstellbar, welche Bedeutung dieser Umstand auf ihr Leben und das ihrer Nachkommen ausübt.

Es handelt sich um eine starke und wirksame Strategie der Reparatur. Sie hilft den Menschen, einen Sinn aus dem zu gewinnen, was sie im Verhältnis zu anderen durchmachen mussten, und verleiht ihm Bedeutung für ihr weiteres Leben. Die Viktimisierung der Vergangenheit unterstützt die Viktimisierung der Gegenwart und schafft einen Teufelskreis, in dem man sich für alle Zeit verfolgt oder als Opfer wähnt. Diese Strategie ist vielleicht deshalb so erfolgreich, weil unsere Kultur das Leiden (aus einiger Entfernung) hoch einschätzt und Menschen, die gelitten haben, anerkennt, während es den Tätern und ihrer Umgebung den Rücken zuwendet. Ist man einmal in der Psychologie des Opfers gefangen (selbst wenn es ursprünglich gerechtfertigt war), übersieht man nur allzu leicht die Möglichkeit, dass man im Leben niemals nur Opfer ist. Es ist sehr schwierig für uns alle, als Nachkommen von Überlebenden den Täter in uns zu erkennen. Mit dem Opfer in uns können wir frei reden, und zwar von Kindesbeinen an. Viel schwieriger ist es, eine innere Kommunikation mit dem Täter in uns zu beginnen. Die meisten von uns glauben, dass er gar nicht existiert.

Die Psychologie hat Werkzeuge entwickelt, um Opfern oder Überlebenden und ihren Nachkommen gerecht zu werden. Allan Young betont das Paradox, dass Vietnam-Veteranen, die während des Krieges Täter waren, zuerst als Opfer anerkannt werden mussten, um wegen Posttraumatischer Belastungsstörungen (PTSD) behandelt werden zu können.¹⁹ Andernfalls hätten sie weder Aufmerksamkeit bekommen, noch wären sie für ihren Militärdienst entschädigt worden. Es gibt kein Modell, um die Tatsache

teuer erkaufte: Kastner wusste von der bevorstehenden Vernichtung der über 450 000 ungarischen Juden, musste diese aber verschweigen.

¹⁹ Vgl. Allan Young, *The Harmony of Illusions*, Princeton 1996.

angemessen zu verstehen, dass Menschen innerhalb von wenigen Tagen die schrecklichsten Verbrechen begehen können, nachdem sie mit ihren Opfern jahrelang friedlich zusammengelebt haben, wie es etwa der Fall war in Bosnien, oder wie es Christopher Browning für die NS-Täter beschrieben hat.¹⁰

Ich schlage vor, dass wir uns auf die Suche nach der Beziehung der beiden Rollen in unserer Psyche machen sollten, damit man mit beiden Rollen kommunizieren und sie loslassen kann. Das bedeutet, den Kontext unserer Eltern und Großeltern zu verlassen. Wenn ich nicht mehr Opfer bin, und ebenso wenig Täter, wer bin ich dann? Eine weitere Funktion eines offenen Dialoges mit dem Opferdasein wird offenkundig: Es bedient das Bedürfnis, nicht mit schwierigen Fragen behelligt zu werden, denen wir auszuweichen versuchen.

Die jüdische säkulare Bevölkerung erleidet heute weltweit eine ihrer größten Identitätskrisen, denn der kleinste gemeinsame Nenner – die Erinnerung an Verfolgung und Völkermord – ist im Schwenden begriffen. Die Gefahr, den Holocaust zu banalisieren – eine nicht geringere Gefahr als der Revisionismus, ihn zu vergessen oder zu leugnen –, hängt mit der Tatsache zusammen, dass die säkularen Juden das einigende Band verlor, sobald er beiseite geschoben wird. Für die Israelis wurde das zur realen Gefahr, nachdem der Friedensprozess 1993 zur realistischen Möglichkeit wurde. Die Palästinenser als bedrohlichen Feind zu „verlieren“ und sie stattdessen als potenzielle Partner anzusehen (ein Vorgang, den sehr viele heute mit allen Mitteln verhindern wollen) ist ein schwieriger Prozess, der alle Energien bindet. Einer meiner Studenten arbeitete als Psychologe und begleitete die gemeinsamen Patrouillen der Israel Defense Force und der palästinensischen Sicherheitskräfte. Sie hatten die Erfahrung machen müssen, aufeinander zu schießen und am nächsten Tag gemeinsam auf Streife zu gehen. Können Sie sich vorstellen, was das von den Menschen verlangt hat?

Die Aufgabe der Selbstdefinition als Verfolgte könnte einen Klärungsprozess erfordern: Was ist unsere gemeinsame Basis? In

Israel lernen jüdische Kindergartenkinder bereits sehr früh, dass bei jeder Feierlichkeit jemand versucht hat, uns zu verfolgen, und dass wir diese bösen Absichten jedes Mal überlebt haben. Ich glaube, dass wir unseren Kindern auch ein paar andere Dinge beibringen müssen. Dies belegt die Vorstellung einer verdichteten Interaktion von Konflikten: Es gibt keine Möglichkeit, einen Einzelkonflikt zu lösen, weil die anderen mit ihm derart eng verbunden sind.

Manche Leute würden aus dem bisher Gesagten am liebsten die Konsequenz ziehen, über den Holocaust und seine Folgen nicht mehr zu diskutieren. Das wäre der falsche Weg. Mein Augenmerk liegt auf der Banalisierung des Holocaust, auf seinem Missbrauch für tagespolitische Zwecke, etwa nach dem Motto: „Wir sollten stark sein, weil wir so viel durchgemacht haben.“ Wir haben diesen Vorgang zuletzt bei Siedlern im Gazastreifen beobachten können, als sie sich aus Protest gegen Sharons Abzugspläne einen Davidstern anhefteten. Ich glaube, dass diese Leute den Holocaust missbrauchen und ihn aus seinem Kontext herauslösen, aus der Erfahrung der Menschen, die ihn durchlitten haben, mit ihrem täglichen Leid und den Gefühlen des Verlustes und der Hilflosigkeit.

Ich möchte bei meiner Auseinandersetzung mit der Banalisierung des Holocaust nicht jene unterstützen, die ihn vergessen möchten oder behaupten, er habe sich nie ereignet. Wir sollten uns auf die ernstesten, ungelösten Fragen konzentrieren, die uns der Holocaust überlassen hat. Er bietet uns die Möglichkeit, etwas über die menschliche Natur zu erfahren, was wir noch nicht verarbeitet haben, und vielleicht sind wir nicht in der Lage, es jemals zu verarbeiten: Wie können gewöhnliche Menschen anderen Derartiges antun, und zwar ohne Reue und über einen derart langen Zeitraum hinweg? Wie können andere zur Seite schauen oder sogar stumm applaudieren? Wie können Menschen ein normales Leben führen, nachdem sie die Hölle durchlitten haben? Was bedeutet Normalität, drei Generationen nachdem die Verbrechen stattfanden?

In Wirklichkeit sind wir immer noch unfähig, mit dem Holocaust angemessen umzuge-

¹⁰ Vgl. Christopher Browning, *Ordinary Men*, New York 1992.

hen. Die Katastrophe ist so gewaltig, sie hat schmerzhaft Spuren in den Seelen der Überlebenden hinterlassen und Aspekte der Menschlichkeit und ihrer dünnen Schale ans Licht gebracht, die uns denken lassen, da wir einen Teil erfassen, würden wir nun die ganze Geschichte kennen. Durch jede Vita von Überlebenden, die wir interviewt haben, erfahre ich Dinge, die ich bis dahin nicht wusste. Unsere Hilflosigkeit ist so groß, dass die meisten es nicht aushalten können. Wir haben keine Möglichkeit, die Leere darzustellen, die Verlassenheit, die sie erzeugt hat und die Daniel Libeskind mit dem Jüdischen Museum in Berlin versucht hat darzustellen.

Es ist genau diese Leere, die Stille, die dem Holocaust folgte (bei Überlebenden wie bei Tätern, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen), die so schwer zu benennen und Stück für Stück durcharbeiten ist. Wir können das nicht alleine leisten, und meist können wir es auch nicht in Gruppen (obwohl diese uns eine Illusion von Sicherheit und Kontrolle vermitteln mögen).

Es mangelt an fast allem, und zwar in emotionaler, kognitiver und behavioristischer Hinsicht. Einige haben Schwierigkeiten, Mitgefühl mit jenen zu empfinden, die gelitten haben, weil wir uns ihre Situation und ein Überleben darin nicht vorstellen können. Manche tendieren zur Vorstellung einer metaphysischen Welt: Weil diese Menschen zu Opfern wurden, müssen sie etwas begangen haben, was dies rechtfertigt. Andere haben nur begrenzte Einsicht, weil sie sofort an ihr eigenes Leiden denken. Aber es gibt auch Menschen, die sich dem Schmerz stellen und ihn aushalten; die ihren begrenzten Horizont verlassen und die Unendlichkeit des Anderen erfassen können.¹¹ Das sind die Pioniere der Begegnung mit den Opfern und ihrer Hilfe.

Auf der kognitiven Seite haben wir Schwierigkeiten, die inneren Konflikte auszuhalten. Einen Konflikt angehen und zu bewältigen ist etwas anderes, als gegen jemanden zu kämpfen oder Partei für jemanden zu ergreifen; die letzteren Verhaltensweisen sind wir gewohnt. Wir sind gerne Partei für die eine Seite, die uns näher scheint, und greifen die

andere an, verleugnen oder delegitimieren sie. Dadurch werden wir zu Sklaven des Konfliktes, denn wir nehmen ihn nicht mehr in seinem ganzen Umfang wahr und versuchen, die Tatsache zu bestreiten, dass jene, die den Konflikt systematisch planten, und jene, die an seinen Auswirkungen litten, Menschen mit demselben Denken, mit Seelen und Körpern waren. Aber es gibt natürlich auch jene, die über die Fähigkeit verfügen, kognitive Kontrolle und Illusionen fahren zu lassen, die systemorientiert denken, für die kognitive Komplexität und Zweideutigkeit Herausforderung und nicht Bedrohung sind.

Schließlich können wir nur wenig tun angesichts dieser riesigen Phänomene. Selbst wenn das Böse langsam an Macht gewinnt, scheint es uns anfangs nur sehr klein zu sein, zu klein, um irgend etwas dagegen zu unternehmen. Es wird immer auch Menschen geben, die wacher und auch kognitiv darauf vorbereitet sind, eine neue, vom Menschen verursachte Katastrophe zu verhindern oder eine bereits existierende an der Ausweitung zu hindern. Es ist unsere pädagogische Aufgabe, solche Menschen in den Mittelpunkt unseres Lernens aus Erfahrungen zu stellen und sie nicht etwa zu entwerten, weil sie in unserer westlichen Wettbewerbs- und Konsumgesellschaft nicht als Gewinner gelten.

Unsere Vorstellung, wie mit verdichteten Konflikten umzugehen ist, muss deshalb die bisherigen Mängel auf drei Ebenen benennen und jene bestimmen, die besser ausgestattet sind, um mit ihnen umzugehen. In diesem Diagramm werden menschliche Fähigkeiten verzeichnet, die sich fundamental von jenen unterscheiden, die in der Nachkriegsgesellschaft hoch gehalten wurden, die nämlich in Wirklichkeit die Vorkriegswerte fortführten – als ob sich der Holocaust nie ereignet hätte. Der Kalte Krieg hatte zu Stagnation geführt. Jetzt ist die Gelegenheit, diese Prozesse kritisch zu untersuchen, um den Holocaust als persönliche Erfahrung in den Mittelpunkt unserer Untersuchung der menschlichen Erfahrungen zu rücken. Wir müssen versuchen, diese Punkte in aller Bescheidenheit anzubringen, wann immer wir die Möglichkeit dazu sehen, bis sie akzeptiert werden. Darin sollte unsere gemeinsame Kultur der Erinnerung liegen.

¹¹ Vgl. Emanuel Levinas, *Totality & Infinity: An Essay on Exteriority*, Pittsburgh 1990 (frz. Orig. 1961).

Der Holocaust und der israelisch-palästinensische Konflikt

Ich bin häufig danach gefragt worden, ob ich als israelischer Jude und Wissenschaftler, der über die psychosozialen Nachwirkungen des Holocaust geforscht hat, verstehen kann, wie Menschen, die durch eine Hölle wie den Holocaust gegangen sind, bzw. ihre Nachfahren mit einer solchen Härte gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten vorgehen können. Wie kann es sein, dass die Juden, die nur sechzig Jahre zuvor von den Nationalsozialisten erniedrigt, verfolgt, ghettoisiert und ermordet wurden, heute eine ganze Bevölkerung durch Verfolgung quälen können – durch Checkpoints, Besatzung und Zerstörung von Land und Häusern, durch die Errichtung eines Zaunes, durch unterschiedsloses Schießen und Bomben? Wie ist dieses Paradoxon zu verstehen?

Die Fragesteller weisen sehr unterschiedliche Motivationen und Betroffenheiten auf. Zum einen handelt es sich um *Antisemiten*, die Freude dabei empfinden, Juden zu verletzen, und zwar aus zweifachen Gründen: darüber, was den Juden während des Holocaust angetan wurde und wofür die Antisemiten keinerlei Mitgefühl haben, zweitens wegen der komplizierten Position, in der sich die israelischen Juden derzeit befinden. Den Staat Israel sehen sie als Rechtfertigung für ihr a priori mit Hass verbundenes Denken an. Mit diesen Leuten diskutiere ich nicht, weil ich deren Position als unethisch und illegitim betrachte. Sie haben mit mir keine gemeinsame Kultur des Erinnerns.

Zum zweiten sind es *Palästinenser* oder ihre glühenden Unterstützer, die mich provozieren möchten: Sie möchten die Moralität des israelisch-jüdischen Besatzers in Frage stellen, indem sie das Argument, das gewöhnlich von Juden benutzt wird, um die totale Unterstützung für Israel zu erbitten, nämlich den Hinweis auf das, was den Juden während des Holocaust passiert ist, einfach gegen Israel kehren. Ich glaube, dass sie das Recht haben, diese Frage zu stellen, leben sie doch in unmittelbarem Kontakt mit den israelischen Juden, und sie leiden ganz sicher daran und haben bereits seit vielen Jahren gelitten. Aber nach meiner Erfahrung ist eine Diskussion dieser Fragen mit ihnen nur dann frucht-

bar, wenn sie in der Lage und willens sind, nachzuvollziehen, was es bedeutet, dass die Juden durch die Hölle gingen, was es bedeutet, ein Drittel der weltweiten jüdischen Bevölkerung innerhalb von zwölf Jahren des Wahns einer „arischen“ Vorherrschaft zu verlieren, während die Welt mehr oder weniger unbeteiligt zusah und es geschehen ließ. In meiner israelisch-arabischen Studentengruppe beginnen manche arabischen Studenten das Seminar, indem sie die jüdischen Kommilitonen mit dieser Frage konfrontieren. Aber nachdem sie sich einige Geschichten von jüdischen Gruppenmitgliedern, deren Großeltern die Shoah durchgemacht hatten, angehört haben, verändert sich der Ton. Sie mögen das Verhalten der Israelis gegenüber den Palästinensern noch immer kritisieren, aber sie haben nun eine Vorstellung davon, was Juden erlitten haben und wovor sie sich noch immer fürchten. Auf ähnliche Weise erfahren jüdische Gruppenmitglieder vom Leiden der Palästinenser, wenn die arabischen Israeli erzählen, was sie von ihren Großeltern oder Eltern gehört haben, und sie denken wiederum über die eigenen Familiengeschichten nach, in denen die Geschichten der Palästinenser keinen Platz haben.

Zum dritten stellen *Juden* und ihre Freunde in der internationalen Gemeinschaft die erwähnten Fragen. Sie sind tief besorgt über ethische und Menschenrechtsfragen. Sie sind verletzt, sie empfinden tatsächlich Schmerz, zumindest seit 1967, als die Palästinenser unter israelische Besatzung gelangten. Sie können es nicht ertragen, in der Position eines potenziellen Gewalttäters und Besatzers zu sein. Was sie aus dem Holocaust gelernt haben, ist die universale und humanistische Lektion, nach der man Opfer und Minderheiten verteidigen sollte, wo immer sie sich befinden, einschließlich der Palästinenser. Sie leiden besonders an der arroganten israelischen und der dominanten jüdischen Diaspora-Position, sich nicht um Araber und um die Palästinenser im Besonderen zu scheren. Ich empfinde Sympathie für diese Einstellung, und einige gute Freunde teilen diese Position. Aber ich fürchte, dass diese Positionen ebenso einseitig ist wie die jüdische Gegenmeinung, mit der sie solche Schwierigkeiten haben. Denn die im Moment lauteste Gruppe in der Diaspora und unter israelischen Juden hat eine vollkommen andere Lektion aus dem Holocaust gelernt: „Wir können niemandem

vertrauen, und deshalb sollten wir stark und dominant sein, weil wir nur so in dieser Welt überleben können, und wenn uns die Palästinenser im Weg sind, Pech gehabt, denn wir kümmern uns nur um uns selbst, weil sich niemand damals um uns gekümmert hat.“ Normalerweise stellen sie die oben erwähnten Fragen nicht.

Ich habe ein Problem mit beiden jüdischen Gruppen, den universalen Humanisten und den machtorientierten Isolationisten. Beide haben sie aus dem Holocaust nur jeweils eine Sache gelernt, und sie übertragen diese Lektion auf sehr verschiedene Realitäten. Sie erkennen nicht, wie sehr sich die Welt des Nahen Ostens heute von der in Europa vor dem Holocaust unterscheidet. Nach meiner eigenen psychologischen Terminologie haben sie den Konflikt nicht durchgearbeitet, und sie haben den Holocaust nicht genügend betrauert, um in der Lage zu sein, die heutigen Schwierigkeiten angemessen zu erkennen, ohne sich immer gleich auf den Holocaust zu beziehen. Ihre Logik wird entweder durch kognitive, rationale Werte (die Humanisten) oder durch ängstliche, racheerfüllte Emotionen (die Isolationisten) bestimmt. Die erste Gruppe kann Israels Vorgehen gegen die palästinensische Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten nicht akzeptieren, während die zweite keinerlei Kritik an Israels Besatzungspolitik ertragen kann, nicht einmal am Fehlverhalten der Vergangenheit. Die letztgenannte Gruppe überträgt ihre mit dem Holocaust verbundenen Aggressionen auf die Palästinenser, vielleicht als späte, unkontrollierte Schuldgefühle, weil man damals nicht genug getan habe zur Rettung derer, die hätten gerettet werden können.¹²

Es gibt einen anderen Weg. Dieser wird im Moment zwischen den beiden polarisierten Meinungen zermahlen. Er wäre jedoch geeignet, mit den Schwierigkeiten angemessen umzugehen. Nehmen wir zum Beispiel das Thema Trennzaun bzw. Mauer. Weil Hunderte von Israelis in den vergangenen vier Jahren von Selbstmordattentätern getötet wurden und ein Zaun diese von zivilen Zentren in Israel fern halten kann, hat Israel das Recht,

¹² Vgl. Dan Bar-On, Who counts as a Holocaust survivor? Who suffered more? Why did the Jews not take revenge on the Germans after the war?, in: Freie Assoziationen, 4 (2001) 2, S. 155–187.

seine Bevölkerung durch die Errichtung einer derartigen Barriere zu schützen. Aber weil dieser Zaun bzw. diese Mauer so gebaut wird, wie es die aktuelle israelische Regierung tut, nämlich *innerhalb* der Palästinensergebiete, und dadurch das alltägliche Leben für Hunderttausende von Menschen unerträglich macht, muss dieser Vorgang offen und laut kritisiert werden.

In den vergangenen vier Jahren haben Juden überall auf der Welt die Palästinenser dämonisiert, um sich nicht den wirklichen Themen zuwenden zu müssen: Israel muss die Besatzung beenden und die Siedlungen in der Westbank und in Gaza auflösen, damit die Palästinenser zu einem eigenen Staat in der Lage sind. Diese Zweistaatenlösung bedeutet nicht, dass es in der Zukunft keine Risiken mehr geben wird. Es ist nicht leicht für Juden, im Nahen Osten zu leben. Aber das bedeutet nicht, dass man alles und jedes mit dem Holocaust vergleicht, der ein anderes Ereignis zu einer anderen Zeit der Geschichte war.

Meine Kultur der Erinnerung bedeutet, kalkulierbare Risiken auf sich zu nehmen und Mitgefühl gegenüber der palästinensischen Tragödie aufzubringen, aber auch, die Palästinenser mit der unseren zu konfrontieren. Wir waren 1993 für kurze Zeit auf diesem Weg, und dahin müssen wir zurück. Wir sollten dieser Richtung Stimme und Gelegenheit geben, damit Israelis und Palästinenser erst ihre internen Schwierigkeiten austragen, bevor sie verkünden, welche Lehren sie aus der Geschichte gezogen haben.¹³

¹³ Vgl. ders., Erzähl dein Leben! Meine Wege zur Dialogarbeit und politischen Verständigung, Hamburg (Körper-Stiftung) 2004.

PHILIPPE VIDELIER
Türkische Nacht. Die Geschichte vom Sultan
und den drei Paschas

ABDELLAH HAMMOUDI
Die Steinigung des Satans. Erlebnisse eines
Ethnologen auf der Pilgerreise nach Mekka

WILLIAM DALRYMPLE
Sufismus, Pfad der Liebe. Vom Kampf zwischen
dem mystischen und dem orthodoxen Islam

ELIOT WEINBERGER
Was ich hörte vom Irak

NATHAN GARDELS
Neue Härtegrade. Aufstieg und Verfall
der weichen Macht Amerikas

ANTONIO TABUCCHI
Vermächtnis der Farben

GEORGE STEINER
Buch oder Leben

BORA ĆOSIĆ
Fröhliche Wissenschaft. Philosophisches Schuhwerk,
himmlische Völker und die Praxis der Kleinstadt

SAUL BELLOW / NORMAN MANEA
Bevor ich gehe ... Vom Wunder auf der Welt zu
sein und dem Glück eines Künstlerlebens

LES MURRAY
Die Nasenlochlieder

OLIVER SACKS
Gehirntempo. Neurologische Anomalien,
Bewegung, Denken, Zeit

JOCHEN EBMEIER
Das Ich und die Welt. Was weiß Naturforschung
vom freien Willen?

CHRISTIAN LINDER
Freund oder Feind. Carl Schmitt – der alte Mann
und die Macht

EKKEHART KRIPPENDORFF
Thukydides überwinden. Über die Wiedergeburt
Europas aus dem Geiste der Kultur

PICO IYER
Saigon, nach Sonnenuntergang

GEORG BRUNOLD
Auf Afrikas höchsten Höhen

ABDOURAHMAN WABERI
Unruhige Tage in Banjul

MICHAEL MAYER
Kap der Angst

IWAILO DITSCHEW
Der Schirm und der Rahmen

SERGIO BENVENUTO
Kino und Anatomie

MICHAEL RYKLIN
Parallele Welten

**Das Armenische Schicksal
Energien des Islam
Mister Universum
Buchkormorane, Augentrinker
Freiheit und Gehirn
Elixiere der Macht**



ULAY

**Jetzt im Handel
Lettre 68**

Lettre International, Elisabethhof, Portal 3b, Erkelenzdamm 59/61, 10999 Berlin
Telefon 030-308 704 62, Fax 030-283 31 28, vertrieb@lettre.de, www.lettre.de

Anzeige

APuZ

Nächste Ausgabe

16/2005 · 18. April 2005

Arbeitsmarktreformen

Klaus Zimmermann

Eine Zeitenwende am Arbeitsmarkt

Wolfgang Engler

Der Herbst der guten Arbeit

Susanne Koch / Ulrich Walwei

Hartz IV: Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose?

Hartmut Seifert

Was bringen die Hartz-Gesetze?

Johannes Giesecke / Martin Groß

Arbeitsmarktreformen und soziale Ungleichheit

Markus Gangl

Beschäftigungschancen Arbeitsloser – international

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Andreas Kötzing (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen
für *APuZ* zum Preis von
Euro 3,58 zuzüglich
Verpackungskosten, Portokosten
und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar; sie dienen
lediglich der Unterrichtung und
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Rudolf Dreßler

3-8 **Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson**

Deutsche Politik steht unter der Maxime, die Regierungsvertreter und alle Fraktionen des Bundestages immer wieder deutlich gemacht haben: Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsräson.

Grisha Alroi-Arloser

9-13 **Deutschland und Israel aus israelischer Sicht**

Nur wenn Deutsche und Israelis begreifen, dass ein wichtiger Teil ihrer so gegensätzlichen Identitäten und unterschiedlichen Schlussfolgerungen in jenen zwölf Jahren des Tausendjährigen Reiches begründet sind, gibt es Hoffnung auf gesunde „Normalität“ in den Beziehungen.

Benyamin Neuberger

14-22 **Israel und Deutschland: Emotionen, Realpolitik und Moral**

Das große Bild der israelischen Deutschlandpolitik ist das einer moralischen Realpolitik. Die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sind ein Beispiel dafür, dass die Dichotomie zwischen Realpolitik und Moral in der Außenpolitik oberflächlich und falsch sein kann.

Markus A. Weingardt

22-31 **Deutsche Israelpolitik: Etappen und Kontinuitäten**

Die deutsche Israelpolitik und die bilateralen Beziehungen werden zumeist im Schatten der NS-Vergangenheit betrachtet und auf die Frage nach Schuld und „Wiedergutmachung“ reduziert. Dabei machten sich alle Bundesregierungen auch andere Einflussfaktoren zunutze, um die tagespolitische Relevanz der Vergangenheit einzudämmen. Die Israelpolitik der DDR verlief dazu völlig konträr.

Yfaat Weiss

31-37 **Rückerstattung und Heimkehr**

Israel ist ein Gemeinwesen, das sich aus verschiedenen Vergangenheiten verschiedener Judenheiten zusammensetzt. Die materielle Seite dieser vernichteten und zerschlagenen Vergangenheiten schlug sich in der Frage der Restitution nieder, die überlebende Juden aus Deutschland erhielten. Damit wurden unterschiedliche soziale Ausgangspositionen schon früh in der israelischen Gesellschaft festgeschrieben.

Dan Bar-On

37-45 **Die Erinnerung an den Holocaust in Israel und Deutschland**

Es ist nicht leicht für Juden, im Nahen Osten zu leben. Das bedeutet nicht, dass man alles und jedes mit dem Holocaust vergleicht, der ein anderes Ereignis zu einer anderen Zeit der Geschichte war. Kultur der Erinnerung bedeutet, kalkulierbare Risiken auf sich zu nehmen und Mitgefühl gegenüber der palästinensischen Tragödie aufzubringen, aber auch, die Palästinenser mit der jüdischen zu konfrontieren.